

Politisches Denken in Hamburg

Schelskys Gegenaufklärung. Luise Heinz über die *Soziologie der Sexualität*

Helmut Schelsky (1912-1984) wurde 1948 auf einen Lehrstuhl für Soziologie an der neu gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft, der späteren Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik berufen. Zwischen 1953 und 1960 war er Professor für Soziologie an der Universität Hamburg. Er studierte Philosophie, Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte an den Universitäten Königsberg und Leipzig und war von 1937 an Mitglied der NSDAP. In den Nachkriegsjahren war Schelsky einer der prominentesten Soziologen in der deutschsprachigen akademischen Welt und zugleich als Politikberater und Universitätsreformer einflussreich.

Helmut Schelsky war einer der prägenden Soziologen der unmittelbaren Nachkriegssoziologie. Dass auch und gerade die Hamburger Soziologie so wenig an ihn erinnert, ist umso bemerkenswerter, als er zu seiner Hamburger Zeit gewissermaßen omnipräsent war: *Spiegel*, *Zeit*, *FAZ*, Radio, Fernsehen, Beiräte, Ministerien – kaum ein Gebiet, auf dem er nicht mitgemischt hätte. Auch auf Schelskys Bemühungen ist es zurückzuführen, dass »in den fünfziger Jahren Studienpläne und Prüfungsordnungen für das in Deutschland bis dato eher mißachtete Fach erlassen [wurden]«¹ – Soziologie als Hauptfach also überhaupt studierbar wurde.

Dass sein Schaffen wenig postume Würdigung erfährt, wird gemeinhin mit dem Hinweis auf die eher zeitdiagnostisch angelegten Studien Schelskys begründet, denn an erster Stelle war er Kommentator seiner Gegenwart mit »sensiblen Gespür für aktuelle Zeitprobleme und Sinn für populäre Reiz- und Schlagworte«.² Die mangelnde Rezeption allein hier zu verorten, ist jedoch kurzsichtig. Schelsky hat sich keineswegs mit dem bloßen Kommentieren der Gegenwart begnügt, sondern schlug Wege ein, die weit in die Gesetzgebung der jungen BRD hineinreich-

1 *Spiegel* vom 19. November 1973. Nachweise auch im Landesarchiv, Personalakten insb. Reiseanträge.

2 Nachruf im *Spiegel* vom 05. März 1984.

ten: Er war ein brillanter Netzwerker, der es verstand, die Personen und Situationen in seiner Umgebung für sich zu nutzen. Dass sich ein solches Engagement auch zu Ungunsten des Engagierten auswirken kann, kann als der triftigere Grund für den Bedeutungsverlust dieser einst so zentralen Figur angesehen werden.

Die Entstehung der *Soziologie der Sexualität* (1955)³ lässt sich mit einiger Sicherheit als Reaktion auf die – auch in Deutschland begeistert rezipierten – Studien *Sexual Behavior in the Human Male* (1948) und *Sexual Behavior in the Human Female* (1953) von Alfred Kinsey zurückführen. Der immense Eindruck, den diese Studien hinterließen, die vielleicht als erste versuchten, das Spektrum menschlicher sexueller Aktivität statistisch abzubilden, muss für den bekennenden Konservativen Schelsky gleich in zweierlei Hinsicht ein Affront erster Güte gewesen sein, was sich denn auch recht ungeschminkt in seiner Replik zeigt. Zum einen handelt es sich bei seinen Ausführungen um legitime Bedenken wissenschaftstheoretischer Couleur, denn Schelsky pflegte ein enges Verständnis von Soziologie zu verteidigen. Zum anderen stören Kinseys Einsichten die manifeste Homophobie Schelskys, die er jedoch nur dürftig im Rahmen einer solch strengen Soziologie zu plausibilisieren versteht.

Die aufsehenerregenden Studien Kinseys halten abseits des Tabubruchs wenig mehr bereit als eine ebenso umfangreiche wie thesenfreie Ansammlung von Häufigkeiten gängiger Sexualpraktiken in der amerikanischen Bevölkerung. Schelsky stört sich nun weniger an der Idiotie dieser kinseyschen Zählübungen als an den möglichen sozialen Effekten einer solchen, auch heute noch verbreiteten Darstellungsform: Wenn Kinsey zum Beispiel die Information bereitstellt, dass 60 % der hochgebildeten Frauen binnen vier Minuten masturbierend zum Orgasmus kommen und ich nicht, was mag das bedeuten? Sollte ich mich mehr bilden oder mehr masturbieren?

Aus der bloßen Darstellung dieser Zahlen ergibt sich, wie man leicht sieht, keine Antwort, aber ein Normalitätsanspruch, der alles andere als neutral ist. Die Normalisierung verschiedenster Praktiken durch eine Darstellungsform der Kurven und Durchschnitte zeitigt ganz eigene Zugzwänge. Jürgen Link hat diesen Effekt deutlich später einmal als ›flexiblen Normalismus‹ bezeichnet,⁴ was meint: Das, was als je geltende Norm floriert, wird heute sehr oft durch die Statistik angeleitet und nicht durch die Idee vom normativ ›Wünschenswerten‹ oder Tradierten bestimmt.

Man sollte, darauf will Schelsky hinaus, entsprechend nicht auf den so verbreiteten wie naiven Gedanken verfallen, dort blind eine Befreiung von Zwän-

3 Helmut Schelsky 1955. *Soziologie der Sexualität. Über die Beziehungen zwischen Geschlecht, Moral und Gesellschaft*, Hamburg; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

4 Siehe hierzu die Ausführungen von Patrick Wöhrle 2015. *Zur Aktualität von Helmut Schelsky. Einleitung in sein Werk*, Wiesbaden.

gen anzunehmen, wo Befreiung (sexueller, religiöser, politischer Natur) draufsteht. Die statistische Aufarbeitung *des tabuisierten* Sexualverhaltens führt, so Schelsky, zu ganz neuen Zwängen, da Handlungen bekannt und normalisiert werden, die zuvor wahrscheinlich oft unbekannt waren, jetzt aber mit dem Nimbus des völlig Üblichen und Verbindlichen daherkommen. Schelsky spricht in diesem Zusammenhang beispielsweise vom Phänomen des ›Orgasmuszwanges‹, was in etwa unserem Beispiel entspricht: Wenn ich nicht wie 60 % der anderen Masturbierenden mit Abitur binnen vier Minuten zum Orgasmus komme, dann müssen ich oder das Abitur ja abnorm, das heißt falsch sein.

Nun mangelt es dieser Analyse kaum an Plausibilität, aber – wie bei Schelsky üblich – versteckt sich hinter der vermeintlich milden Theorie scharfes politisches Kalkül. Was Schelsky neben dem Mangel an soziologischer Konsistenz nämlich zusetzte, war ein sehr spezifischer Aspekt von Kinseys Normalisierungsprogramm: Die Naturalisierung *homosexueller Praktiken*.

Von Kinsey nämlich stammt, neben allerlei lehrreichen Hinweisen zur Selbstbefriedigung, auch die Beobachtung, dass sehr viele Personen homosexuelle Erfahrungen haben und sehr viele dieser Personen sich selbst nicht als homosexuell einordnen. Ein solcher für diese Zeit doch sehr überraschender Befund veranlasste Kinsey zu der Annahme, dass man *jeden Menschen* auf einer fließenden Linie zwischen Homo- und Heterosexualität verorten könne, *und dies ganz ohne dabei Pathologien ausmachen zu müssen*.

Nun ist das Schelsky dann doch genug liederliche Provokation, um sein Gegenkonzept, *seinen ›Anti-Kinsey‹* vollständig zu entfalten. Interessanter (und verwirrender) Weise skizziert Schelsky hierzu aus der Tradition der philosophischen Anthropologie heraus einen radikal geschlechtskonstruktivistischen Ansatz, mit dem er wiederum eine konservative Institutionentheorie zu stützen gedenkt. Das ist durchaus bemerkenswert, da er den disziplinären Leitsatz ›*Der Mensch ist ein natürliches Kulturwesen*‹ wohl unter dem Eindruck seiner Margret Mead-Lektüre dahingehend verabsolutiert, dass auch aus der bloßen Geschlechtlichkeit des Menschen nichts (!) abzuleiten ist, was nicht in den Bereich der kulturellen Überformung fällt. Dass sich das Geschlechterverhältnis nun konkret so ausformt wie in der BRD der 1950er, ist mehr oder minder kontingent. Nun könnte man durchaus vermuten, dass sich an diese Feststellung eine entsprechend progressive Schlussfolgerung anschließt – aber weit gefehlt. Dass es keine wie auch immer geartete ›natürliche‹ Sexualität gibt, heißt ja noch lange nicht, dass alle möglichen und gegebenenfalls praktizierten Formen auch wünschenswert sind. Indem bei Kinsey durch statistische Aufbereitung auch ›abweichender‹ Sexualpraktiken eine ›Natürlichkeit‹ suggeriert wird, verschwimmt – wie wir gesehen haben – der Unterschied von Normalität und Normativität. Das birgt die Gefahr, dass die institutionalisierten Formen des Zusammenlebens und Zusammenschlafens derart erschüttert werden, dass nicht nur Zwänge, sondern Verwirrungen und lähmende Handlungsunsicher-

heiten das soziale Sicherungsgerüst (man kann hier mit Schelsky auch durchaus von Zivilisation sprechen) zersetzen. Da die Durchsetzung bestimmter Formen *natürlich kontingent ist*, aber dennoch eine wichtige Funktion erfüllt, die man gemeinhin mit Entlastung und Handlungssicherheit angeben kann, ist die Irritation dieser wertorientierten Sexualmoral für Schelsky mindestens gefährlich.

Nun sind seine Darstellungen bis hier feinste konservative Polemik und noch immer nicht nur theoriehistorisch interessant. Indiskutabel wird es jedoch, wenn Schelsky diesen Zweifel an der Zivilisationsfähigkeit sexueller Spielarten bruchlos auf die Homosexualität überträgt. Schelsky versucht den homophoben Salto Mortale, indem er die geschlechtliche Binartität radikalisiert und ontologisiert: Wenngleich er – seiner Argumentation nach zwingend – die *konkrete Ausprägung* der Geschlechtlichkeit als kontingent versteht, stellt er die *binäre Geschlechtlichkeit* des Menschen keineswegs zur Disposition.⁵ Eine gut verdeckte Inkonsequenz, da Schelsky dem ›natürlichen Kulturwesen‹ dann eben doch noch eine biologisch bedeutsame Residualkategorie unterschiebt: Mann und Frau können sein, wie es sich in der jeweiligen Gesellschaft eben gerade institutionell stabilisieren lässt, aber Mann und Frau werden sie bleiben und sind als solche zwingend *aufeinander bezogen*. Eine nicht mal konservative, sondern nur fadenscheinige Baumarkt-Romantik des Yin und Yang scheint für Schelsky hier unverzichtbar. Da sich selbst bei Beibehaltung einer strengen Binartität nur mit viel Mühe aus seiner soziologisierten Anthropologie heraus herleiten lässt, warum der Homosexuelle eine solch monströse Figur sein soll, dass selbst die Institution nicht weiterhilft, entlehnt Schelsky (was er anderen Soziologinnen übrigens nicht selten vorwirft) trieb-psychologische Spekulationen aus dem Baukasten seines engen Freundes Hans Bürger-Prinz und des Sozialpsychologen Peter R. Hofstätter.

Wenngleich das spezifisch menschlich-kulturelle Moment der Sexualität im Allgemeinen nämlich ist, dass sie vom ›Gattungszweck‹ ablösbar auftritt – sich also Lustgefühle als eigenes Verhaltensziel verselbstständigen (11, 13) –, ist diese ›soziale Sinnlosigkeit‹ und ›biologische Zwecklosigkeit‹ ohne ›Artfortpflanzung‹ hingegen beim Homosexuellen ›immer Einschränkung und Verarmung‹. Diese Verarmung trifft wohl auf alle Anomalien zu (so auch Exhibitionismus, Masturbation und Prüderie), doch Schelsky lässt uns wissen, dass die ›sozialen Strukturen sexueller Perversionen‹ in der Figur des Homosexuellen kulminieren (73ff.), denn:

Die homosexuelle Geschlechtsbeziehung entspricht in ihrer Verfehlung des gegengeschlechtlichen Partnerbezuges, ihrem autistischen und narzißtischen Verharren beim eigengeschlechtlichen Leibe und ihrer biologischen und sozialen Zwecklosigkeit wohl am offenbarsten unserer Kennzeichnung abnormen Sexualverhaltens. (81)

5 Diesen Hinweis verdanke ich Urs Stäheli.

Nun könnte man diesen kruden psycho-biologistischen ›Theorie‹-Sondermüll gestrost ignorieren, wenn nicht Schelskys Positionen zur Homosexualität Einfluss auf politische Entscheidungen gehabt hätten. So war er nicht nur Mitglied im Beirat des Bundesfamilienministeriums, sondern auch 1957 als Gutachter an der Neubewertung des Paragraphen 175 beteiligt. Der §175 StGB war die zentrale Strafvorschrift für die Verfolgung und Bestrafung Homosexueller. Zusammen mit den §§175a und 182 bildete er im Nachkriegsdeutschland die Grundlage für die Verurteilung von schätzungsweise 50.000 Männern.

Der Paragraph stellte ausschließlich männliche homosexuelle Handlungen unter Strafe, weshalb zwei von dieser Gesetzgebung betroffene Männer Verfassungsbeschwerde einreichten. Das Grundanliegen war die Entkriminalisierung männlicher homosexueller Handlungen auf Basis des Gleichbehandlungsgrundsatzes von Mann und Frau. Die Argumentation der Verfassungsrichter setzt die generelle Zulässigkeit der fortgesetzten Kriminalisierung als solche voraus und bezieht sich ausschließlich auf den Umstand der Ungleichbehandlung der Frau. Kernstück dieser Argumentation sind Gutachten, die im Rahmen einer mündlichen Verhandlung durch Sachverständige verschiedener Disziplinen (Medizin, Kriminologie, Psychiatrie) eingeholt wurden. Für die Soziologie sprach Helmut Schelsky. Er gibt zu Protokoll, dass es für eine Kriminalisierung weiblicher homosexueller Handlungen noch nicht (!) an der Zeit ist, da die Frau in den heimischen Gefilden keine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellt: »Die gesellschaftliche Stellung der Frau in der Öffentlichkeit und im beruflichen Leben habe sich aber geändert. Bei den in der Öffentlichkeit und im Beruf tätigen Frauen könne die weibliche Homosexualität gleiche Gefahren entstehen lassen wie die männliche Homosexualität«. Solange jedoch die Frauen nicht in größerer Zahl in der Öffentlichkeit auftauchen, »seien die Motive des Gesetzgebers zugunsten der Strafflosigkeit weiblicher Homosexualität immer noch berechtigt. Von der lesbischen Neigung solcher Frauen gehe eine geringere soziale Gefährdung aus als von gleichgeschlechtlichen Neigungen von Männern«. ⁶ Die Verfassungsbeschwerde blieb erfolglos, und man muss vielleicht fast von Glück sprechen, dass der radikale Sexismus der Zeitgenossen dazu geführt hat, dass die Strafbarkeit nicht auf Frauen ausgedehnt wurde. Während die von den Nazis verurteilten Männer im Jahre 2002 durch den Deutschen Bundestag rehabilitiert wurden, verweigerte der Bundestag noch bis 2017 die Rehabilitierung (und gegebenenfalls eine Entschädigungszahlung) für die nach 1945 von diesem Urteil Betroffenen.

Schelsky sollte im Laufe seiner Karriere noch häufig als Gutachter für Ministerien, Sprecher auf Parteiveranstaltungen (von CSU bis SPD) und öffentlicher Kommentator des politischen Geschehens in Erscheinung treten. Eines der beeindruckendsten Beispiele seines Einflusses mag die theoretische Stimmungsmache

6 BVerfG, Urteil vom 10. Mai 1957, Az. 1 BvR 550/52

für den ›Radikalenerlass‹ (1972) sein, die dazu führte, dass etwa 11.000 Berufsverbotsverfahren gegen vermeintlich radikale Linke im öffentlichen Dienst eingeleitet wurden.⁷ Diese Episode fällt jedoch nicht mehr in die Hamburger Zeit: Der hiesigen Universität kehrte er bereits 1960 den Rücken.

Luise Heinz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Allgemeine Soziologie am Fachbereich Sozialwissenschaften. Sie studierte Soziologie in Dresden und arbeitete, bevor sie nach Hamburg kam, in den Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Marx dachte, der Kapitalismus sei ungerecht, aber er wusste nicht, dass er das dachte.

David Müller und Peter Niesen über Ralf Dahrendorfs Hamburger Dissertation

Ralf Dahrendorf (1929-2009) promovierte 1952 an der Universität Hamburg mit einer Studie zu Marx' Gerechtigkeitsbegriff. Eine zweite Dissertation fertigte er kurze Zeit später bei T.H. Marshall an der London School of Economics (LSE) über *Unskilled Labour in British Industry* an. Nach Aufenthalt am Institut für Sozialforschung in Frankfurt und an der Universität Saarbrücken lehrte er von 1958 bis 1960 Soziologie an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg. Später war er Mitglied der Europäischen Kommission, Direktor der LSE und Rektor des St Antony's College Oxford sowie Mitglied des deutschen Bundestags und des britischen House of Lords.

1952, nach fünf Jahren Philosophiestudium, reicht der zweiundzwanzigjährige Ralf Dahrendorf seine Dissertation *Der Begriff des Gerechten im Denken von Karl Marx* an der Universität Hamburg ein. Die Arbeit zerfällt in zwei kontradiktorische Teile. Der erste Teil weist nach, dass der Idee der Gerechtigkeit bei Marx keinerlei normative Bedeutung zukommt, handle es sich doch bei ihr nur um die avancierte Selbstreflexion jeder Gesellschaft, also auch der bürgerlichen Gesellschaft, in der jeder das zuteilwerde, was sie verdiene. Dies folge aus Marx' Ableitung aller Gerechtigkeitsideale aus den zeitbedingten ökonomischen Verhältnissen. So weit, so konventionell. Im zweiten, heterodoxen Teil der Arbeit jedoch beansprucht Dahrendorf, dass Marx neben diesem relativen Verständnis von Gerechtigkeit als blo-

7 Ausführungen zu Schelskys Rolle bei Dominik Rigoll 2013. *Staatsschutz in Westdeutschland: Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen, 304ff; und im sehr aufschlussreichen Artikel von Nikolai Wehrs 2013. Auf der Suche nach einem ›Pronunciamento‹. Helmut Schelsky im Hegemonialkampf der ›Reflexionseliten‹ in den 1970er Jahren, in Alexander Galus (Hg.). *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe*, Göttingen.

8 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 201c Abteilung 3 – Studium und Lehre, Immatrikulationskarten.

Ralf Dahrendorfs Antrag auf Einschreibung vom 4. Juni 1947⁸

Antrag auf Einschreibung.
(Vom Studierenden auszufüllen)

Nr. 8793

Dahrendorf, Ralf Mat. 9

1. Name: **DAHRENDORF** Vornamen: **Ralf Gustav**
(In Blockschrift) (Namen unterstreichen)

2. a) Geburtstag und -jahr: **1. Mai 1929**

b) Geburtsort: **Hamburg** Kreis: **dto.**
Staat oder Land: **Hamburg**
(Die Zugehörigkeit des Geburtorts zu dem Staat oder Lande ist nach dem staatsrechtlichen Verhältnis zur Zeit der Geburt des Studierenden anzugeben)

c) Familienstand: **ledig**

3. Staatsangehörigkeit: **deutsch**

4. Konfession: **Missident**

5. Ueben Sie einen Beruf aus: **nein** Tgl. Arbeitszeit: **entf.**

6. Bereits studiert? **nein** Wie lange? **entf.** Wo? **entf.**
Fakultät? **entf.**

7. Letzter Aufenthaltsort: **Hamburg**
(besonders letzte Universität)

8. Einschreibung beantragt auf Grund eines Zeugnisses der Reife

1. eines Gymnasiums

2. eines Realgymnasiums

3. einer Oberrealschule

4. einer Oberschule für Jungen

5. einer Oberschule für Mädchen, sprachlicher Zweig

6. einer Oberschule für Mädchen, hauswirtschaftlicher Zweig

7. einer Sonderreifeprüfung — Fremdenreifeprüfung (Zutreffendes unterstreichen)

9. Bei welcher Fakultät? **Philosophische**

10. Welchem besonderen Studienfache widmen Sie sich? **Literaturwissenschaft**

11. Wie gedenken Sie Ihr Studium abzuschließen? Gegebenenfalls mit welcher Prüfung? **Staatsexamen, Doktorexamen**

12. Welches Berufsziel haben Sie sich gesteckt? **Schriftsteller u./od. Lehrtätigkeit**

13. Strafen: **Keine. Führungszeugnis eingereicht**

14. Eingereichte Personalpapiere: 1. Reifezeugnis, 2. „Der polizeiliche Meldeschein ist bei der Anmeldung vorzulegen!“

15. Die fehlenden Personalpapiere
werde ich bis zum _____ nachliefern.

16. Heimatswohnsitz (Kreis usw.): **Hamburg - Wellingbüttel**
Wohnung der Eltern oder Erzieher:
Wenden! Straße: **Hamburgstr. 112a**

Meldeschein abgeben

Nicht knicken!

Nicht knicken!

ßem Reflex veränderlicher Produktionsbedingungen auch über ein absolutes, normatives Verständnis von Gerechtigkeit verfügte. Der Inhalt dieser Vorstellung absoluter und umfassender Gerechtigkeit liege in einer Idee menschlicher Freiheit, die als universelle Entwicklung der Anlagen und Fähigkeiten aller zu verstehen sei.

Dahrendorfs Dissertation wurde von den Gutachtern Josef König und Siegfried Landshut als »ausgezeichnet« (*opus eximium*) bewertet und ein Jahr später als Monographie veröffentlicht.⁹ Für diese »[a]n vielen Stellen verändert[e] und zum größeren Teil neu geschrieben[e]« Buchpublikation (8) ergänzte Dahrendorf den Text

9 Ralf Dahrendorf 1953. *Marx in Perspektive. Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx*, Hannover; Das Buch erfuhr 1971 eine zweite Auflage, die – bis auf den Titel und ein neues Vorwort – unverändert erschien, Ralf Dahrendorf 1971. *Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx*, Hannover; Seitenangaben dieser Ausgabe im Folgenden in Klammern.

um eine persönlich-politische Vorbemerkung »zur Absicht der Arbeit« und warf ein vergleichendes Kapitel über die linkshegelianischen Vorläufer von Marx hinaus. Aus dem titelgebenden »Begriff des Gerechten ...« wurde *Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx*, was keinen Neuaufbruch signalisiert, weil Dahrendorf die Redeweise vom Ideal, Prinzip, Begriff und der Idee des Gerechten in der Arbeit ohnehin austauschbar verwendet (16).

Während der Philosoph Josef König als Betreuer der Arbeit fungierte, fand Dahrendorf im jüngst berufenen Politikwissenschaftler Siegfried Landshut einen für die normativen Gehalte von Marx' Werk bereits sensibilisierten Zweitgutachter. Landshut hatte sich in der Einleitung zu seiner und J. P. Mayers berühmten Ausgabe der Marx'schen Frühschriften, die erstmals die 1844er Manuskripte zu »Nationalökonomie und Philosophie« enthielt, bereits deutlich gegen eine objektivistische, vorgeblich deskriptive Lektüre der Marx'schen Geschichtsauffassung ausgesprochen. Er hatte vielmehr mit der Entfremdungsproblematik bereits ein normatives Thema als geheimes Zentrum von Marx' Gesamtwerk identifiziert: »Alle bisherige Geschichte ist die Geschichte der Selbstentfremdung des Menschen.«¹⁰ Bei Landshut rannte also Dahrendorf offene Türen ein, wenn er nach einer normativen Paradoxie am Grund von Marx' Denken fragte.

Keiner Leserin kann entgehen, dass Marx' Schriften vor normativer Emphase nur so überquellen. Dahrendorf verweist auf Ausdrücke wie »Entfremdung«, »Ausbeutung« oder »Entmenschung«, aber auch auf »Freiheit« und »Emanzipation«. Wieso soll also gerade der Begriff der Gerechtigkeit hier keine Rolle spielen? Marx' offizielle Position ist, dass der Kommunismus keine Moral predigt und auf Ideale wie das der Gerechtigkeit verzichten kann, solange er sich nur als ausführendes Organ des historischen Fortschritts versteht. Würde er sich Forderungen wie die nach »gerechtem Lohn« zu eigen machen, befestigte er damit nur das zeitbedingt vorausgesetzte Abhängigkeitsverhältnis der Lohnarbeit. Dahrendorf folgert daraus, dass Marx deshalb die Verwendung des Wortes »gerecht« scheue und es nur selten verwende: »Noch nicht 60mal habe ich es in seinen sämtlichen Schriften ge-

10 Siegfried Landshut & Jacob Peter Mayer 1932. Einleitung: Die Bedeutung der Frühschriften von Marx für ein neues Verständnis, in dies (Hg.). *Karl Marx: Der historische Materialismus. Die Frühschriften*, Stuttgart, XXXIII. Das Zitat erscheint unverändert in der allein von Landshut verantworteten Nachkriegsausgabe, Siegfried Landshut 1953. Einleitung, in ders (Hg.). *Karl Marx: Die Frühschriften*, Stuttgart, XXXVII. Dahrendorfs Dissertation zitiert eine analoge Passage aus Landshuts Einleitung: »Und diese – in dem jetzt umschriebenen Sinne – Verwirklichung der wahren Bestimmung des Menschen ist die das ganze Werk tragende Idee.« Siegfried Landshut & J.P. Meyer 1932. *Einleitung*, XLI. Vgl. Ralf Dahrendorf 1971. *Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx*, 113.

zählt. Und mehr als die Hälfte der Stellen, an denen es vorkommt, sind Zitate; der Rest Ironisierungen und Polemiken« (14).¹¹

Dahrendorf versucht, seine systematische Interpretation auch gegen den Wortlaut der Marxschen Schriften auf eine immanente Rekonstruktion zu stützen. Wie Landshut ihm bescheinigt, überschreitet er »an keiner Stelle den inneren Zusammenhang der sich gegenseitig bedingenden Begriffe«.¹² Die Arbeit soll allerdings drei ganz unterschiedliche Fragen erörtern, nämlich ob »Marx die Idee des Gerechten kennt, ob sein Werk Raum gibt für diese Idee und, wenn er sie kennt, in welcher besonderen Gestalt sich diese Idee bei Marx darstellt«.¹³ Die komplexe Antwort lautet: Zwar »kennt« Marx einen relativen Begriff des Gerechten, es ergibt sich aber aus der Untersuchung, dass ein absoluter Begriff der Gerechtigkeit ebenfalls »im Denken von Marx« existiere.¹⁴ Mit anderen Worten, »Marx did think capitalism was unjust but he did not think he thought so«.¹⁵

Da er über die semantische Analyse von Marx' Werken hinausgehen muss, um herauszufinden, ob sein Werk der Idee der Gerechtigkeit wenigstens »Raum gibt«, will Dahrendorf wissen, was sich sozusagen objektiv hinter der Idee der Gerechtigkeit verbirgt. Er entschlüsselt dies über eine Bedeutungsanalyse, die zu der atemberaubend juristischen Formulierung kommt, Gerechtigkeit bezeichne einen Zustand, in dem die Gesellschaft dem Bestehen von Rechtsansprüchen des einen gegen den anderen stattgibt (106). An dieser juridischen Diktion, die etwa aus Kantischer Perspektive alles andere als ungewöhnlich wäre, hält Dahrendorf für den relativen, aber auch noch für den absoluten Sinn der Gerechtigkeit in der kommenden kommunistischen Gesellschaft fest. Während der relative Begriff nur die Reflexansprüche der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse enthalte, markiere der absolute Gerechtigkeitsbegriff den Rechtsanspruch einer jeden an die post-kapitalistische Gesellschaft, *alle menschlichen Anlagen und Fähigkeiten zu entwickeln und zu verwirklichen* (106). Damit handelt sich Dahrendorf mindestens drei Probleme ein, die im Verlauf der Arbeit nicht mehr aufgelöst werden. Zunächst erscheint die juridische Qualifizierung der kommunistischen Gesellschaft nicht trivial, beansprucht diese doch, das positive Recht hinter sich gelassen und eine zwanglose Form der gesellschaftlichen Integration an seine Stelle gesetzt zu haben. Zweitens besteht, wie wir

11 Es ist nicht eindeutig nachzuvollziehen, wie Dahrendorf auf diese Zahl kommt. Alles in allem ist in den Marx-Texten der Marx-Engels-Ausgabe der Ausdruck beinahe dreihundert Mal verzeichnet. Zieht man nur die für die Frage nach der Normativität maßgeblichen Frühschriften heran, stehen immer noch 40 substanzielle Stellen plus Zitate zu Buche.

12 Siegfried Landshut 1952. *Gutachten*. 13.02.1952, Staatsarchiv Hamburg, 364-13 Fakultäten/Fachbereiche, Phil. Fak. Promotionen, Nr. 1125, Ralf Dahrendorf, 1.

13 Ebd., 16.

14 Ebd.

15 Norman Geras 1985. The Controversy about Marx and Justice, *New Left Review* March/April, 47-85, 70.

sehen werden, eine Spannung zwischen der Idee, Gerechtigkeit bezeichne die Gewährleistung subjektiver Ansprüche, und der gleichzeitigen Erwartung an die Subjekte, diesen Anspruch auch einzulösen, sodass eine Gesellschaft, in der Ansprüche garantiert, aber die Menschen nicht willens sind, ihre Anlagen und Fähigkeiten zu entwickeln, nicht gerecht sein könnte. Drittens geht Dahrendorf davon aus, die kommunistische Gesellschaft sei, insofern sie der Summe aller Rechtsansprüche der Menschen notwendig gerecht wird, »total gerecht« (108). Ihr normatives Profil sei nicht nur absolut im Sinn von nicht mehr überbietbar, sondern total im Sinne von vollständig, alle Lebensvollzüge umfassend. Unklar bleibt, wie man 1952 an der Universität, an der Ernst Forsthoff ein Gastspiel gegeben hatte,¹⁶ einen durchaus affirmativen Gebrauch von totalisierenden Adjektiven machen konnte.

Auch abgesehen von diesen Schwierigkeiten ließe sich womöglich einwenden, Dahrendorf betreibe mit seiner Rekonstruktion eines absoluten und totalen Gerechtigkeitsideals die Quadratur des Kreises. Seiner Beweisführung liegt aber eine klare und belastbare begriffliche Unterscheidung zugrunde. Wenn Dahrendorf die Idee des relativ Gerechten bei Marx als abgeleitet oder deriviert bezeichnet, bezieht er sich auf die dominante Gerechtigkeitsvorstellung in der bürgerlichen Gesellschaft der Gegenwart. Jede Epoche habe ihren Begriff des Gerechten, und während die Begriffe vergangener Epochen uns noch zugänglich seien, so hätten sie doch ihre »Gültigkeit verloren« (52). Dahrendorfs Pointe ist nun, dass der abgeleitete Charakter der Gerechtigkeit (aus der Perspektive eines materialistischen Weltverständnisses) für sich allein noch keinen Relativismus impliziert. Die Relativität folgt allein aus der Wandelbarkeit der Produktionsverhältnisse, deren Merkmale die zeitgenössischen Gerechtigkeitsauffassungen spiegeln. Die Kernidee der Abhandlung ist daher, dass auch ein abgeleiteter Begriff wie der der absoluten Gerechtigkeit nicht historisch relativ sein muss, wenn er nur »ontologisch« verstanden wird, das heißt die Basis der Ableitung universell und permanent ist. So verhalte es sich mit der Marxschen Idee freier menschlicher Tätigkeit, die eine unveränderliche Naturbasis voraussetze und nur ihrer Verwirklichung in postkapitalistischen Umständen harre. Dann lässt sich absolute Gerechtigkeit allerdings nurmehr an Verhältnissen ablesen, die keine Kluft zwischen dem Anspruch, seine Anlagen und Fähigkeiten zu entwickeln, und seiner Realisierung mehr zulassen.

Heute würde man Dahrendorfs Marx-Auslegung als »perfektionistische« Konzeption der Gerechtigkeit bezeichnen und sie auf ihre Verträglichkeit mit vernünftigen Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmung des Menschen und die Natur des Guten abklopfen. Aus der Sicht der Gerechtigkeitstheorie der Gegenwart lässt die Arbeit eine Reflexion des Verhältnisses des Gerechten zum Guten vermissen, versteht Dahrendorf doch unter dem Gerechten gleichzeitig das »Richtige« (14) und »das moralische Prinzip des gesellschaftlich Guten« (3), die im Endzustand,

16 Vgl. den Beitrag von Florian Meinel in diesem Band, S. 288.

der kommunistischen Gesellschaft, notwendig zusammenfallen müssen. Absolute Gerechtigkeit beinhaltet dann nicht nur die Gelegenheit zur Selbstverwirklichung, sondern auch deren erfolgreichen Vollzug in einer nicht vom Subjekt gewählten, sondern ihm aufgegebenen Vollkommenheit.

1971 erscheint die Buchfassung zum zweiten Mal, begleitet von einem neuen Vorwort, in dem sich Dahrendorf darauf festlegt, welcher von Marx' Beiträgen zum politischen Denken am ehesten die Zeiten überdauern wird. Es ist ausgerechnet die Idee der kommunistischen Gesellschaft und ihr Verständnis von Freiheit, »seine Tätigkeit selbst zu wählen« und ein einheitliches Bild einer anzustrebenden Zukunft zu entwickeln, die er als bleibendes Vermächtnis identifiziert. Dies steht im Kontext einer Ergänzung, die die Buchfassung von 1953 von der eingereichten Dissertation unterscheidet, indem sie die »Absicht der Arbeit« näher ausführt als das Ziel »einer neuen Sozialphilosophie, einer neuen sozialistischen Theorie« nahezukommen (20). Auch auf die Gefahr von Missverständnissen hin hat Dahrendorf als nunmehr 40-jähriger Außenhandelskommissar der Europäischen Gemeinschaft diese Passagen beim Reprint 1971 übernommen. Beschwichtigend schließt dann allerdings das neue Vorwort mit dem aktualisierten Bekenntnis: »Sozial-liberale Politik muß vor allem liberal sein, denn die gleiche Freiheit ist vor allem Freiheit.«

David Müller studiert, **Peter Niesen** lehrt Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Apolitische Menschlichkeit.

Clara Maier zu Hannah Arendts Rede bei der Verleihung des Lessingpreises 1959

Hannah Arendt (1906-1975) gehört zu den bedeutenden Politischen Theoretikerinnen des 20. Jahrhunderts. Nach ihrer Verhaftung durch die Gestapo verließ sie 1933 Deutschland. Von 1941 an lebte sie in den Vereinigten Staaten, wo sie von 1953 bis 1975 an verschiedenen Universitäten lehrte. Ihre Hamburger Rede vom 28. September 1959 trägt den Titel *Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten*. Zusammen mit flankierenden Texten ist die Rede 2018 unter dem Titel *Freundschaft in finsternen Zeiten* neu erschienen.

Ei des Kolumbus – so umschrieb Hannah Arendt den Lessing-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg, als sie diesen vor sechzig Jahren entgegennahm.¹⁷ Arendt

17 Hannah Arendt 1999. *Rede am 28. September 1959 bei der Entgegennahme des Lessing-Preises der Freien und Hansestadt Hamburg*, Hamburg, 10; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

ironisierte gegen die, wie sie wohl fand, etwas gewaltsame Aneignung des Hamburger Senats, dessen Verhältnis zu Lessing ein nicht eben einfaches war. Schließlich hatte der Hamburger Senat nicht nur einst Lessings Stücke verboten und verfügt, von dessen Tod 1781 »keine Notiz zu nehmen«,¹⁸ der Lessing-Preis selbst war in der Nazi-Zeit zu einem »Instrument nationalsozialistischer Literaturpolitik« verkommen.¹⁹

Arendt traf auf eine deutsche Gesellschaft, die in einem schwierigen Verhältnis nicht nur zu ihrer unmittelbaren Vergangenheit stand, sondern auch zu den positiven Aspekten ihrer Geschichte. Zum einen konnte eine Anknüpfung an die deutsche Aufklärung, an Lessing, Kant, Herder und andere in der unmittelbaren Nachkriegszeit als Korrektiv zu einer allzu einseitigen Geschichtsschreibung dienen. Arendt selbst hatte schon in den 1940er Jahren gegen eine Geschichtsschreibung argumentiert, die die deutsche Vergangenheit schlechthin als problematisch, gar als Einbahnstraße hin zum Nationalsozialismus, darstellte. Zum anderen konnte die positive Aneignung gerade von Figuren wie Lessing aber auch dazu dienen, Kontinuitäten zu überdecken und das emanzipative Potenzial einzelner Figuren der deutschen Ideengeschichte zu überschätzen.

Was bedeutete es nun also, wenn ein Hamburger Senator Arendts intellektuellen Stil in seiner Festrede als »lessinghaft« pries?²⁰ Das ironisch temperierte Unbehagen Arendts war deutlich spürbar. Schon in einem Brief an Karl Jaspers hatte sie davon gesprochen, dass er ihr diesen Preis »eingebrockt« habe.²¹ Ihre Schulfreundin Anne Weil ahmte diesen Ton nach, wenn sie in einem Brief vom Hamburger »Klimbim« schrieb.²² Dennoch gelang Arendt mit ihrer Rede ein Balanceakt, indem sie die Schwierigkeiten ihres Verhältnis zum damaligen Westdeutschland und dessen politischer Kultur deutlich zur Sprache brachte und zugleich eine positive Vision einer aufgeklärten Politik entwickelte.

Arendts Hamburger Rede von der »Menschlichkeit in finsternen Zeiten« bildet einen faszinierenden Kulminationspunkt ihres Denkens. Sie verknüpft auf einzigartige Weise Arendts komplexe Ideenwelt, und spannt den Bogen von ihren frühen Arbeiten zum Problem der jüdischen Identität und der Aufklärung hin zu ihren philosophisch-politischen Grundlegungen zur Natalität in *Vita activa*. Lessing

18 Jan Philipp Reemtsma 2007. *Lessing in Hamburg. 1766-1770*, München, 101.

19 Hanna Leitgeb 1994. *Der ausgezeichnete Autor: Städtische Literaturpreise und Kulturpolitik in Deutschland 1926-1971*, Berlin & New York, 189.

20 Hannah Arendt 2018. *Freundschaft in finsternen Zeiten: Gedanken zu Lessing*, hg. von Mathias Bornmuth, Berlin, 10.

21 Ebd., 7.

22 Hannah Arendt 2017. *Wie ich einmal ohne dich leben soll, mag ich mir nicht vorstellen: Briefwechsel mit den Freundinnen Charlotte Beradt, Rose Feitelson, Hilde Fränkel, Anne Weil und Helen Wolff*, München, 169.

diente Arendt dabei sowohl zur Abgrenzung als auch als Figur radikaler Geistesverwandtschaft.

Am Beispiel von Lessings Theorie des Mitleids in der *Hamburgischen Dramaturgie* exemplifizierte Arendt die Abwendung von konkreten politischen Kategorien hin zu einer sentimental Philosophie der Humanität und Brüderlichkeit in der Zeit der Aufklärung. Einer Philosophie, die letztlich – in Arendts Sprache – weltlos bleiben musste. Wie später in ihrem Eichmannbuch polemisierte Arendt gegen einen Begriff der Menschlichkeit ohne politische Folgen. Dort würde sie schreiben, dass der deutsche Begriff »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« das »Understatement des Jahrhunderts« sei – ganz so »als hätten es die Nazis lediglich an Menschlichkeit fehlen lassen, als sie Millionen in die Gaskammern schickten«.²³

In ihrer Hamburger Rede nahm sich Arendt nun also den historischen Prozess der Aushöhlung und Verinnerlichung der politischen Kultur – besonders der deutschen – vor. Arendt verband die Kultur einer apolitischen Menschlichkeit historisch mit der neuen Rolle des Mitleids als dem einenden Impuls menschlicher Soziabilität, wie sie im 18. Jahrhundert zuerst gedacht worden war. Das Mitleid, das in Lessings Umdeutung der Aristotelischen Dramentheorie eine entscheidende Rolle gespielt hatte, habe, so Arendt, die Vorstellungen einer aufgeklärten Politik entscheidend geprägt und so eine letztlich weltabgewandte politische Kultur hervorgebracht. Arendt argumentierte gegen eine Menschlichkeit, die auf dem Mitleiden mit dem Anderen aufbaute und sich im Glauben an die Bruderschaft aller Menschen erschöpfte. Eine solche Humanität sei unfähig, Verantwortung für die konkreten Verhältnisse zu übernehmen, innerhalb derer Menschen eben keine Brüder sind. Es sei genau diese unpolitische Politik der Brüderlichkeit, die die innere Emigration so vieler Deutscher ermöglicht habe. Natürlich sei es verständlich gewesen, so Arendt, sich »im Asyl des eigenen Inneren häuslich« einrichten zu wollen. Das »Resultat« sei jedoch immer, dass dabei »die Menschlichkeit mit der Wirklichkeit wie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet« werde (41).

Dieser Realitätsverlust bestimme auch in der Nachkriegszeit die Haltung der Deutschen zu ihrer Vergangenheit, so Arendt. Sie attestiert ihnen eine »Neigung so zu tun, als habe es die Jahre von 1933 bis 1945 gar nicht gegeben«, das »Negative zu vergessen« und so – mit Lessing – das »Furchtbare ins Sentimentale zu verfälschen« (34). Die Menschlichkeit als Brüderlichkeit stehe eben nicht allen Menschen zu, argumentierte Arendt, sie sei das »Recht der Pariavölker«, derjenigen, die sich in der Unterdrückung mit einer »unheimlichen Realitätslosigkeit entschädigen«. Für die Anderen aber bestehe eine Verantwortung, eine »Verpflichtung«, sich der Welt zu stellen (29).

23 Hannah Arendt 1964. *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München, 399.

Der lauwarmen Rhetorik der Menschlichkeit, dem »Es genügt ein Mensch zu sein« des Nathan, stellte Arendt Lessings radikal-kritische Geisteshaltung entgegen. Hier, in seiner Haltung zur Welt und zur Wahrheit, die sich auch in der Ringparabel ausdrückte, sah Arendt das Potenzial zu einer aufgeklärten, der Welt zugewandten Politik. Arendt betonte die selbstbewusste Unabgeschlossenheit von Lessings intellektuellem Stil, durch den sein Denken ein »vorweggenommenes Sprechen mit anderen« wurde (18f.). Diese Offenheit, die Ablehnung eines Gesprächsstils des Rechthabens und der Objektivität, sei die Grundlage einer echten beziehenden Menschlichkeit – einer Menschlichkeit, die sich nicht zurückzieht, sondern auf den Anderen zugeht. Diese Menschlichkeit, auch wenn Arendt sie in ihrer Rede mit dem Begriff der *philia* assoziiert, sollte aber nicht allzu leicht, wie in der Neuausgabe des Textes geschehen, mit Arendts eigenen Freundschaften in Verbindung gesetzt werden.²⁴ Wie faszinierend Arendts persönliche Beziehungen auch immer gewesen sein mögen, es wäre eine Entpolitisierung ihres eigenen, gegen die Entpolitisierung gerichteten Denkens, ihre Texte vor allem mit Verweis auf solche Verbindungen zu lesen. *Philia* ist mehr Lessings Verbindung zu Johann Melchior Goeze als Arendts zu Mary McCarthy oder Karl Jaspers.

Arendt pries Lessings »erstaunlichen Mangel an Sachlichkeit«.²⁵ Kant habe zwar eingesehen, dass »es absolute Wahrheit für den Menschen nicht geben kann«, aber er habe das Absolute selbst in seiner Ethik letztlich doch nicht aufgeben können. Er habe damit den menschlichen Bereich auf etwas festgelegt, das dessen Wesen, nämlich dem der »grundsätzlichen Relativität«, widersprach. Lessing dagegen habe sich gerade über die Unsagbarkeit der Wahrheit, die die Philosophinnen so gequält habe, »gefreut«, so Arendt. Nicht nur »die Einsicht, daß es die eine Wahrheit innerhalb der Menschenwelt nicht geben« könne, sondern »die Freude, daß es sie nicht gibt und daß das unendliche Gespräch zwischen den Menschen nie aufhören werde, solange es Menschen überhaupt« gebe, das zeichne »die Größe Lessings« aus.²⁶

Mit Lessing gelang es Arendt, die problematischen Tendenzen, aber auch die enormen Potenziale einer von der Aufklärung geprägten politischen Kultur herauszuarbeiten. Ihre Hamburger Rede zeigt eindrucklich, wie falsch es wäre, Arendt in eine Reihe mit Denkern wie Eric Voegelin oder Reinhart Koselleck zu stellen, die die Aufklärung letztlich als den Beginn eines Verfalls europäischer Kultur und Politik verstanden, der im Totalitarismus mündete. Für Arendt, die schließlich das Denken ohne Geländer erprobte, war »die schrankenlose Beweglichkeit des revolutionären Denkens« nicht eine »dramatische Gefahr«, die die Grundlagen des

24 Matthias Bormuth 2019. Im Spiegel Lessings oder eine Republik der Freunde, in Hannah Arendt. *Freundschaft in finsternen Zeiten*, Berlin.

25 Hannah Arendt. *Freundschaft in finsternen Zeiten*, 51.

26 Ebd., 48.

menschlichen Zusammenlebens zerstörte.²⁷ In einem Brief an Arendt hatte Eric Voegelin einmal angemerkt, dass ihre Kritik des Totalitarismus nicht weit genug gehe, ja, dass die Geschichte des Totalitarismus nur im Zusammenhang des Verfalls des Christentums überhaupt zu verstehen sei. Arendt antwortete darauf lapidar, dass sie als jemand, »der nicht Christ sei, im Verfall des Christentums Gutes wie Schlechtes sehe«.²⁸ Sie ließ sich also auf eine zu eindeutige Deutung moderner Geschichte nicht festlegen.

Arendt, das macht ihre Rede deutlich, gehörte nicht zu denen, die aus der Kritik die Krise der Moderne ableiten wollten.²⁹ Kritik, die Unabgeschlossenheit, Widersprüchlichkeit und Offenheit eines Denkens, das sich im Kontakt mit Anderen immer wieder neu entfaltet, ist für sie gerade das Lebenselixier einer wirklich menschlichen Politik.

Clara Maier hat 2016 an der Universität Cambridge zu Debatten um den »Deutschen Sonderweg« promoviert. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hamburger Institut für Sozialforschung und ist seit 2019 Postdoc an der Humboldt-Universität Berlin.

Das verschwundene Vorwort.

Susanne Krasmann über Michel Foucault, *Wahnsinn und Gesellschaft*

Michel Foucault (1926-1984) leitete von 1959 bis 1960 das Hamburger Institut Français. Hier beendete er sein erstes Hauptwerk, *Wahnsinn und Gesellschaft*, wenngleich sich das Hamburger Vorwort in späteren Ausgaben nicht mehr wiederfindet. 2019 wurde am *Institut Français* in der Heimhuder Straße eine Plakette angebracht, die an Foucaults Wirken in Hamburg erinnert.

Die *Geschichte des Wahnsinns*, so heißt es in dem Vorwort vom 5. Februar 1960, das Michel Foucault während seines Aufenthalts in Hamburg verfasste, ist das Anliegen, die Geschichte einer »anderen Art des Wahnsinns« zu schreiben.³⁰ Sie ist die Geschichte einer ursprünglichen »Trennung« zwischen Wahnsinn und Vernunft, die zugleich eine »Archäologie« des »Schweigens« sein muss: »Die Sprache der

27 Matthias Bormuth 2019. Im Spiegel Lessings oder eine Republik der Freunde, in Hannah Arendt. *Freundschaft in finsternen Zeiten*, 34.

28 Peter Baehr 2012. Debating Totalitarianism: An Exchange of Letters between Hannah Arendt and Eric Voegelin. Introduced and edited by Peter Baehr and translated by Gordon C. Wells, *History and Theory* 51, 373.

29 Vgl. Matthias Bormuth. *Im Spiegel Lessings*, 38f.

30 Michel Foucault 1973. *Wahnsinn und Gesellschaft*, Frankfurt a.M., 7 (fr. Erstausgabe: ders. 1961. *Folie et déraison. Histoire de la folie à l'âge classique*, Paris); Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

Psychiatrie, die ein Monolog der Vernunft *über* den Wahnsinn ist, hat sich nur auf einem solchen Schweigen errichten können« (8). Was Foucault in dieser Abhandlung unternimmt, die er 1961 als *thèse principale* für sein Doktorat an der Sorbonne einreichen wird, ist nicht weniger, als sich einer »geschichtlichen Abwesenheit« anzunähern, die durch eben diese Scheidung von Wahnsinn und Vernunft in der Geschichte des modernen Denkens hervorgebracht wird. Entscheidend ist die »Geste« dieser Trennung, die dazu führt, dass der Dialog zwischen Wahnsinn und Vernunft abgebrochen und die Rede »der unvollkommenen Worte ohne feste Syntax« dem »Vergessen« anheimgestellt wird. Wie Foucault im zweiten Kapitel ausführt, zeigt sich dies exemplarisch bei Descartes: Während der Traum sich in seinem Bezug zur Wahrheit profiliert und so noch die Möglichkeit des Zweifels zulässt, ist der Wahnsinn »gerade die Bedingung der Unmöglichkeit des Denkens«. Das denkende Subjekt kann nicht verrückt sein (69).

Foucault selbst begibt sich mit seiner *thèse* in die Unmöglichkeit, eine Geschichte des Wahnsinns zu schreiben; eines Wahnsinns, der begreifbar wäre, bevor er von einem Wissen eingehegt und zum Schweigen gebracht wird. Zum »Lärm« degradiert, ist der so konstituierte Wahnsinn das, wovon sich »eine bedeutungsvolle Sprache abhebt«: die Sprache der Vernunft, die nicht zuletzt von hier aus ihre Geschichte schreibt. Methodisch sieht sich Foucault vor die Herausforderung gestellt, »Worte und Texte« zur Sprache zu bringen, die gerade nicht der Positivität des psychiatrischen Diskurses zu entnehmen sind, sondern »die von unterhalb der Sprache« der Vernunft hervorgeholt werden müssen – und die eigentlich »nicht dazu geschaffen waren, zu einer Rede zu werden« (15).

Angesichts der Intensität der Sprache und der Neuartigkeit der Beobachtungen hat man zu Recht von einem »fulminanten Vorwort« gesprochen,³¹ das Foucault in seiner ersten großen Arbeit vorgelegt hat. In der Neuausgabe, als *Wahnsinn und Gesellschaft* 1972 endlich wunschgemäß beim renommierten Verlag Gallimard erscheint, findet sich dieses Vorwort jedoch überraschenderweise nicht wieder.³² Irritationen darüber haben Auseinandersetzungen über die Spuren eines phänomenologisch-strukturalistischen Erbes angeregt, die sich hier offenbar noch abzeichnen und von denen Foucault sich später distanzieren wird.³³ So mag man sich verwundert die Augen reiben angesichts der ontologischen Annahmen, die aufscheinen wollen, wenn Foucault von einer »stummen Zerrissenheit des

31 Rainer Nicolaysen 2016. Foucault in Hamburg. Anmerkungen zum einjährigen Aufenthalt 1959/60, *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 102, 71–112, 107.

32 Michel Foucault 1972. *Histoire de la folie à l'âge classique*, Paris. Das Vorwort erscheint dann wieder in Band 1 der *Dits et écrits* (dt. Schriften 2001), in der deutschen Ausgabe ist es mit Einverständnis des Autors (zum Beispiel um eine Danksagung an George Dumézil) leicht gekürzt; siehe auch Didier Eribon 1989. *Michel Foucault und seine Zeitgenossen*, München, 150.

33 Vgl. ausführlich hierzu Eribon, der sich vor allem auf den Einfluss seines Freundes und Förderers Georges Dumézil konzentriert, insbesondere ebd., 154f., 161–164.

Menschen« und einer »tragischen Struktur« (551, 9) in der Scheidung von Vernunft und Unvernunft spricht. Tatsächlich räumt Foucault in der *Archäologie des Wissens* ein, dass *Histoire de la folie* mit dem, »was darin als eine ›Erfahrung‹ bezeichnet wurde«, noch zu sehr »ein anonymes und allgemeines Subjekt der Geschichte« nahelegt hatte;³⁴ und dass man nicht versuchen müsse zu rekonstruieren, was den »Wahnsinn selbst« ausgemacht habe, um nachzuvollziehen, wie er sich als ein Gegenstand der Wissenschaft, namentlich der Psychologie konstituiert hat.

Doch man kann *Wahnsinn und Gesellschaft* auch konsequent von den analytischen Prinzipien der späteren Archäologie und Genealogie her lesen; in dieser Perspektive zielt die Frage nach der ursprünglichen Trennung zwischen Vernunft und Unvernunft gerade nicht darauf, einen »Ort der Wahrheit«, den vermeintlichen Ursprung, aufzusuchen, an dem eine Sache endlich mit sich selbst übereinzustimmen scheint.³⁵ Vielmehr ist sie wörtlich zu nehmen: Die Trennung selbst konstituiert erst ein Denken und stellt die Bedingungen her, unter denen eine Unterscheidung zwischen wahr und falsch möglich wird.³⁶ Die Geschichte des Wahnsinns will deshalb keine Geschichte der psychiatrischen Wissenschaft sein, sondern eine »Geschichte der Grenzen«, die in Augenschein nimmt, was eine »Kultur« als das »zurückweist, was für sie *außerhalb* liegt«, und was doch »ganz genau soviel über sie aus[sagt]« wie das, was sie zulässt, die »Werte« etwa, über die sie sich definiert (9). Der »Ursprung« beschreibt hier demnach also keine Gründung, vielmehr einen Riss, eine »Zäsur«, in der eine Gesellschaft in sich einschließt, was sie ausschließen will.

Foucault hat *Wahnsinn und Gesellschaft* in einer Zeit verfasst, als er selbst auf der Flucht war vor einem Leben in Frankreich, das er kulturell und sozial als restriktiv erlebte.³⁷ Sein »Exil« führte ihn zunächst nach Uppsala, wo die Arbeit hauptsächlich entstanden ist, dann nach Warschau und schließlich, von Oktober 1959

34 Michel Foucault 1969. *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M., 29.

35 Michel Foucault 1987. Nietzsche, die Genealogie, die Historie, in ders. *Von der Subversion des Wissens*, Frankfurt a.M., 69–90, 72.

36 »Sich den Allgemeinheiten des ›Wahnsinns‹, der ›Delinquenz‹ oder der Sexualität zu verweigern,« so schreibt Foucault später im Rückblick auf seine Arbeiten, »soll nicht heißen, dass das, worauf sich diese Begriffe beziehen, nicht existiert, oder dass sie allein Chimären sind, die aus einem bestimmten Grund erfunden worden sind. Es geht allerdings um mehr als die simple Feststellung, dass ihr Inhalt sich mit Zeit und Umständen verändert. Es geht um die Frage nach den Bedingungen, die es den Regeln des wahren oder falschen Sprechens gemäß erlauben, ein Subjekt für geisteskrank zu betrachten oder ein Subjekt dazu zu bringen, die Modalität seines sexuellen Begehrens als den wesentlichsten Teil seiner selbst anzusehen.« Michel Foucault 1994. »Autobiographie«, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 42(4), 699–702, 701.

37 Didier Eribon. *Michel Foucault*, 127.

bis September 1960, nach Hamburg, wo er, »nicht weit von Altona«,³⁸ die Leitung des *Institut Français* übernahm und die Arbeit mit jenem fulminanten Vorwort zum Abschluss brachte. *Wahnsinn und Gesellschaft* ist insofern auch ein biographisches Zeugnis von Erfahrungen, die noch bis in die Zeit in Uppsala reichen, wo sein Zugang zu einer Geschichte des Wahnsinns in einer Weise auf Unverständnis stößt, dass es Foucault nicht gelingt, *Histoire de la folie* dort als *thesis* einzureichen.³⁹

Wenn Foucault sich in den 1970er Jahren noch enttäuscht über die wissenschaftliche und politische Resonanz auf sein Buch zeigte,⁴⁰ so sollte sich dies bald ändern. *Wahnsinn und Gesellschaft*, das heute zu den großen Klassikern von Werken zählt, die sich einer disziplinären Zuordnung entziehen, hat in unserer Gegenwart unversehens noch einmal politische Aktualität erlangt: in einer Zeit, in der man gern die Vertreterinnen des Poststrukturalismus (und der »Postmoderne«) und namentlich solche für die Misere einer Post Truth-Politik verantwortlich macht, die angeblich leichthin die Vernunft der Aufklärung verwerfen – und Geisteskrankheiten verharmlosen.

Foucaults Werk indes durchzieht die Frage nach den historischen Bedingungen, unter denen bestimmte Formen des Wahrsprechens (*veridiction*) auftauchen können – und die Frage, wie wir uns dabei je als Subjekte konstituieren.⁴¹ Das schließt die Bereitschaft, seine eigene(n) Gewissheit(en) zu untergraben (auch die, was der Mensch überhaupt ist), ein; und es ermöglicht, »das Leben der Unvernunft« etwa in den Werken »Hölderlins, Nervals, Nietzsches oder Artauds, die unendlich irreduzibel auf jene Alienation sind« (536), aufblitzen zu sehen.

Susanne Krasmann ist Professorin für Soziologie in der Kriminologischen Sozialforschung an der Universität Hamburg. Sie gehört seit ihrem Aufsatz zu *Simultaneität von Körper und Sprache bei Michel Foucault* von 1995 zu den prägenden Autorinnen der deutschsprachigen Foucault-Rezeption. 2003 erschien das Buch *Die Kriminalität der Gesellschaft: Zur Gouvernementalität der Gegenwart*.

Foucault liest Kant.

Leon Abich über die Hamburger Einführung in Kants Anthropologie

Neben *Wahnsinn und Gesellschaft* stellte Michel Foucault (1926–1984) in seiner Zeit als Leiter des Hamburger *Institut Français* auch sein Manuskript zur *Einführung in*

38 Zitiert aus dem Klappentext der Erstausgabe nach Rainer Nicolaysen. *Foucault in Hamburg*, 110.

39 Vgl. ebd., 84, 110f.

40 Vgl. Didier Eribon. *Michel Foucault*, 163.

41 Vgl. Michel Foucault 2014. *Wrong-Doing, Truth-Telling: The Function of Avowal in Justice*, Chicago & London, 20.

Kants Anthropologie fertig. Diese reichte er zusammen mit einer Übersetzung von Kants Schrift als weitere akademische Qualifikationsarbeit ein.

Als Michel Foucault im Oktober 1959 als neuer Direktor des Institut Français in Hamburg vorgestellt wurde, ahnte noch niemand, welch intellektuelle Sprengkraft sein Werk bis heute entfalten würde. Nachdem er drei Jahre in Schweden und ein Jahr in Polen geforscht und gelehrt hatte, zog er für ein Jahr in die Direktorenwohnung des Institut Français in Hamburg. In diesem Jahr arbeitete Foucault an der Endfassung seiner *Histoire de la folie* (dt. *Wahnsinn und Gesellschaft*) sowie an seiner *Einführung in Kants Anthropologie*, die er als *thèse principale* und *thèse complémentaire* für seinen »doctorat d'état«⁴² in Frankreich einreichen musste. Darüber hinaus bot er an der Universität Hamburg Lehrveranstaltungen zu Sartre, Camus und dem politischen Denken des 18. Jahrhunderts an.⁴³

Auch wenn Foucaults *Histoire* über die »große Gefangenschaft«⁴⁴ der Wahnsinnigen im Zuge des Aufkommens der medizinisch-psychiatrischen Rationalität in der Mitte des 17. Jahrhunderts als sein erstes Hauptwerk erschienen ist, ist der Bedeutungsgehalt seiner Kant-Lektüre für seine eigene Theorieproduktion nicht zu unterschätzen. Der französische Philosoph Gilles Deleuze hat nicht umsonst in den 1980er Jahren bei Foucault einen »eigentümlichen Neukantianismus«⁴⁵ erkennen können – das Jahr in Hamburg, in dem er an der Einführung und Übersetzung von Kants *Anthropologie* gearbeitet hat, ließe sich demnach sinnvollerweise als »Kant-Jahr«⁴⁶ bezeichnen.

Dieser kleine Text von Foucault hat ein eindeutiges Programm: Er untersucht das Verhältnis von Kants *Kritik*⁴⁷ zu Kants Vorlesungen zur *Anthropologie* mittels einer »genetischen« und einer »strukturalen« Analyse und formuliert die Frage, ob »ganz am Fundament der *Kritik*, ein gewisses konkretes Bild vom Menschen«⁴⁸ stand. Während die »genetische« Perspektive die Interferenzen des

42 Daniel Defert, François Ewald & Frédéric Gros 2010. Vorwort, in Michel Foucault. *Einführung in Kants Anthropologie*, Frankfurt a.M., 7. Der »doctorat d'état« entsprach vergleichsweise einer deutschen Habilitation.

43 Rainer Nicolaysen 2016. Foucault in Hamburg. Anmerkungen zum einjährigen Aufenthalt 1959/60, *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 102, 71–112, 92.

44 Michel Foucault 1969. *Wahnsinn und Gesellschaft*, Frankfurt a.M., 68–98.

45 Gilles Deleuze 1992. *Foucault*, Frankfurt a.M., 86.

46 Rainer Nicolaysen. *Foucault in Hamburg*, 107.

47 Es ist unklar, ob Foucault sich hier auf die *Kritik der reinen Vernunft* bezieht oder ob er das dreibändige Projekt der *Kritik* von Kant ins Verhältnis mit Kants *Anthropologie*-Vorlesungen setzen will. Inhaltlich scheint es so, als bezöge er sich auf die *Kritik der reinen Vernunft*, bis Seite 50 taucht jedoch nur der Begriff *Kritik* auf. Mehrere Begriffsverwendungen wie zum Beispiel die der *Kritiken* weisen darauf hin, dass Foucault eine Untersuchung über das gesamte Verhältnis des kritischen Projekts von Kant zur *Anthropologie* analysieren will.

48 Michel Foucault 2010. *Einführung in Kants Anthropologie*, Frankfurt a.M., 15; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

Textes und den Entwicklungsverlauf der *Anthropologie* untersucht, widmet sich die »strukturelle« Analyse der Beziehung von *Anthropologie* und *Kritik* und bildet damit den Hauptteil seiner Untersuchung.

Sowohl die *Anthropologie* als auch die *Kritik* liest Foucault also im Hinblick auf die Beziehung des kantischen Projekts einer Kritik der reinen Vernunft, die als *Kritik* der reinen Vernunft und Kritik der reinen Vernunft die Vereinigung von Gegenstand und Mittel darstellt, mit einer Anthropologie, die auf den ersten Blick als »Sammlung empirischer Beobachtungen [...] keinen »Kontakt« mit einer Reflexion der Bedingungen der Erfahrungen« (59) zu haben scheint. Da es in beiden Texten keinen unmittelbaren Verweis auf die jeweils andere Reflexionsform gibt, sucht Foucault in anderen Texten und Fragmenten Kants nach der unterstellten Parallelität von *Anthropologie* und *Kritik* und findet sie im Spätwerk: Die Analyse der letzten kantischen Frage in der kanonischen Passage der *Logik-Vorlesungen* und die Fragmente des *Opus postumum* sollen den Intensitätsgrad und die Art der Beziehung klären.

Dass die von Kant in der *Jäsche-Logik* gestellte Frage »Was ist der Mensch?« als zentrale Referenz der drei weiteren Fragen »1. Was kann ich wissen? 2. Was soll ich tun? 3. Was darf ich hoffen?«⁴⁹ auftritt, dass Kant sie also als Bindungsinstitution positioniert, die den Bedeutungsgehalt der vorausgehenden Fragen in sich vereint, scheint die Anthropologie und ihre privilegierte Stellung als »oberste[n] Bezugspunkt der Philosophie«⁵⁰ auszuweisen. Foucault greift diese Passage auf und insistiert mit dem Verweis auf Kants Vorlesungen, »daß die *Anthropologie*, wie wir sie kennen, sich an keiner Stelle als Antwort auf die vierte Frage präsentiert, ja nicht einmal als empirische Erforschung dieser Frage in ihrer ganzen Breite« (69). Wie also beantwortet Kant die Frage nach dem »Was« des Menschen? Während die *Anthropologie* für Foucault hier keine Antwort gibt, glaubt er sie in den Fragmenten des *Opus postumum* Kants zu finden. In diesem späten Text von Kant wird der Mensch als Vermittlungsinstanz zwischen Gott und Welt eingesetzt, indem er beide Sphären – die göttliche und die weltliche – in sich vereint. Durch diese »Vereinigung* von Gott und Welt im Menschen« (79)⁵¹ konstituiert sich die Existenz des Menschen in einem Zwischen, in einem Innen, das zugleich Außen ist, und einem Außen, das zugleich Innen ist. Diese Synthese – der Mensch als Medium –, die als Binnenverhältnis die Souveränität des Denkens vorführe, kennzeichnet die Stellung des Menschen. Die Anthropologie als empirische wissenschaftliche Untersuchung nimmt demnach eine besondere Stellung in der Erforschung des Menschen ein: Der Mensch als Agierender ist gleichzeitig Element der Untersuchung,

49 Immanuel Kant 1997 (1800). *Logik. Ein Handbuch zu Vorlesungen*, Hamburg, 25.

50 Andrea Hemminger 2010. Nachwort, in Michel Foucault. *Einführung*, 121.

51 Mit Asteriskus markierte Stellen sind im Original deutsch.

er ist »zugleich Subjekt *und* Objekt der Erkenntnis, das heißt als erkennendes Subjekt auch selbst Gegenstand eines positiven Wissens oder, anders formuliert, empirisches Objekt positiver Wissenschaften und transzendentaler Ermöglichungs- und Begrenzungsgrund.«⁵² Diese Einsicht in ein Spannungsverhältnis, das als solches Kräfteverhältnisse unterschiedlicher Wissenschaftsbereiche über den Menschen koordiniert und mit dem Foucault später das Entstehen moderner Subjektivierungsformen innerhalb der Humanwissenschaften untersucht, endet in der bekannten Formulierung des Menschen als einer »seltsame[n], empirisch-transzendente[n] Dublette«⁵³ in *Die Ordnung der Dinge*.

Das Verhältnis von *Anthropologie* und *Kritik* ist also um die Frage nach dem Menschen organisiert: Das anthropologische Denken ist, so wie es im 18. Jahrhundert entstanden ist, nicht nur die Wissenschaft vom Menschen, sondern zugleich und genau deshalb, weil sie den Menschen als Gegenstand hat, die Wissenschaft von der Begründung und Begrenzung menschlicher Erkenntnis. Da sich die *Anthropologie* in ihrer Empirizität nicht selbst begründen kann, ist die Anthropologie auf die Frage der *Kritik* nach den apriorischen und endlichen Bedingungen der Erkenntnis angewiesen. Die Anthropologie muss die Kritik wiederholen, um die Positivität des Empirischen und die Bedingungen der Möglichkeit dieser Erkenntnisform zu reflektieren. Diese »anthropologico-kritische Wiederholung« (97) autorisiert ein Wissensfeld, in dem das positive Wissen sich über sich selbst befragt und damit die Grenzen seiner Produktion von Wissen über den Menschen einer *Kritik* unterzieht.

Die Kant-Lektüre im Rahmen der Arbeit an seiner *thèse complémentaire* scheint für Foucault während seines Aufenthalts in Hamburg also in zweierlei Hinsicht produktiv gewesen zu sein: Einerseits ist mit der Untersuchung der Kantischen *Kritik* und der Konfrontation der *Kritik* mit den Vorlesungen zur *Anthropologie*, mit der Betrachtung also, in welchem Zusammenhang die beiden Werke zueinander stehen und wie sie sich wechselseitig bedingen, ein Teil der Promotionsarbeit vollendet. Auch wenn Foucault seine Übersetzung von Kants Vorlesung erst 1964 veröffentlichte und nur mit einer kleinen historischen Notiz versah, lässt sich die Konzeption der ausführlichen *Einführung in die Anthropologie* auf die Zeit in Hamburg zurückdatieren,⁵⁴ sodass die Veröffentlichung im Jahr 2008 auf seine Arbeit in Hamburg verweist. Andererseits zeigt sich die ausführliche Beschäftigung mit den Werken Kants in Foucaults Begriffsmodifikation des Kantischen »Apriori«, in dessen Sinnhorizont er das »historische Apriori« als die Voraussetzung historischer Bedingungen für Erkenntnisvermögen entwickelt. Während Kants Apriori »Gültigkeitsbedingung für Urteile« bezeichnet, ist das historische Apriori

52 Andrea Hemminger. *Nachwort*, 123.

53 Michel Foucault 1971. *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt a.M., 384.

54 Rainer Nicolaysen. *Foucault in Hamburg*, 108.

Foucaults »Realitätsbedingung für Aussagen«,⁵⁵ das ein Kräftefeld des Sagbaren hervorbringt, in dem sich das Subjekt historisch konstituiert. Die Stellung des Subjekts bei Kant als aktive Einheit des Göttlichen und des Weltlichen, des Empirischen und des Transzendentalen überwindet Foucault, indem er mittels seiner historischen Methode die Genealogie des Subjekts, das heißt das Hervorkommen des Subjekts aus einer historischen Figuration untersucht. Man könnte sagen: Die Untersuchung der Kantischen Subjektivierung und damit der Einfluss von Kants Denken auf Foucault, lässt eine genealogische Betrachtung als realistisch erscheinen, die 1959 ihren Anfang in Hamburg nimmt und von der aus sich Foucault mit und gegen Kant interpretieren ließe.

Leon Abich studiert seit 2016 Sozial- und Bewegungswissenschaften auf Lehramt in Hamburg.

Der Herr Bundeskanzler ist erkältet.

Lennart Riebe über Helmut Schmidts Vorlesung an der Universität Hamburg

Im Herbst 1965 zog der ehemalige Hamburger Innensenator Helmut Schmidt (1918-2015) in den Deutschen Bundestag ein. Während sich seine politische Karriere, die ihn schließlich zur Kanzlerschaft führen sollte, damit zunehmend nach Bonn verlagerte, hielt Schmidt noch im Wintersemester 1965/66 eine Vorlesung über »Methoden strategischer Entscheidungen« an der Universität Hamburg.

An Helmut Schmidt kommt man in Hamburg nicht vorbei – Flughafen, Bundeswehr-Uni und Zeit-Verlagshaus tragen, neben vielem anderen, seinen Namen. Kaum ein Mensch, der in der städtischen Selbsterzählung einen derart prominenten Platz einnimmt: als durchgreifender Krisenmanager der Großen Sturmflut, als kaltblütiger Verhandlungsführer im Deutschen Herbst, als welt-erklärender Publizist und ikonischer *elder statesman* mit Kippe in der Hand. Die kaum zu überblickende Anzahl an Biografien und Themenbänden lässt den Eindruck aufkommen, dass es keinen Aspekt dieses Lebens mehr gibt, der nicht schon ausgeforscht und eingeordnet ist.

Auch mit der Universität Hamburg ist Schmidt eng verbunden. Studium der Volkswirtschaftslehre von 1945 bis 1949 an der wiedereröffneten Universität, Mitbegründung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) 1946, nach der Kanzlerschaft dann 1983 die Verleihung der Ehrensensatorenwürde. Bisher von akribischen Biografinnen jedoch unentdeckt blieb anscheinend, dass Schmidt im Wintersemester 1965/66 eine Vorlesung mit dem Titel »Methoden strategischer Entscheidungen« am Seminar für Sozialwissenschaften hielt. Auf Grundlage noch un-

55 Michel Foucault 1981. *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M., 184.

erschlossener Akten des Helmut-Schmidt-Archivs⁵⁶ lässt sich nun auch dieses Detail der Schmidt'schen Biografie ausleuchten.

Doch zunächst zum Kontext. Bundestagswahl im September 1965. Sie markiert einen Wendepunkt in Schmidts Leben. Er entscheidet sich schweren Herzens, seiner Heimatstadt Hamburg den Rücken zu kehren und ein zweites Mal als Bundestagsabgeordneter zu kandidieren. Im Wahlkampf ist er im Schattenkabinett von Erhard-Herausforderer Willy Brandt als Verteidigungsminister vorgesehen.

Der ehemalige Wehrmachts-Kompanieführer Schmidt hatte sich bereits Ende der 1950er Jahre durch scharfe Kritik an Adenauers NATO-Politik und dessen potenziellen Plänen zur atomaren Bewaffnung der BRD als Verteidigungspolitiker in der SPD einen Namen gemacht. Schmidt sorgte sich damals u.a. um eine Verhärtung der deutsch-deutschen Beziehungen, die die Hoffnung auf eine potenzielle Wiedervereinigung zunichtemachen würden.⁵⁷ Gleichzeitig plädierte er für eine gesamtgesellschaftliche Ent-Tabuisierung von militär- und verteidigungspolitischen Fragen. Damit die Bundeswehr eine wirklich demokratische Armee werden könne, müssten sich Parlament, Partei und Gesellschaft für ihre Belange öffnen. Diese immer wieder demonstrierte Nähe zum Militär (Schmidt nahm 1957 als Freiwilliger an Reserveübungen teil) stieß schon damals bei nicht wenigen Genossinnen auf Irritation und Ablehnung.⁵⁸ Militaristische Tendenzen und der Hang zum Autoritären sind Vorwürfe, die Schmidt in den kommenden Jahrzehnten immer wieder gemacht werden.

Mitte der 1960er Jahre hat sich die politische Großwetterlage verändert. Der Kalte Krieg geht nach Mauerbau und Kuba-Krise in eine neue Phase über. Friedenssicherung und Annäherung scheinen nun drängender als das Fernziel Wiedervereinigung. Gleichzeitig steigt das Bewusstsein für die unmittelbare Abhängigkeit der Bundesrepublik von strategischen Entscheidungen, die anderswo getroffen werden. Innerhalb der NATO bestehen zudem große Unstimmigkeiten über die Zukunft des Militärbündnisses: Während Frankreich immer stärker auf eine militärische und atomare Eigenständigkeit setzt, gibt es in den USA und Großbritannien Überlegungen zu einer gemeinsamen Atomstreitmacht, in die auch die BRD einbezogen wird. Auf diese Konfliktlinien hatte Schmidt bereits in seinem 1961 erschienenen Buch *Verteidigung oder Vergeltung* hingewiesen. Als einer der wenigen deutschen Diskussionsbeiträge zur westlichen Militärstrategie verschafft ihm das Buch innerhalb kurzer Zeit ein hohes Ansehen in internationalen Kreisen.⁵⁹

Im Vorwort der 3. Auflage, das Schmidt im Juli 1965 verfasst, plädiert der Verteidigungsminister in spe vor dem Hintergrund der inneren Krise der NATO für

56 Siehe Helmut-Schmidt-Archiv, Eigene Arbeiten 26 (im Folgenden HSA-EA26).

57 Hartmut Soell 2003. *Helmut Schmidt. Bd.1: Vernunft und Leidenschaft*, München, 287f.

58 Jonathan Carr 1993. *Helmut Schmidt*, Düsseldorf, 36-40.

59 Hartmut Soell. *Helmut Schmidt*, 472-485.

ein gemeinschaftliches Vorgehen der Partnerländer, das sich nur auf gegenseitigen Austausch, gemeinsame Strategieentwicklung und mehr Mitspracherecht für die Mitglieder bei militärischen Entscheidungen stützen könne. Voraussetzung hierfür seien jedoch öffentliche Debattenkulturen über Militärstrategie und Verteidigungspolitik, die vor allem in Deutschland fehlten. Diese Themen seien zu wichtig, »als daß man sie einerseits einigen wenigen Generalen und Beamten und andererseits einigen Sonntagsrednern überlassen dürfte. Vor allem die Universitäten müssen endlich begreifen, daß sie ihr Teil beizutragen haben: wissenschaftliche Analyse«.⁶⁰

Die Bundestagswahl im September 1965 verliert die SPD. Erhard bleibt Kanzler, Schmidt wird (noch) nicht Verteidigungsminister, geht aber als Bundestagsabgeordneter nach Bonn und übernimmt den Fraktionsvorsitz. Nicht unbedingt ein naheliegender Zeitpunkt, um sich als Hochschullehrer auszuprobieren, doch Schmidt möchte anscheinend einen Anstoß geben für den von ihm geforderten geistigen Wandel.

Die Vorlesung ist zweiwöchentlich angesetzt: Im Vorlesungsverzeichnis zunächst für Donnerstag angekündigt, wird sie dann aber auf Montagabend verlegt (vermutlich um in Schmidts Abgeordnetenwoche zu passen, in der die Wochenenden meist für Hamburg reserviert sind). Von den acht geplanten Terminen finden vermutlich nur sechs oder sieben statt, was durchaus großpolitische Gründe hat. Im stenografischen Bericht der Vorlesung am 13. Dezember lässt sich Schmidts Entschuldigung für den Ausfall der letzten Sitzung nachlesen: »Sie werden damals aus der Zeitung oder aus dem Fernsehen mitgekriegt haben, daß die Ursache die Erkältung des Herrn Bundeskanzlers war, die zu einer Verschiebung der Regierungserklärung geführt hat«.⁶¹ Generell scheint Schmidt ein recht nahbarer Dozent gewesen zu sein, die letzte halbe Stunde jeder Sitzung wird als »Question-period«⁶² für Fragen und Diskussion geöffnet.

Inhaltlich ist die Veranstaltung als Überblick über das Feld der militärischen Strategie in ihren außenpolitischen, rüstungstechnologischen und ökonomischen Kontexten angelegt. Schmidt macht zu Beginn klar, dass er keinerlei eigene Forschung präsentiert, sondern aktuelle politische Debatten und Problemlagen anhand der »offensichtlichen Tatsachen« bespricht. Wichtigste Referenz hierbei ist der prominente US-amerikanische Nuklearstrategie und Spieltheoretiker Herman Kahn. Herausgerissene und handschriftlich kommentierte Seiten aus dessen Buch

60 Helmut Schmidt 1965. *Verteidigung oder Vergeltung: ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO*, Stuttgart, XXIII.

61 Stenografischer Bericht der 3. Vorlesung, HSA-EA26, 1[77].

62 Handschriftliche Notizen zur 1. Vorlesung, HSA-EA26, 6[6].

*On Escalation*⁶³ bilden, neben seinem eigenen Buch, die Grundlage von Schmidts Vorlesungsnotizen. Nach einer Einführung in die Problemstellung moderner Strategie werden im Verlauf des Semesters die militärtechnischen Revolutionen seit 1945 (Entwicklung von Nuklearwaffen, Entwicklung von Interkontinentalraketen, technische Unverwundbarmachung durch Atom-U-Boote), die NATO-Krise und Strategien der Rüstungsbegrenzung behandelt. Schmidt gibt Einblick in praktische Probleme der internationalen Politik und verdeutlicht, warum welche Reaktionen aus der Sicht von verschiedenen Akteuren als rational gelten können. Eindrucksvoll ist die Sitzung zu »Crisis Management«, in der der Krisenmanager Schmidt die wechselseitige Eskalationsspirale am Beispiel der Berlin- und der Kuba-Krise fast tagesgenau nacherzählt, immer wieder an Kahns Eskalationsstufen-Modell rückbindet und aufzeigt, »wie politisch-strategische und militärisch-strategische Erwägungen und Handlungen bei der Bewältigung solcher Krisensituationen [...] ineinandergreifen«. ⁶⁴

Anhand der stenografischen Vorlesungsberichte wird deutlich, dass hier ein berufspolitischer Praktiker im Hörsaal steht. Schmidt geht es weniger um die Vermittlung von Theorien oder Methoden und mehr um konkrete zeitgenössische Fallbeispiele. Zur Veranschaulichung plaudert der ehemalige Innensenator auch gerne mal aus dem Nähkästchen oder bemüht den Verweis auf ein aktuelles HSV-Spiel, wenn es um die Unterschätzung des Gegners geht. Dennoch möchte Schmidt sein Thema auf (sozial)wissenschaftlicher Grundlage verstanden wissen. In der ersten Vorlesung weist er das Feld militärisch-politischer Strategie als besonders gut geeigneten Gegenstand wissenschaftlicher Durchdringung aus, da hier die einzubeziehenden Tatsachen offenkundiger und weniger interpretationsbedürftig seien als bei anderen gesellschaftlichen Phänomenen. Der Nationalökonom Schmidt zieht Parallelen zur ökonomischen Theorie, die nach ähnlichen Prämissen verfare (zweckrationales Akteursverhalten, abstrakte Modellbildung, Isolierung von Einflussfaktoren) und mit ähnlichen Problemen der Annäherung von vereinfachtem Modell und komplexer Wirklichkeit zu kämpfen habe. Letztlich dürfe sich der politische Entscheider daher nicht blind auf die theoretischen Modelle verlassen, aber müsse sie ständig im Kopf haben.

Helmut Schmidts Beziehung zu den Sozialwissenschaften war eine pragmatische. Im Studium kommt er in Berührung mit soziologischer und staatsrechtlicher Literatur und ist stark beeindruckt vom sozialdemokratischen Sozialökonom Eduard Heimann, der bis 1933 in Hamburg lehrte, im amerikanischen Exil

63 Kahn's Buch beeindruckt Schmidt anscheinend dermaßen, dass er 1966 eine Einleitung für die deutsche Ausgabe verfasst, vgl. Herman Kahn 1966. *Eskalation. Die Politik mit der Vernichtungsspirale*, Berlin.

64 Stenografischer Bericht der 4. Vorlesung, HSA-EA26, 1[111].

an die New Yorker New School ging und 1948 für ein Gastsemester nach Hamburg zurückkehrte (Assistent an Heimanns Hamburger Lehrstuhl war der spätere Gründer der Hamburger Politikwissenschaft, Siegfried Landshut). Schmidt beklagt als Student die Marginalisierung der Sozialwissenschaften im Vergleich zur US-amerikanischen Universitätslandschaft, in denen unter dem Begriff der »political science« vielfältige Themen behandelt werden, die in Deutschland keine Beachtung fänden: »Bei uns wird oft um alles Politische ein weiter Bogen gemacht.«⁶⁵ Gleichzeitig vertritt er als Sozialdemokrat bereits während seiner SDS-Zeit ein stark pragmatisches Politikverständnis und macht aus seiner Ablehnung ausufernder Theoriedebatten keinen Hehl.⁶⁶ Folgerichtig sieht er auch später im Godesberger Programm von 1959 die längst überfällige »Ent-Ideologisierung« einer Partei verwirklicht, welche ihr Profil nicht mehr von gesellschaftstheoretischen Wahrheiten ableitet, sondern anhand »ihre[r] geistige[n] und sittliche[n] Grundhaltung«⁶⁷ bestimmt. Der Begriff der Sittlichkeit spielt in Schmidts offiziellem Politikverständnis generell eine große Rolle. Politik muss für ihn in moralischen Grundsätzen wurzeln, welche dann durch rationale Lageanalyse und nüchternes Abwägen der eigenen Handlungsmöglichkeiten situativ gefiltert und relativiert werden können. Mit Kant, Weber und Popper als immer wieder genannten Gewährsleuten ist für Schmidt die politische Urteilsfindung möglichst als »Rationalisierung des politischen Prozesses«, ⁶⁸ eingebettet in eine sittlich-moralische Verantwortungsethik, zu gestalten. Das wird auch in seiner Strategievorlesung deutlich, wenn es dort in seinen Notizen lapidar heißt: »Strategie als Wissenschaft heißt: 1) So rational wie möglich; 2) keine Emotion und kein Vorurteil einschleichen lassen; 3) heißt nicht: ohne Moral!«⁶⁹

Ganz so emotionslos bleibt das Thema Sozialwissenschaften für Schmidt dann aber doch nicht. Drei Jahre nach seinem Ausflug in den Hamburger Hörsaal sieht er sich mit einer radikalisierten Studierendenschaft konfrontiert, die ein ganz anderes Verständnis von Politik und Theorie vertritt als er. Nach anfänglichen Dialogversuchen in universitären Diskussionsveranstaltungen wird die Studierendenbewegung und die große Zahl neuer junger und kritischer Parteimitglieder für Schmidt mehr und mehr Projektionsfläche für seine Angst vor einer sich selbst zerfleischenden, regierungsunfähigen SPD, und er geht zunehmend auf Konfrontationskurs.⁷⁰ In dieser Zeit, im Oktober 1968, wird dann ein Zitat von Schmidt von einer Arbeitnehmerkonferenz in Gießen medial verbreitet: »Wir brauchen gute Juristen, wir

65 Schmidt 1948, zit.n. Harmut Soell. *Helmut Schmidt*, 199.

66 Uwe Rohwedder 2007. *Helmut Schmidt und der SDS*, Bremen, 33.

67 Helmut Schmidt 1965. Das geistige Profil der Sozialdemokratie, *Tatsachen – Argumente* Nr. 154/65, 9.

68 Martin Rupp 2003. *Helmut Schmidt. Eine politische Biographie*, Stuttgart, 167.

69 Handschriftliche Notizen der 1. Vorlesung, HSA-EA26, 10[10].

70 Hartmut Soell. *Helmut Schmidt*, 669–683.

brauchen nicht so viele Soziologen und Politologen, wie wir gegenwärtig an den Universitäten produzieren. Wir brauchen Leute, die einen wirklichen Beruf, den die Gesellschaft dringend nötig hat, so ausüben können, wie er in der heutigen Zeit gebraucht wird.«⁷¹

Das Zitat wird von den Zeitungen aus dem Kontext der Diskussion juristischer Ausbildung gerissen, und Schmidt versucht, mit einem korrigierenden Interview gegenzusteuern, in dem er für eine Öffnung der staatlichen Berufslaufbahnen für Sozialwissenschaftlerinnen plädiert. Doch die nachträgliche Einordnung zeigt wenig Wirkung und die öffentliche Empörung über Schmidts vermeintliche Soziologiefeindlichkeit schlägt Wellen: Im November 1968 schreibt Theodor W. Adorno an Helmut Schmidt, dass ihm zu Ohren gekommen sei, Schmidt hätte einem Kölner Kollegen vorgeworfen, für das studentische »Soziologenpack« verantwortlich zu sein. Ob diese Vorwürfe denn stimmen würden und, wenn dem so wäre, ob Schmidt bereit dazu wäre, sich öffentlich zu entschuldigen. Es entspannt sich ein kurzer Briefwechsel zwischen Schmidt und Adorno, in dem ersterer die Vorwürfe dementiert und leicht pikiert sein langjähriges sozialwissenschaftliches Interesse sowie die hohe Relevanz der Disziplin bekundet. Beide stimmen dann darin überein, dass die hohe Zahl an Hauptfachstudierenden in den Sozialwissenschaften in einem krassen Missverhältnis zur gesellschaftlichen Realität des Arbeitsmarktes stehe und hierfür Lösungen gefunden werden müssten – sei es in Form eines Wechsels zu »verwertbareren« Hauptfächern oder der Schaffung von sozialwissenschaftlichen Stellen beispielsweise in der politischen Bildung.⁷² Schmidt hält sich daraufhin öffentlich mit Kritik an den Sozialwissenschaften und ihren Vertretern zurück. Doch innerhalb von Parteizirkeln bleibt er bei seiner Ablehnung der Studierendenbewegung und ihrer vermeintlichen geistigen Väter: »Ich kann nur lachen [...] wenn diese Herren, die der Studentengeneration jene allgemeine, idiotische Faschismustheorie eingepflicht haben, jetzt plötzlich anfangen zu weinen, wenn ihre eigenen Institute besetzt werden, zum Beispiel Herr Professor Adorno.«⁷³

Helmut Schmidts Vorlesung in der Hamburger Sozialwissenschaft steht nicht nur emblematisch für sein pragmatisches Politik(wissenschafts)verständnis, sondern ist auch Teil seiner langfristigen Mitwirkung an dem Projekt, eine demokratische Militärtradition in Deutschland zu begründen. Bedingung hierfür ist für ihn die vollständige Integration militärischen Denkens in die Gesellschaft und in ihre Wissenschaften (wobei Schmidt immer von einem definitiven Primat der Politik ausgeht). Die Gründungen des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH) und der beiden Bundeswehr-Unis⁷⁴ Anfang

71 Schmidt 1968, zit.n. Harmut Soell. *Helmut Schmidt*, 685.

72 Ebd., 683–693.

73 Schmidt 1969, zit.n. Hartmut Soell. *Helmut Schmidt*, 690.

74 Vgl. den Beitrag von David Weiß in diesem Band, S. 322.

der 1970er Jahre sind weitere Schritte dieses Prozesses, in welchem Hamburg als Standort eine besondere Rolle zukommt. Fragt man nach einer sich daraus ergebenden Verantwortung hiesiger Sozialwissenschaft, so ist Schmidt durchaus zuzustimmen, dass sicherheitspolitische Themen auch nach wie vor gesellschaftlich zu wichtig sind, um sie gänzlich den militärischen Experten zu überlassen. Zur angemessenen Beurteilung gegenwärtiger Konflikte braucht es neben militärstrategischem Situationswissen allerdings auch ein Verständnis der historischen Strukturzusammenhänge moderner Gesellschaften und eine kritische Reflexion des eigenen Standpunktes. Für ein derartiges Vorhaben wären die von Schmidt geringgeschätzten Vertreter sozialwissenschaftlicher Theorie möglicherweise nicht der schlechteste Ausgangspunkt.

Lennart Riebe studiert im Master Politikwissenschaft am Fachbereich.

Fundstück: »Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren«

Am 9. November 1967 fand im Audimax der Universität Hamburg die alljährliche feierliche Rektoratsübergabe statt. Spitzen aus Wissenschaft, Politik und Kultur waren in den ersten Reihen des großen Hörsaals versammelt, das Universitätsorchester spielte und ein striktes Festprotokoll sollte seinen geregelten Lauf nehmen. Bis zwei Studierende des AstA eine kurzerhand geplante Protestaktion begannen – eine Aktion, die als einer der wichtigsten Auslöser der ›68er-Bewegung‹ gilt und in die Geschichtsbücher eingehen wird.

Unter den Talaren... (1967)



Staatsarchiv Hamburg

Zwar war die Dimension der 68er-Bewegung – in ihrem globalen Ausmaß wie politischen Einfluss – im November 1967 noch nicht abzusehen, doch bereits seit Monaten brodelte es an den westdeutschen Universitäten. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) hatte sich nach Abspaltung und Lossagung von der SPD zu Beginn der 1960er Jahre zu einer einflussreichen Stimme in der Studierendenschaft entwickelt. Immer mehr Kommilitoninnen, auch in Hamburg, beteiligten sich an den Plena und Aktionen der SDS-Basisgruppen. Vor allem aber die tagespolitische Lage beschleunigte die Dynamik der Bewegung.

Der Vietnamkrieg bewegte Studierende auf der ganzen Welt auf die Straße zu gehen, und im Alltag wurde die kulturelle Enge der Nachkriegsjahre kritisiert und eine Befreiung alternativer Lebensformen gefordert. In der Bundesrepublik richtete sich der politische Protest außerdem gegen die nicht aufgearbeitete, im Gegenteil bewusst verschwiegene und verdrängte NS-Vergangenheit, undemokratische Hochschulstrukturen sowie die geplanten Notstandsgesetze von CDU-Bundeskanzler und Ex-NSDAP-Mitglied Kurt-Georg Kiesinger.

Den ersten großen Ausbruch erfuhren die Proteste im Juni 1967. Während des Staatsbesuches des iranischen Schahs am 2. Juni in West-Berlin war es zu Demonstrationen gekommen, in unübersichtlichen Straßenkämpfen hatte ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg erschossen. In den darauffolgenden Wochen war die Lage angespannt, der SDS organisierte Großdemonstrationen. Und auch wenn die Proteste erst im Frühjahr und Sommer 1968 ihren Höhepunkt erreichten, war ein weiteres Ereignis – die »Muff-Aktion« im Hamburger Audimax am 9. November 1967 – entscheidend für die weitere Formierung der Bewegung.

Beflügelt von den zahlreichen Aktionen der vorigen Monate, hatten sich die beiden Jura-Studierenden Detlev Albers und Gert Hinnerk Behlmer zu einem Protest der besonderen Art entschieden. In der Nacht vor der Rektoratsübergabe bastelten sie aus einem Trauerflor für den Berliner Kommilitonen Ohnesorg ein kleines Transparent, das sie unter ihren Anzügen versteckt ins Audimax schmuggelten. Gleich zu Beginn der Veranstaltung kam ihr Moment. Der abtretende Rektor Karl-Heinz Schäfer zog mit seinem Nachfolger Werner Ehrlicher und weiteren Ehrengästen aus einem der Eingänge am Rande des Hörsaals in Richtung Bühne. Albers und Behlmer nahmen ihre Chance wahr, entrollten das Transparent und setzten sich vor die Prozession.⁷⁵

Der Spruch auf dem Transparent »Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren« führte schon im Hörsaal zu heftigen Reaktionen. Ein Ordinarius, der Orientalist

75 Zur Genese, zum Verlauf und zu den Folgen des Protests, siehe auch Rainer Nicolaysen 2012. »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren«: Ein Hamburger Studentenprotest trifft den Nerv der Ordinarienuniversität, in Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. *19 Tage Hamburg: Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren*, München & Hamburg.

Bertolt Spuler, rief den beiden Studierenden zu: »Sie gehören alle ins KZ«. Und auch in den folgenden Tagen erzielte die Aktion ein breites Medienecho und durchaus auch Sympathie in der breiten Bevölkerung. Albers und Behlmer hatten einen Nerv getroffen. Mit ihrem Spruch mahnten sie pointiert die antidemokratischen Strukturen der Hochschule an und lieferten einen wichtigen symbolischen Startpunkt zu den Reformen in der universitären Selbstverwaltung der darauffolgenden Jahre. Und auch wenn umstritten bleibt, ob mit dem Spruch tatsächlich ein Verweis auf das proklamierte »Tausendjährige Reich« der Nationalsozialisten intendiert war, bedeutete der Protest einen wichtigen Impuls zur Kritik nationalsozialistischer Kontinuitäten in zentralen gesellschaftlichen Institutionen, eben auch in den Universitäten.

Und die unmittelbaren Auswirkungen der Muff-Aktion auf den universitären Alltag? Am Tag nach der skandalträchtigen Rektoratsübergabe veranlasste die Universitätsleitung, dass die Ordinariatsaltäre von nun an in den Schränken verbleiben sollten – dort sind sie bis heute geblieben (Text: David Weiß).

Hamburgische Friedens- und Sicherheitspolitik. David Weiß über die Gründungsgeschichten von IFSH und HSU

Wolf Graf von Baudissin (1907-1993), ehemaliger Wehrmachtsmajor und späterer Generalleutnant der Bundeswehr, war einer der zentralen Protagonisten der Wiederbewaffnungsstrategie von Bundeskanzler Konrad Adenauer. Anfang der 1950er Jahre wirkte er entscheidend an der Entwicklung des Konzepts der »Inneren Führung« und des Leitbildes des »Staatsbürgers in Uniform« mit. In Hamburg kann sich sowohl das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) als auch die Helmut-Schmidt-Universität (HSU) in der Tradition Baudissins verorten.

Nur fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und der Befreiung Deutschlands durch die Alliierten im Mai 1945 hatte sich die Weltlage 1950 bereits grundlegend gewandelt. Auf deutschem Boden hatten im Jahr zuvor zwei feindlich gesinnte Staatsgründungen stattgefunden. Die atomar hochrüstenden USA und Sowjetunion konsolidierten ihre Blöcke und die jahrzehntelange Konkurrenz der Systeme nahm spätestens mit dem im Sommer 1950 eskalierenden Koreakrieg ihren bei weitem nicht immer nur kalten Lauf. Vor diesem Hintergrund intensivierte Bundeskanzler Adenauer die Bemühungen um die Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Als elementare Komponente seiner Strategie der Westintegration sah der Aufbau deutscher Streitkräfte auch die Rehabilitation von als »unbelastet« geltenden ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht vor. Im Sommer 1950 gründete Adenauer unter strenger Geheimhaltung die »Zentrale für Heimatdienst«, die eine Strategie zur Wiederbewaffnung erarbeiten sollte.

Auf Einladung der Zentrale trat am 5. Oktober 1950 eine folgenschwere Versammlung zusammen und konkretisierte die Pläne des Kanzlers. Vier Tage lang berieten ehemalige Wehrmachtsangehörige – darunter der ehemalige Major Wolf Graf von Baudissin – im rheinland-pfälzischen Kloster Himmerod über Deutschlands außen- und verteidigungspolitische Rolle in Westeuropa.⁷⁶ In der *Himmeroder Denkschrift*, die Adenauer in der Folge des Treffens vorgelegt wurde und die in den kommenden Jahren bis zur Bundeswehrgründung und dem NATO-Beitritt der BRD 1955 als strategische Grundlage diente, loteten die rehabilitierten Militärs die Koordinaten für eine Wiederbewaffnung aus.

In Abschnitt I »Militärpolitische Grundlagen und Voraussetzungen« forderte die Denkschrift – schon damals umstritten – ein Ende der »Diffamierung« von Wehrmacht und Waffen-SS, außerdem die Freilassung verurteilter Kriegsverbrecher und die Einstellung schwebender Verfahren. In den folgenden Abschnitten wurde eine »grundlegende Betrachtung zur operativen Lage der Bundesrepublik« vorgenommen und die »Organisation des deutschen Kontingents«, also die zukünftigen Truppengrößen und nötigen Materialbeschaffungen für Heer, Luftwaffe und Marine kalkuliert. Für Wolf von Baudissin, einen der jüngsten Teilnehmer der Konferenz, besonders entscheidend war jedoch der letzte Abschnitt der Denkschrift, Abschnitt V über das »innere Gefüge« der neuen Streitkräfte. Schon in der *Himmeroder Denkschrift* wurde anerkannt, dass es eines neuen Ethos in den Streitkräften bedurfte: Kein Staat im Staate, keine primär territoriale nationale Bindung mehr, sondern Orientierung an der demokratischen Staatsbürgerschaft und der Zugehörigkeit zu einem europäischen Verteidigungsbündnis.⁷⁷

Diese Grundsätze wurden für Baudissin in seiner Mitwirkung am Aufbau der Bundeswehr und seiner eigenen Tätigkeit als Generalleutnant leitend. Als Referatsleiter im »Amt Blank«, dem Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums, entwickelte er ab 1951 mit einigen weiteren Kollegen das Konzept der »Inneren Führung«.⁷⁸ Mit diesem konkretisierte Baudissin den fünften Abschnitt der *Himmeroder Denkschrift* und legte bis heute gültige Weichenstellungen für die Ausbildung, das Selbstverständnis und die Führung von Bundeswehrsoldaten. Die militärisch-

76 Über das Treffen im Kloster Himmerod und die dort versammelten Persönlichkeiten siehe Hans-Jürgen Rautenberg & Norbert Wiggershaus 1977. Die »Himmeroder Denkschrift« vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 21, 135–206.

77 Himmeroder Denkschrift, Bundesarchiv, BW 9/3119, verfügbar unter <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Das-Deutsche-Militaerwesen-7-Bundesrepublik-Deutschland-1949-1990/das-deutsche-militaerwesen-7-bundesrepublik-deutschland-1949-1990.html> (20. Juli 2020).

78 Meik Woyke 2012. Baudissin, Wolf, in Franklin Kopitzsch & Dirk Brietzke (Hg.). *Hamburgische Biografie. Band 6*, Göttingen, 24–25.

soldatische Tätigkeit, so sah es das Konzept der »Inneren Führung« vor, sollte unter ethische und politische Vorzeichen gestellt werden. Den Soldaten wurde es persönlich überantwortet, Gehorsam und Disziplin gewissenhaft zu prüfen und mit der Orientierung an Grundgesetz sowie Völker- und Menschenrechten zu vereinbaren – Stichwort für dieses Ideal wurde das Leitbild des Soldaten als »Staatsbürger in Uniform«.⁷⁹

So viel zu Wolf von Baudissins Arbeit Anfang der 1950er Jahre; *fast forward* to 1968. Die sich 1950 abzeichnende Ost-West-Konfrontation hatte sich zum dominanten Strukturprinzip internationaler Politik verfestigt, die nach dem Prinzip der »Inneren Führung« gegründete Bundeswehr war mittlerweile fester Bestandteil des westlichen Verteidigungsbündnisses geworden. Doch auch Kritik an den weltpolitischen Entwicklungen wird laut: Die weltweiten Studierendenproteste thematisieren u.a. den Krieg der USA in Vietnam und fordern einen sofortigen Abzug der Truppen. Die deutschen Protestierenden verurteilen die Beteiligung der BRD am »imperialistischen Krieg«, fordern eine alternative Politik, die mit der Aufrüstungs- und Eskalationsdynamik der Systemkonkurrenz bricht.

In diese Konstellation fällt nun, in einer – wie könnte es in Hamburg auch anders sein – sozialdemokratisch geprägten politischen Lage, die Gründung des Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und der Hochschule der Bundeswehr Hamburg, der heutigen Helmut-Schmidt-Universität (HSU).

Im Nachgang zu den Ereignissen 1968 schließen sich der wachsenden Friedensbewegung auch Wissenschaftlerinnen an. Sie fordern eine interdisziplinäre Debatte zu aktuellen Fragen um Krieg und Frieden, arbeiten an praktisch orientierten Lösungen. Eine der Kernforderungen der akademischen Arbeitskreise, darunter auch der von Carl Friedrich von Weizsäcker geleiteten, in Hamburg ansässigen Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, ist die Gründung von Friedensforschungsinstituten. 1971 wird dies auch in der Hansestadt realisiert. Das ISFH wird u.a. auch mit der Unterstützung des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann (SPD), gegründet. Der erste Direktor des Instituts wird kein anderer als Wolf Graf von Baudissin. Nur ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst in der Bundeswehr war Baudissin 1968 in die SPD eingetreten und hatte in den Folgejahren Willy Brandts Kanzlerschaft, insbesondere dessen Neue Ostpolitik unterstützt. Als nun eine Leitung für das neu gegründete Institut in Hamburg

79 Wolf Graf Baudissin 1969. *Soldat für den Frieden. Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr*, München; kritisch auch Julia Weigelt 2018. Braucht die Bundeswehr ein neues Leitbild? *deutschlandfunk* vom 15. Oktober 2018, verfügbar unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/innere-fuehrung-in-der-krise-braucht-die-bundeswehr-ein.976.de.html?dram:article_id=430555 (20. Juli 2020).

gesucht wurde – ursprünglich war Carl Friedrich von Weizsäcker vorgesehen gewesen,⁸⁰ doch diesen zog es an das ebenfalls neu gegründete Max-Planck-Institut in Starnberg –, bat sich der überparteilich respektierte Baudissin als erster Direktor an. Eine bemerkenswerte Wahl, markierte diese neue Tätigkeit doch durchaus einen ›Seitenwechsel‹, eine Abkehr und Abgrenzung von Baudissins vorheriger Arbeit im Amt Blank, der Bundeswehr und dann auch der NATO, für die er noch in den 1960er Jahren als Generalleutnant in Frankreich und Belgien eingesetzt war. Und doch, so scheint es, auch ein folgerichtiger Schritt, war es doch schon in den 1950er Jahren Baudissins Anliegen gewesen, die militärischen und sicherheitspolitischen Aspekte seiner Arbeit mit außen- und friedenspolitischen Überlegungen zu verbinden. Bis 1984 blieb Baudissin als Direktor am Institut, 1979 wurde er außerdem Professor an der Universität Hamburg. Seine Nachfolge am IFSH trat, fast schon folgerichtig, ein weiterer SPD-Grande an, der Architekt der Entspannungspolitik und enge Vertraute und ehemalige Kanzleramtsminister von Willy Brandt, Egon Bahr. Dieser leitete das Institut bis 1994.⁸¹

Nur einige Monate nach dem IFSH wurde dann auch die zweite Baudissin-inspirierte Forschungsinstitution in der Hansestadt in Betrieb genommen, dieses Mal auf Anstoß des ehemaligen Innensenators Helmut Schmidt. Eine von Schmidts Hauptaufgaben als Verteidigungsminister im ersten Kabinett Brandt war es gewesen, das Konzept der »Inneren Führung« auch über ein Jahrzehnt nach der Bundeswehrgründung weiter auszugestalten. Vor diesem Hintergrund hatte er von 1972 an die Gründung zweier Bundeswehrhochschulen, welche die Ausbildung der Offiziersanwärter der Bundeswehr auf eine akademische Grundlage stellen sollte,⁸² initiiert. 1973 öffneten beide »Hochschulen der Bundeswehr« ihre Türen für die ersten Studierenden – die eine in Neubiberg bei München, die andere im Hamburger Ostbezirk Wandsbek.

Das Studium der Offiziersanwärterinnen an der Hochschule hat sich seit den ersten Jahrgängen und Diplomabschlüssen in den 1970er Jahren kaum verändert. Zwar wurden die Rahmenbedingungen teilweise fundamental umgekrempelt – die Hochschule ist konstant gewachsen, nahm 2001 auch erste weibliche Anwärterinnen auf und wurde 2003 schließlich offiziell in »Helmut-Schmidt-Universität« umbenannt –, doch die inhaltliche Ausrichtung der interdisziplinären akademischen Ausbildung ist bis heute erhalten geblieben. Für das Studium, das insgesamt vier,

80 Dank an Lennart Riebe für diesen Hinweis.

81 Zur Geschichte des IFSH, siehe auch die Website des Instituts, verfügbar unter <https://ifsh.de/institut/geschichte> (20. Juli 2020).

82 Zur Entstehungsgeschichte der »Hochschulen der Bundeswehr«, welche federführend vom Politikwissenschaftler und dann auch ersten Präsidenten der Hamburger Hochschule der Bundeswehr Thomas Ellwein konzipiert wurden, siehe Joachim Jens Hesse 2014. Thomas Ellwein (1927–1998), in Eckhard Jesse & Sebastian Liebold (Hg.). *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung*, Baden-Baden.

in Trimester unterteilte Jahre umfasst, stehen neben Seminaren und Vorlesungen in den Fakultäten für Elektrotechnik und Maschinenbau auch verpflichtende Seminare an den Fakultäten für Geisteswissenschaften sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf dem Studienplan. In zwei politikwissenschaftlichen Instituten lehren insgesamt sieben hauptamtliche Professorinnen; im großen Bereich Internationale Politik momentan vier, etwa zur »Theorie und Empirie der Internationalen Politik« oder »Sicherheits- und Konfliktforschung«, im Institut für Politikwissenschaft außerdem drei auf Lehrstühlen für das politische System Deutschlands, Vergleichende Politikwissenschaft sowie Politische Theorie.⁸³

Betrachtet man die beiden akademischen Einrichtungen heute, scheinen IFSH und HSU auf den ersten Blick und neben der geographischen Koinzidenz nicht viel mehr gemeinsam zu haben als ihre hier komplementär nachvollzogene Entwicklungsgeschichte. Jenseits ihres historischen Bezugs auf Person und Werk Wolf Graf von Baudissins, der in den 1980er Jahren auch als Dozent an der Hochschule der Bundeswehr wirkte und seit 1994 als Namensgeber der Generalleutnant-Graf-von-Baudissin-Kaserne in Hamburg-Osdorf firmiert, scheint die beiden Institutionen nicht allzu viel zu verbinden. Doch die Gründungsgeschichten hinterlassen auch heute noch ihre Spuren: Das IFSH ist nicht erst in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten, auch international vernetzten Forschungsinstitute für Friedens- und Sicherheitspolitik in Deutschland angewachsen. Die über 50 Mitarbeiterinnen am Institut erforschen in den interdisziplinär, vor allem politik- und naturwissenschaftlich besetzten Forschungsbereichen »Europäische Friedens- und Sicherheitsordnungen«, »Gesellschaftlicher Frieden und innere Sicherheit« sowie »Rüstungskontrolle und Neue Technologien« globale Diskurse über Frieden und Sicherheit. In Kooperation mit der Universität Hamburg wird der international ausgerichtete und besetzte Masterstudiengang »Peace and Security Studies« angeboten. Neben dieser grundständigen Arbeit konnte das IFSH im Mai 2019 die erfolgreiche Einbringung eines millionenschweren Forschungsprojektes verkünden. Gefördert durch das Auswärtige Amt wird das Institut in den kommenden Jahren zu aktuellen sicherheitspolitischen Risiken und Herausforderungen in der Rüstungskontrolle und Abrüstungsdiplomatie forschen.⁸⁴

An der Helmut-Schmidt-Universität wurde bereits im Sommer 2018 der neue, vom Bundesverteidigungsministerium aus der Taufe gehobene sicherheitspolitische Think-Tank »German Institute for Defence and Strategic Studies« (GIDS) eröffnet. In diesem sollen zukünftig, so die damalige Ministerin von der Leyen,

83 Für eine Übersicht der Professuren und Arbeitsschwerpunkte der politikwissenschaftlichen Institute, siehe die Website der HSU, verfügbar unter <https://www.hsu-hh.de/wiso/professuren> (20. Juli 2020).

84 IFSH-Pressemitteilung, verfügbar unter <https://ifsh.de/news-detail/ruestungskontrolle-und-neue-technologien-interview-mit-dr-ulrich-kuehn> (20. Juli 2020).

auch »unbequeme Fragen« erarbeitet und gestellt werden, außerdem Arbeiten von Studierenden der HSU diskutiert und veröffentlicht werden. Doch beachtet man die bereits 2019 laut gewordene Kritik am GIDS, welche u.a. die fehlende Einbeziehung ziviler Forscherinnen, insbesondere von Politikwissenschaftlerinnen und Vertreterinnen aus der Friedens- und Konfliktforschung monierte,⁸⁵ bestätigt sich für die HSU wie auch das IFSH in ihren jeweiligen Akteurs- und Handlungskonstellationen: Auch die Forschung zu Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik in Hamburg tut gut daran, sich – dann auch in der Tradition der »Inneren Führung« und damit den eigenen Gründungsgeschichten – kritisch mit etablierten, oft überlebten Vorstellungen über Sicherheit, Frieden und Verteidigung auseinanderzusetzen und die eigene Arbeit im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Forschung und politischer Beratungstätigkeit zu reflektieren.

David Weiß hat in Hamburg Politikwissenschaft studiert.

Fundstück: Der Allende-Platz – ein Stück Weltpolitik in Hamburg

1983, elf Jahre nach dem gewaltvollen Putsch gegen den demokratisch gewählten, sozialistischen Präsidenten Chiles Salvador Allende (1908-1973), schickten sich zahlreiche Hamburger Aktivistinnen, darunter einige Exilhileninnen, an, dem Präsidenten auch in Deutschland ein Denkmal zu setzen. Nach zähem Ringen, zahlreichen Diskussionen und Demonstrationen wurde schließlich ein Teil des Universitätscampus in Allende-Platz umbenannt.

Das Chilenische Solidaritäts-Komitee, stadttöffentlich auch als CSK bekannt, hatte sich bereits Ende September 1973, nur wenige Tage nach dem Putsch gegen Salvador Allende am 11. September, gegründet und – zuerst vor allem von aktiven Studierenden betrieben – die politische Arbeit aufgenommen. Durch Kulturveranstaltungen und politische Aktionen wie Hungerstreiks, Werftbesetzungen und Demonstrationen wurde auf den Putsch gegen den 1970 von einem gesellschaftlichen Bündnis aus Christ- und Sozialdemokratinnen wie Sozialistinnen gewählten Allende aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurde die Unterstützung westlicher Regierungen für den Putschisten Pinochet immer wieder angeprangert und politisches Asyl für die aus Chile Vertriebenen gefordert. Auch konkret wurden ankommende Flüchtlinge, die sich nicht selten selbst dem CSK anschlossen, bei behördlichen Vorgängen und im neuen Alltag unterstützt.

85 Website des GIDS an der HSU, verfügbar unter <https://www.hsu-hh.de/gids/> (20. Juli 2020); zur Kritik am GIDS, siehe etwa Julia Weigelt 2019. Zu hohe Erwartungen an Bundeswehr-Denkfabrik? *NDR Info* vom 27. Juni 2019.

Demonstration zur Umbenennung des Von-Melle-Park (ca. 1980)

Michael Meyborg

Schon Mitte der 1970er Jahre hatte es als Teil der Solidaritätsaktionen des CSK Überlegungen zu einer Umbenennung des universitären Von-Melle-Parks in »Salvador-Allende-Straße« gegeben. Unterstützt vom Studierendenausschuss, der neben der Solidaritätsbekundung mit Salvador Allende vor allem auch die Hinterfragung der Person Werner von Melles als Namensgeber des Hauptcampus begrüßte, wurde eine entsprechende Petition an den Hamburger Senat eingereicht. Endgültig ins Rollen kam die Umbenennung allerdings erst 1983: Die Fraktionen der SPD und der GAL (»Grün-Alternative Liste«, heute: Bündnis90/Die Grünen) brachten im Juni 1983 Anträge in die Bezirksversammlung Eimsbüttel sowie die Hamburgische Bürgerschaft ein und forderten den Senat zur Umbenennung zumindest eines Teils des Von-Melle-Parks in »Allende-Platz« auf. Die Handelskammer kritisierte das Vorhaben als »demonstrative Einmischung Hamburgs in die innenpolitischen Auseinandersetzungen anderer Länder«, die »in weiten Kreisen des In- und Auslands die Vorbehalte gegen Hamburg« verstärken würden (*Hamburger Abendblatt* vom 18. August 1983). Die CDU problematisierte die Unterstützung eines Präsidenten, »der die Freiheit der Presse und Gewerkschaftsarbeit stark einschränkt[e]« (*Hamburger Abendblatt* vom 24. Juni 1983), doch der SPD-Senat unter Oberbürgermeister Klaus von Dohnanyi blieb unbeirrt und stimmte dem Ersuchen zu. Zum 10. Jahrestag des Putsches, am 11. September

1983, wurden die Straßenschilder am neuen Allende-Platz montiert (Text: David Weiß).

»Gibt es einen erlaubten Krieg?«

Oliver Vornfeld über Gerhard Beestermöller, *Thomas von Aquin und der gerechte Krieg*

Das Institut für Theologie und Frieden wurde 1978 in Hamburg gegründet und setzt sich in interdisziplinären Forschungsprojekten mit Fragen von Krieg, Friedensgefährdung und Frieden auseinander. In seiner umfangreichen Bibliothek sammelt es theologische und philosophische Literatur zum Thema. Als Einrichtung in der Trägerschaft der Militärseelsorge berät es die katholische Kirche in friedensethischen Fragen. Zu den Arbeiten des Instituts, die seit den 1990er Jahren die Rückkehr der Lehre des gerechten Krieges in der Politischen Theorie vorwagnahmen, gehört Gerhard Beestermöllers Dissertation. Beestermöller (*1958) ist dem Institut seit 1984 verbunden. Zwischenzeitlich war er stellvertretender Direktor, inzwischen ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Instituts. Seit 2014 ist Beestermöller Professor für Moralthologie und Sozialethik am Centre Jean XIII (Luxemburg).

Gerhard Beestermöllers (der Sache nach) dogmengeschichtliche Dissertation *Thomas von Aquin und der gerechte Krieg. Friedensethik im theologischen Kontext der Summa Theologiae* erschien 1990 als vierter Band der Reihe *Theologie und Frieden* des gleichnamigen Instituts.⁸⁶ Thomas befasst sich in seinem Hauptwerk, der *Summa Theologiae*,⁸⁷ ausführlich mit Fragen nach dem gerechten Krieg – und dies, wie Beestermöller nachweist, nicht nur in dem mit *De Bello/Der Krieg* gekennzeichneten Abschnitt, sondern auch an vielen anderen Stellen.

Thomas' Werk wird inzwischen landläufig als Höhepunkt der Scholastik angesehen, einer mittelalterlichen universitären Theologieströmung, die sich bemühte, Glaube und Wissen auf rationale Weise zusammenzubringen. Beestermöllers Untersuchung gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil, mit dem Stellenwert von Prolegomena, wird nachgezeichnet, warum Thomas der Auffassung ist, theologische Aussagen zum gerechten Krieg treffen zu können. Im zweiten Teil wird inhaltlich aufgezeigt, was für Thomas einen gerechten Krieg ausmacht. Im letzten Teil stellt Beestermöller dar, wie Thomas diese Kriterien in apologetischer Absicht als Maßstab für von der Kirche geführte Kriege anwendet.

86 Gerhard Beestermöller 1990. *Thomas von Aquin und der gerechte Krieg. Friedensethik im theologischen Kontext der Summa Theologiae*, Köln; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

87 Abgekürzt im Folgenden: *STh*. Thomas von Aquin 1966. *Die deutsche Thomas-Ausgabe. Vollständige, ungekürzte deutsch-lateinische Ausgabe der Summa Theologica*, hg. von der Albertus-Magnus-Akademie Walberg bei Köln, Band 17 B, Heidelberg, Graz, Wien & Köln.

Beestermöller rekonstruiert drei Erfordernisse, die Thomas zufolge für einen gerechten Krieg gegeben sein müssen: Erstens müsse er mit der Vollmacht eines Fürsten geführt werden, zweitens müsse ein gerechter Grund gegeben sein und drittens müsse er mit der richtigen Intention geführt werden. Nur ein Fürst kann Subjekt eines gerechten Krieges sein, da ihm die Sorge für die öffentliche Ordnung anvertraut ist. Er partizipiert als »weltlicher Arm der Kirche« (198) an der göttlichen Autorität. Sein Kriegsführen muss dem Frieden intentional dienen, nämlich »entweder das Gute zu mehren oder das Böse zu meiden.«⁸⁸ Gründe für gerechten Krieg sind sowohl »Heilsfürsorge als auch [...] Verteidigung der Ehre Gottes« (89), das heißt es geht um die »Ahndung der Sünden zur Wahrung und Wiederherstellung der Ehre Gottes, die sich in äußeren Handlungen manifestieren« (91). Ein gerechter Krieg zielt sowohl auf die Bestrafung der Sünderinnen als auch auf den Schutz der Unschuldigen ab. Er wird zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit und nicht zur Rache geführt (die Bestrafung wird eher in einem pädagogischen Sinne zur Besserung der Sünderin verstanden). Zudem arbeitet Beestermöller heraus, dass Thomas verschiedene »Proportionalitätsforderungen« (125 et passim) für den gerechten Krieg erhebt: Krieg kann nur das letzte Mittel (*ultima ratio*) einer Auseinandersetzung sein, es muss beim Führen des Krieges eine begründete Erfolgsaussicht geben, es müssen die richtigen Mittel (zu denen auch Enteignung, Verstümmelung und Tötung gehören können) nach gründlicher Abwägung gewählt werden. Unschuldige dürfen keinesfalls getötet werden. Dies bedeutet auch, dass das Töten von Frauen und Kindern per se ausgeschlossen ist, da sie »keine politische Verantwortung« (147) tragen können. Für Thomas haben auch Kreuzzüge, die gegen Schismatiker und »Ungläubige«, wie »Heidinnen«, Jüdinnen, Häretikerinnen, Apostatinnen geführt werden, als gerechte Kriege zu gelten. Dass es sich bei ihnen nicht um »Heilige Kriege«, die von gerechten Kriegen abzugrenzen wären, sondern um gerechte Kriege schlechthin handelt, arbeitet Beestermöller überzeugend heraus. Alle, gegen die Kreuzzüge geführt wurden – zu der Zeit des Thomas insbesondere auch gegen neue religiöse Bewegungen wie die Katharer, Albigenser und Waldenser – stellen in einer Gesellschaftsordnung, die auf Glauben begründet ist, eine Gefahr dar, insofern sie kirchliche Lehre und Autorität ablehnen.

Es ist die große Leistung Beestermöllers, mit kritischer Distanz luzide, anschaulich und leserinnenfreundlich die Thomasische Friedensethik in der nicht leicht zugänglichen *Summa Theologiae* und auch in entlegeneren Texten aus dem zeitgeschichtlichen Kontext verständlich zu machen. Er lobt an Thomas' Lehre vom gerechten Krieg ihre »Stringenz und ihre theologische Tiefe« (164), ebenso räumt er mit einigen Vorurteilen auf, etwa dass Thomas keine Proportionalitätsforderungen erhebe, Krieg nicht als *ultima ratio* sehe oder keine Zweck-Mittel-Relationierung vornehme.

88 *STh*, II-II, q. 40, ad 1, resp., nach 182.

Doch Beestermöller fragt auch, »ob die thomasische Lehre vom gerechten Krieg mit dem Ende des Mittelalters obsolet geworden ist« (230). Er lässt die Antwort dabei offen: »Es kann nicht die Aufgabe dieser Untersuchung sein, diese Frage zu beantworten.« (Ebd.) Liest man allerdings aufmerksam, so kommt man einer Antwort näher, die Beestermöller selbst scheint nahelegen zu wollen. Das Gelingen seines Ansatzes besteht ja gerade darin, Thomas konsequent im Mittelalter mit dessen Konflikten und Anschauungen zu verorten. In die thomasische Argumentation gehen »kulturelle Selbstverständlichkeiten der damaligen Zeit« (22) ein. Diese, »eine Grenze sichtbar« machenden Selbstverständlichkeiten (165), beinhalten sowohl die Einheit von Staat und Kirche, den Autoritätsanspruch von Papst und Kirche über die gesamte Menschheit, die Selbstverständlichkeit einer theologischen Fundierung des Zusammenlebens, das Zusammenfallen von Moral und Recht, die Nichtvorstellbarkeit eines individuellen Rechts zur Glaubens- und Wahrheitsfindung, wie auch die – von Beestermöller ebenfalls deutlich benannte – »Intoleranz« (170) in Glaubensfragen, den »mittelalterlichen Antisemitismus« (82 et passim) der sich auch bei Thomas deutlich niederschlägt, die Ablehnung von (vollen) Bürgerrechten für Frauen und Kinder, sowie ein anderes Verhältnis zu Gewalt, bei dem bspw. »die Verstümmelung eines Menschen als nicht unvereinbar mit der Nächstenliebe gegen den Unrechttäter gilt« (75).

Beestermöller kommt zu dem Schluss, dass, wenn »man die thomasischen Kriterien für einen gerechten Krieg formal [betrachtet], [...] sie überzeitliche Bedeutung« (230) haben. Dies mag stimmen, allerdings ist zu beachten, dass die Begründungsfiguren für jedes einzelne Kriterium des gerechten Krieges ebenso wie die materialen Ausgestaltungen der Kriterien bei Thomas komplett ausfallen, wenn sie aus dem mittelalterlichen Rahmen gelöst werden: Die Autorität ist nicht mehr der Fürst, der vom Papst (als Stellvertreter Gottes) das weltliche Schwert anvertraut bekommt; ein Grund für einen Krieg ist nicht mehr, dass jede Form von »Unglauben« eine Gefährdung der Republik der Gläubigen (*respublica fidelium*) darstellt; die rechte Intention ist schwerlich noch mit Augustinus zu begründen, der – nach Thomas – schreibt, dass »[b]ei den wahren Verehrern Gottes [...] auch die Kriege Friedenscharakter bekommen«⁸⁹ haben. Auch die Bewertung des ethischen Verhaltens von Soldaten wird nicht mehr entlang der Richtschnur erfolgen können, dass sie »gewissermaßen von Gott Selbst bevollmächtigt, das Schwert gebrauch[en]«.⁹⁰ Auch andere Forderungen, wie die nach dem Schutz von Frauen im Krieg, lassen sich heute nicht mit ihrer politischen Unmündigkeit begründen. Es gehört zu Beestermöllers Verdienst, deutlich auf die Unzeitgemäßheit Thomas' hinzuweisen, häufig in klarer Abgrenzung zu der von ihm referierten beschönigenden Forschungsli-

89 *STh* II-II, q. 40, a. 1, ad 3.

90 *STh* II-II, q. 40, a. 1, ad 1.

teratur, die Thomas letztendlich als Vertreter einer modernen Staats- und Gesellschaftstheorie darstellt.

Was dann aber, nach dem Abzug von allem Unzeitgemäßen, von der thomasischen Lehre vom gerechten Krieg übrig bleibt, sind äußerst formale Kriterien für einen gerechten Krieg (Autorität, Intention, Grund, Proportionalität), die sich inhaltlich nicht mehr herleiten, konkretisieren und begründen lassen und die so formal sind, dass sie sich in eigentlich allen Kriegsethiken seit der griechischen Antike finden.

Erschwerend kommt hinzu – und auch dies zeigt Beestermöller auf –, dass nicht nur das mittelalterliche Selbstverständnis ein anderes war als das heutige, sondern auch das politische System: So gibt es zum einen keine Trennung von Staat und Kirche und zum anderen kann von ›Staaten‹ im heutigen Verständnis überhaupt nicht gesprochen werden. Vielmehr gibt es Feudalgesellschaften, in denen die Herrschaft stark an einzelne Personen gebunden ist. Hieraus folgt die Zentralstellung des Fürsten bei Thomas. An einer der wenigen Stellen, an denen Beestermöller explizit nach der Bedeutung der thomasischen Kriegslehre für aktuelle Konflikte fragt, stellt er deshalb auch fest, dass »es nun in einer Welt souveräner Staaten, die keinen Richter über sich anerkennen, möglich ist, daß ein Krieg zumindest subjektiv auf beiden Seiten gerecht ist« (157). Für Thomas war dies nicht möglich, da es mit Kirche und Papst – das Problem von Kirchenspaltungen und Gegenpäpsten einmal außer Acht gelassen – eine oberste Entscheidungsinstanz gab.

Beestermöller behauptet, die Frage nach Kollateralschäden stelle sich für Thomas noch nicht (159). Dies überzeugt allerdings nicht, da Thomas argumentiert – was Beestermöller diskutablerweise als implizite Kritik an den Kreuzzügen liest –, dass Städte, in denen nur einige ›Ungläubige‹ leben, nicht komplett zerstört werden dürften (148ff.) und dass es besser sei, Übeltäter davonkommen zu lassen, wenn bei einem Schlag gegen sie unweigerlich auch Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen würden.

Positiv ist hervorzuheben, dass Beestermöller sichtlich daran gelegen ist, nicht beschönigend mit dem Thema der Kreuzzüge umzugehen – was leider immer noch nicht selbstverständlich ist. Dieses Bemühen gelingt allerdings nicht vollständig, was sich zum Beispiel darin ausdrückt, dass auf derselben Seite (149), auf der konstatiert wird, dass die Albigenserkreuzzüge »Züge eines Vernichtungskrieges angenommen« haben, auch der folgende Euphemismus zu finden ist: »Auch die Kreuzfahrer hielten sich nicht immer an die Grundgebote der Sittlichkeit«.

Die ethischen Fragestellungen, die Thomas beschäftigten, bleiben jedoch weiterhin relevant – wenngleich auch aktuelle theologische Entwürfe den Fokus insofern verrücken, als dass sie eher nach Bedingungen und Möglichkeiten eines gerechten *Friedens* fragen. Wer sich dieser Themen theoriegeschichtlich informiert

annehmen möchte, wird wohl weder um Thomas von Aquin noch um Beestermöller's Studie herumkommen.

Oliver Vornfeld studiert Evangelische Theologie an der Universität Hamburg. Zuvor studierte er Soziologie am Fachbereich mit Religionswissenschaft im Nebenfach.

Männerbündelei ohne Patriarchat?

Carmen Puchinger über Stefan Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*

Stefan Breuer (*1948) war nach Promotion und Habilitation als Professor für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) tätig, die später zum Department Wirtschaft und Politik (DWP) und im Jahre 2009 zum Fachbereich Sozialökonomie in der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg wurde. Bis zu seiner Emeritierung 2014 forschte er insbesondere zu Max Weber und zur politischen Rechten zwischen 1871 und 1945. Wie andere frühere HWP-Professoren wie Wulf D. Hund, Norman Paech oder Herbert Schui wurde auch Breuer in der Politikwissenschaft stark rezipiert.

Der sogenannten »Konservativen Revolution« werden verschiedenste intellektuelle Strömungen der 1920er und frühen 1930er Jahre zugerechnet. In Hamburg flossen diese Strömungen in Organisationen wie dem *Hamburger Kreis* oder der *Fichte-Gesellschaft* zusammen. Heute erfreut sich der Begriff der »Konservativen Revolution« besonders deshalb wieder hoher Konjunktur, weil zum einen Organe der Neuen Rechten explizit auf Denker der »Konservativen Revolution« Bezug nehmen, zum anderen weil der Begriff im politischen Mainstream, so etwa beim CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt, Verwendung fand. Dabei ist höchst umstritten, ob es so etwas wie eine ideologische Einheit zwischen den Autoren und Theorien gibt.

Stefan Breuer unternimmt in seiner *Anatomie der Konservativen Revolution*⁹¹ den Versuch, eine organische Einheit der diffusen Strömungen anzunehmen, um sie sodann sorgfältig und beweisstark zu sezieren. Seine Anatomie gliedert der Autor dabei in drei Teile: Erstens die Anamnese, zweitens die Analyse und drittens die Affinitäten. Die entscheidende Aufgabe der Untersuchung besteht darin, die Vorstellungswelt der als konservativ-revolutionär eingestuften Autoren unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob sie trotz aller Differenzen einen gemeinsamen Kern enthält, also als organische Einheit gerechtfertigt werden kann. Zu den Protagonisten der »Konservativen Revolution« zählt Breuer im engeren Kreis Spengler, Moeller van den Bruck, Stapel, Freyer, Schmitt, Jung, Ernst Jünger, Niekisch und

91 Stefan Breuer 1993. *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

Zehrer. Einen weiteren Kreis bilden Boehm, Spahn, Ziegler, Friedrich Georg Jünger und weitere Mitarbeiter illiberaler Zeitschriften wie der *Tat* oder dem *Deutschen Volkstum*. Drei überraschende und zentrale Thesen stellt Breuer direkt zu Beginn seiner Untersuchung heraus: 1. Die »Konservative Revolution« ist nicht konservativ, 2. Die »Konservative Revolution« ist nicht revolutionär und 3. Die »Konservative Revolution« gibt es als einheitliches Phänomen nicht. Alle drei Thesen kann Breuer im Laufe seiner differenzierten und detailreichen Studie überzeugend verteidigen.

Hierfür untersucht der Autor in seiner *Anamnese* zunächst das Verhältnis zur Moderne und zeigt biographische, soziologische und mentalitätsgeschichtliche Aspekte der »Konservativen Revolution« auf. In den Augen Breuers ist die Geschichte des »genuinen« Konservatismus bereits im 19. Jahrhundert abgeschlossen, sodass die »Konservative Revolution« gar zum Ausdruck der Moderne avanciert. Mag sie auch ein Ensemble von Orientierungsversuchen sein, das noch so sehr gegen Aufklärung und Liberalismus opponierte, sei sie doch so stark von einem für die Moderne typischen Voluntarismus und Ästhetizismus durchdrungen, dass von einem Konservatismus im historisch-spezifischen Sinne keine Rede mehr sein könne (4f., 180). Ferner stellt Breuer in seiner Anamnese den gemeinsamen Nenner einer verhältnismäßig elitären Stellung aller Protagonisten heraus (27f.). Gepaart wird diese Sonderstellung mit dem *formalen* Kriterium der »Männerbündelei«, das dem »Gruppenbild ohne Dame« zugrunde liege (41ff.). Auch apokalyptische Deutungen zwischen Gegenwart und Zukunft sowie Apologien der Gewalt kennzeichneten ihr Denken. Als besonders prägend hebt Breuer die Erfahrung des Ersten Weltkriegs hervor, in dessen Zusammenhang der »hochgezüchtete Idealismus, der bis dahin ohne konkretes Ziel gewesen war, [...] endlich eine Aufgabe und eine Gelegenheit zur Bewährung« fand (31). Dennoch, und dies bringt Breuer zur Bestätigung seiner dritten These vor, sind alle im Zuge der Anamnese ausgemachten Charakteristika gerade nicht *spezifisch* für die »Konservative Revolution« und deshalb nicht mehr und nicht weniger als der Ausdruck von Gemeinsamkeiten, nicht aber Einzigartigkeiten.

Teil zwei des Buches, die *Analyse*, erhärtet diesen Verdacht weiter. Die ausgeloteten Verhältnisse der »Konservativen Revolutionäre« zu ihren Feinden und der Wirtschaftsordnung, sowie ihre Begriffe von Nation, Volk, Rasse, Herrschaft und Reich sind vorrangig durch Dissens und Diskrepanz gekennzeichnet. Als gemeinsamen »Hauptfeind« macht der Autor jedoch den politischen Liberalismus aus (50), der als »Selbstauflösung der Menschheit« (Moeller v.d. B., zit. 51) gedeutet wird.

Im Zuge der Diskussion um die Begriffe von Nation und Volk gelingt es Breuer, diese als »schwere Kategorien« (93) im Denken der erörterten Autoren auszuweisen und ihre sehr unterschiedlichen Nuancierungen offenzulegen. Fließend gestaltet sich der Übergang von völkischen Nationsverständnissen und nationalistischen Volksbegriffen dann zur Bedeutung der Rasse. Die darauffolgende *Anato-*

mie kann aufgrund von sorgfältiger Quellenarbeit den innovativen Befund verteidigen, wonach »die Konservative Revolution wesentlich stärker mit rassistischen Denkfiguren kontaminiert war, als es manche ihrer Verteidiger (und sogar ihrer Gegner) wahrhaben wollen« (ebd.). Der Rassismus manifestiert sich hierbei etwa in einer Blutmystik, die die Deutschen als »germanisch erhaltenste[s] Volk« (Möller v.d. B., zit. 91) zu plausibilisieren versucht und zeigt sich vorrangig in einem Antisemitismus, der die feindlichen »internationalistischen« Komponenten »des Judentums« als »Fremdkörper« hervorhebt (vgl. 90).

Den letzten Teil des Buches widmet Breuer den *Affinitäten* »Konservativer Revolutionäre« und untersucht hierbei u.a. ihr Verhältnis zum italienischen Faschismus, dem Nationalsozialismus und der Sowjetunion. Die Befunde erlauben es Breuer, seine zweite und dritte These zu bestätigen. Besonders erwähnenswerte Diskrepanzen bestehen hier etwa in der Deutung der Sowjetunion und des italienischen Faschismus. Ist Erstere für manche Autoren Ausdruck des feindlichen »Russentums«, so ist sie für andere ein vorbildlicher Kriegerstaat nach preußischem Vorbild (ebd., 50, 151). Letzterer erscheint den einen als »zum guten Teil von Untermenschen gemacht« (Spengler, zit. 129), anderen als preußischer als Preußen selbst (124f., 127, 130). Auch das Verhältnis zum Nationalsozialismus als Idee und seine realpolitische Manifestation nach 1933 seziert Breuer genau und zeigt hierbei weitere Heterogenitäten auf: Während Carl Schmitt bekanntlich zunächst Karriere in der NSDAP machte, wurde Edgar Julius Jung 1934 als Regierungsgegner erschossen, obgleich er das seit 1933 regierende Bündnis aus Nationalsozialisten und Rechtskonservativen unterstützt hatte. Vor dem Hintergrund der überzeugend aufgezeigten Fraktionierung und Fragilität einer vermeintlich einheitlichen »Konservativen Revolution« kann es schließlich nicht überraschen, dass Breuer abschließend dafür plädiert, die künstliche Begriffsschöpfung aufzugeben.

Obwohl der Autor der *Anatomie* eine aufschlussreiche Studie vorlegt, greift diese im Hinblick auf das zentrale Motiv der Männlichkeit insgesamt zu kurz. Was viele Texte der »Konservativen Revolutionäre« so unerträglich macht, ist der behauptete universalistische Gehalt ihrer Aussagen, welche aus einer und für eine Position formuliert werden, die partikularer kaum sein könnte. In erster Linie sind die »Konservativen Revolutionäre« nicht nur ein elitärer Trupp, sondern ein Männerbund, dessen Herrschaftsvorstellung, immer die einer spezifischen Herrschaft ist. Aus allen Ergüssen der »Konservativen Revolution« trieft das Patriarchat. Breuer erkennt dies zumindest indirekt an, wenn er zahlreiche Stellen anführt, die auf den Stellenwert der Männlichkeit verweisen (vgl. 41ff.). Ihm entgeht jedoch, dass das Patriarchat in seiner spezifischen Prägung im Denken der konservativen Revolutionäre als Ordnungs-, Selektions- und Unterwerfungsprinzip operiert.

Fast schon sozialarbeiterisch relativiert Breuer hierbei die omnipräsente Paranoia »Konservativer Revolutionäre« über den Verlust auch nur eines einzigen

Millimeters ihrer Phallusreichweite. Dies ist etwa dann der Fall, wenn er attestiert, dass der thematisierte Personenkreis ja gerade durch eine »fundamentale Unfähigkeit zur Angst« (45) gekennzeichnet sei. Sehr viel plausibler fiele diese Panik aus, wenn sie als Ausdruck der Furcht vor einem tatsächlichen Machtverlust interpretiert würde. Es ist dieser entscheidende Punkt, der Breuer entgeht: Für die Herrschaft der Herrschaft »Konservativer Revolutionäre« erweist sich die Unterdrückung anderer Gruppen nicht als *Möglichkeit*, die nach Gesinnung und Ideologie variieren mag und zu differenzieren ist, sondern als ihre *Voraussetzung*. Sie ist nicht Option, sondern Präsupposition. Die notwendige Subalternität Anderer beschränkt sich dabei keineswegs auf die Gruppe der Frauen* und somit auf Misogynie. Im Denken der »Konservativen Revolutionäre« selektiert eine spezifische Vorstellung der Männlichkeit die Fähigen von den Unfähigen, die Führenden von denen, die sich führen lassen, die Kriegerischen von den Friedlichen und deshalb schließlich die Politischen von den Apolitischen. Genau dieser Selektionsmechanismus erweist sich als höchst anschlussfähig an Breuers Analyse zu Nation, Volk und Rasse im Denken der »Konservativen Revolution«, bleibt von ihm jedoch unentdeckt. Der grassierende Antisemitismus diskutierter Personen, von dem Breuer Carl Schmitt übrigens irritierender- und fälschlicherweise freispricht⁹² (vgl. 87f.), ist hier auch immer durch die Vorstellung einer Andersartigkeit »der Juden« geprägt, die auch auf Geschlechterstereotypen, auf ihrer vermeintlichen Schwäche und ihrem angeblich fehlenden Kampfgeist basiert. Gerade wenn Breuer betont, der Antisemitismus der diskutierten Kreise sei kultureller Prägung (91), ist es doch bedauernswert, dass ihm die Identifikation der patriarchalen Demarkationslinie, die alle vielfältigen Gegnerschaften der »Konservativen Revolutionäre« wie Antisemitismus und Rassismus spezifisch durchdringt und verstärkt, nicht gelingt. Der Hass der »Konservativen Revolution« richtet sich gegen Weimar, denn ein »Volkstum, dem die männliche Potenz fehlt, wird weibisch und zerfällt« (Boehm, zit. 43), während der wirkliche Staat »eingeschlechtigt [ist]: eine Männer Sache« (Stapel, zit. 43). Nach F.G. Jünger ist es der weibliche Instinkt der Demokratie, der den Staat zur Gesellschaft degradiert (zit. 43) und Schmitt glaubt, dass »die Politik, weit davon entfernt, die Angelegenheit einer Elite zu sein, zu dem ziemlich verachteten Geschäft einer ziemlich verachteten Klasse von Mensch geworden ist« (zit. 52). Der weibische Frieden von Versailles ist deshalb so verhasst, weil er das Ausland ins Inland trägt und eine Fortsetzung des Krieges gegen das *wahre* deutsche Volk, das der führenden Männer ist (54). Der Frieden ist nicht weniger

92 War es doch Carl Schmitt, der uns wissen lässt, dass Jüdinnen eine »ganz singuläre, mit keinem anderen Volk vergleichbare, völlig abnorme Lage und Haltung« einnehmen; Carl Schmitt 1938. *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*, Hamburg, 16ff. Zu Schmitts Verhältnis zu »den Juden« vgl. auch Raphael Gross 2000. *Carl Schmitt und die Juden*, Frankfurt a.M.

als das Diktat einer »Eunuchenrolle« (Boehm, zit. 80) für ein Deutschland, das »Mutterland der Rasse« sei (Moeller v.d.B., zit. 91). Dabei manifestiert sich das Patriarchat im Denken »Konservativer Revolutionäre« nicht nur in der Skandalisierung eines bedrohlich-pluralistischen *realpolitischen* Weimars, sondern auch als Maßstab zwischen dem schlechten Weiblichen und dem guten Männlichen in politischen Konzeptionen *überhaupt*.

Eine Lesart, die die formale Männerbündelei über eine bloße Anamnese hinaushebt, wäre über Breuer hinaus dann auch in der Lage zu erkennen, dass die unablässige Promotion einer bestimmten »richtigen« Männlichkeit eine »falsche« Männlichkeit (wie sie etwa bei »den Juden« auszumachen sei) und ebenfalls eine »richtige« und »falsche« Weiblichkeit automatisch generiert. Mitnichten ist deshalb mit Breuer etwa von einem »seltsame[n] Bild« zu reden, wenn die »groß[en] Krieger« (80) der »Konservativen Revolution« »Zuflucht zum mütterlichen Sein« nehmen. Dieses weibliche Sein ist ja ganz der patriarchalen Logik folgend spezifiziert – es ist ein *mütterliches* Sein, welches keiner genuinen Subjektivität bedarf, sondern auf Befehl und Geheiß als »Mutterland« den »Volkskörper« gebiert (Boehm, zit. 80), das heißt »ein[en] Verband von Männern, der sich als Ganzes fühlt« (Spengler, zit. 84). Die patriarchale Herrschaft ist gesichert, wenn alles Weibliche domestiziert und somit apolitisiert ist und es gemeinsam mit den Trägern »falscher« Männlichkeit die biologisch-soziale und ökonomische Reproduktion auf den Befehl der wahren, das heißt führenden und *politischen* Männer hin vollzieht.⁹³

Die »Konservative Revolution« ist somit sehr viel mehr als eine Männerbündelei. Ihr spezifisches Patriarchat erweist sich als konstitutives Prinzip für Ordnung, Unterwerfung und Selektion und muss Breuers Einschätzungen deshalb relativieren. Das formale Prinzip der »Konservativen Revolution« ist auch ihr Inhalt. Die Feindbestimmung, die sich Breuer zufolge im politischen Liberalismus erschöpfe, ist deshalb zu vage und zu spezifisch zugleich. Denn mehr *und* weniger als in der Gestaltung der Politik durch eine spezifische Formierung des Politischen, sind sich alle Denker der »Konservativen Revolution« in der Konstruktion des *politischen Subjektes* einig. Der rote Faden im blutrünstigen Denken der diskutierten Personen erschließt sich in der elitären und exklusiven Monopolisierung der Politik in den Händen weniger »Fähiger«. Die politische Subjektivität der »Konservativen Revolutionäre« ist »männlich«, sie ist kämpferisch und allezeit kampfbereit, sie ist gnadenlos, kompromisslos und *deshalb* kennt sie keinen Platz für »verweichlichte« und »verweiblichte« »Verwaschungen« und »Vermassungen« wie Parlamentarismus, Parteien oder Verbände.

93 So kursierte unter den »Konservativen Revolutionären« etwa die Idee, Jüdinnen einer Art Apartheid-Regime zu unterwerfen und sie so ihrer politischen Subjektivität zu berauben, sie aber von der ökonomischen Reproduktion nicht auszunehmen, vgl. 90.

Carmen Puchinger ist Masterstudentin der Politikwissenschaft mit politiktheoretischem Schwerpunkt.

Die neue Lust an der Barbarei.

Jörg Ebrecht und Christine Hentschel über Max Miller & Hans-Georg Soeffner, *Modernität und Barbarei*

Max Miller (*1944) war von 1992 bis zu seiner Emeritierung 2009 Inhaber des Lehrstuhls für Soziologische Theorien an der Universität Hamburg. Seither lehrt er an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Die Schwerpunkte seiner Arbeit in Forschung und Lehre sind moderne Gesellschaftstheorien, Theorien eines kollektiven (diskursiven, systemischen) Lernens sowie Theorien der sozialen Evolution. Von 1995 bis 2000 war er Sprecher der Sektion Soziologische Theorien der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS).

Die von der Sektion Soziologische Theorien der DGS, namentlich Max Miller und Hans-Georg Soeffner, gemeinsam mit Jan Philipp Reemtsma und dem Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) durchgeführte Konferenz »Modernität und Barbarei« fand vom 5. bis 7. Mai 1994 in den Kammerspielen und an der Universität Hamburg statt und war die erste größere Kooperation zwischen dem HIS und der Soziologie der UHH.⁹⁴ Sie wurde, wie sich an der anschließenden Berichterstattung in den überregionalen Tages- und Wochenzeitungen ablesen ließ, nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Fachöffentlichkeit als bedeutendes wissenschaftliches und kulturelles Ereignis wahrgenommen. Die Konferenz hatte Format – eines, das man in der Soziologie in Hamburg längere Zeit nicht gesehen hatte: in sieben Hauptvorträgen, die von jeweils zwei Kommentaren ergänzt wurden, gruppierte die Konferenz eine beeindruckende Anzahl international bedeutender Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen sozialtheoretischen Lagern und Fachdisziplinen und zog in den drei Tagen ihres Verlaufs mehr als 300 weitere Wissenschaftlerinnen deutscher und ausländischer Universitäten als Besucherinnen nach Hamburg.⁹⁵

Der historische Kontext der 1990er Jahre, aus dem die Konferenz hervorging, war von einer Reihe barbarischer Geschehnisse gezeichnet: die sogenannten Jugoslawienkriege, die 1991 begannen und in deren Verlauf mehr als 100 000 Menschen ums Leben kamen und mehr als 2 Millionen Menschen aus den Kriegsgebieten

94 Max Miller war in seiner Hamburger Zeit darüber hinaus Initiator und Organisator zweier weiterer großer internationaler Konferenzen in Hamburg: »Macht und Organisation« (1997) und »Worlds of Capitalism – Globalization, Governance, and Democracy« (2003), letztere ebenfalls wieder in Kooperation mit dem HIS.

95 Hier seien nur die im Text nicht genannten weiteren Hauptreferenten Zygmunt Baumann, Shmuel N. Eisenstadt, Hans Mommsen, Ralf Dahrendorf und Ulrich Beck genannt.

fliehen mussten; die gewalttätigen und tödlichen Äußerungen des gesamtdeutschen Rechtsextremismus, der mit den Städtenamen Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mölln (1992) und Solingen (1993) verbunden ist; und schließlich der Völkermord, der sich aus dem Bürgerkrieg in Ruanda ab April 1994 entwickelte und in dem innerhalb von drei Monaten mehr als eine Million Menschen ermordet wurden.

Es waren u. a. diese Ereignisse, die die Aktualität und Dringlichkeit der Konferenz bestimmten. Sie legten die Entscheidung nahe, die zentrale Frage nach dem Verhältnis von Modernität und Barbarei vor allem aus zeitdiagnostischer Perspektive zu betrachten:⁹⁶ Handelt es sich bei den aktuell in der Gegenwartsgesellschaft zu beobachtenden Krisen und Katastrophen lediglich um Übergangserscheinungen und vermeidbare Irrtümer eines »Projektes der Moderne« (Habermas) oder aber weisen sie auf einen Bruch im Sinne einer »Dialektik der Aufklärung« (Adorno & Horkheimer) hin, der im Zivilisationsprozess selbst von vorneherein angelegt ist? Mit anderen Worten: »Ist die Moderne gleich Fortschritt oder gleich Barbarei oder beides zugleich?« (13) sowie die auf diesen Zusammenhang bezogene Frage: »Über welches theoretische Interpretationspotenzial verfügt die Soziologie am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts für eine überzeugende Zeitdiagnose?« (10) Die Beiträge führen vor Augen wie lohnend es ist, die Gegenwart in ihren Formen der Barbarei immer wieder neu zu erkunden. Mit der Auswahl der nachfolgenden zwei Hauptvorträge wollen wir den Geist der Konferenz einfangen und Fluchtlinien in unsere Gegenwart zeichnen.

Der Beitrag von Niklas Luhmann mit dem Titel »Jenseits von Barbarei« ist in der Rückschau bemerkenswert, da Luhmann im Rahmen der Konferenz zum ersten Mal einen Exklusionsbegriff präsentiert hat, der zunächst zwar selbst vom der Systemtheorie zugeneigten Teil der Fachöffentlichkeit irritiert, dann in der Folge aber schnell produktiv aufgenommen wurde und eine systemtheoretisch informierte Ungleichheitsforschung initiiert hat. Luhmann behandelt in seinem Vortrag die Begriffe Modernität und Barbarei im Kontext der Beziehung zwischen Sozialstruktur und Semantik und zeigt, dass in der modernen, funktional differenzierten Gegenwartsgesellschaft Exklusion nicht mehr vorgesehen ist, dass »das Gesellschaftssystem und [...] dessen Funktionssysteme auf eine Inklusion der Gesamtbevölkerung angelegt« sind (223) und die sozialen Systeme die vormalig außerhalb der Gesellschaft Angesiedelten eingesogen haben (224). Bei dieser All-Inklusion ohne Exklusion handelt es sich jedoch nur um eine bloße Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft:

96 Max Miller & Hans-Georg Söeffner (Hg.) 1996. *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnosen am Ende des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M.; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

Zur Überraschung aller Wohlgesinnten muss man feststellen, dass es doch Exklusionen gibt, und zwar massenhaft und in einer Art von Elend, die sich der Beschreibung entzieht. Jeder, der einen Besuch in den Favelas einer südamerikanischen Großstadt wagt und lebend wieder herauskommt, kann davon berichten. [...] Man findet eine in der Selbst- und Fremdwahrnehmung reduzierte Existenz, die den nächsten Tag zu erreichen sucht. [...] Und wenn man das, was man sieht, hochrechnet, könnte man auf die Idee kommen, dass dies die Leitdifferenz des nächsten Jahrhunderts sein könnte: Inklusion und Exklusion (227f.).

Die Textstelle thematisiert das Verhältnis Mensch/Gesellschaft auf eindruckliche wie irritierende Art und Weise und fand, gekürzt wiedergegeben, schnell Eingang in die Hall of Fame der Luhmann-Zitate: Sie präsentiert erstmalig einen neuen (zweiten) systemtheoretischen Exklusionsbegriff, der im Anschluss grundlegend für die Ungleichheitsforschung wird. Luhmann hat seinen Ausführungen zwar den Titel »Jenseits von Barbarei« gegeben – aber die Ahnung, dass es sich bei Inklusion/Exklusion um die Leitdifferenz des 21. Jahrhunderts handeln könne, scheint sich aktuell zu bestätigen: Die »schwarzen Löcher« (Stichweh), in denen die aus der Weltgesellschaft Exkludierten leben, sind nicht kleiner geworden.

In »Moderne ›Barbarei‹: Der Naturzustand im Kleinformatz« interessiert sich Claus Offe für die Barbarei im hier und jetzt. Dabei unterscheidet er eine externe und eine interne Verwendung von Barbarei, die er auch mit einer Barbarei *vor* der Zivilisation und einer *nach* der Zivilisation gleichsetzt. In der externen Verwendung, bzw. der als vorzivilisatorisch imaginierten Barbarei, sind Barbarinnen diejenigen, die nicht dazugehören, »die uns nichts angehen« (262).

In der internen, zeitdiagnostisch-selbstkritischen Verwendung bezeichne Barbarei »die Selbstaufhebung von Zivilität, einen plötzlichen Rückfall« (263). Moderne Barbarei ist hier durch eine »eigentümliche Unempfindlichkeit gegenüber Normverletzungen« und die »Gleichgültigkeit gegenüber ›eigentlich‹ geltenden Ansprüchen anderer auf Integrität und Anerkennung« gekennzeichnet (265). Es handelt sich dabei keinesfalls um eine Unklarheit über die Normen, die hier verletzt werden, sondern um ein »mutwilliges« Austreten aus wohldefinierten Normensystemen oder dem sich »unempfindlich machen« dafür. In diesem »negativ-regressiven« Prozess wird ein »erreichter Stand der Zivilisierung verletzt[t] und andere, die keineswegs *a limine* ›fremd‹ und ›grausam‹ sind, [werden] so behandel[t], als wären sie es. Moderne Barbaren sind die, die andere mit allen Konsequenzen für vormoderne Barbaren erklären« (265).

War der Holocaust zum Paradigma der internen bzw. der nach-zivilisatorischen Barbarei geworden, so verortet Offe neuere Formen der Barbarei in seiner Gegenwart — den frühen 1990er Jahren — vor allem in »nichtstaatliche[n] Formen von Rassismus, Exklusion, Dezivilisierung und Gewaltsamkeit« (270). Damit denkt er vor, was uns im Anlauf auf die 2020er Jahre in unzähligen Vari-

anten begegnet: Akte der Gewalt gegen Musliminnen, Jüdinnen und Schwarze; rassistische Hasstiraden im Netz; rechte Trollfabriken; Verlage und YouTube-Channels, die menschenfeindliches Gedankengut in die Öffentlichkeit schleudern. Vor allem für diejenigen, die sich in der Gefahr sehen, deklassiert zu werden, sei es besonders verlockend, selbst barbarische Züge gegenüber den »Fremden« und »Nicht-Normalen« anzunehmen, und sich ihrer Differenz »gewaltsam« zu versichern (282), schreibt Offe weiter und führt die ostdeutschen Skinheads der 90er Jahre als Beispiel an. Doch während Soziologinnen wie Arlie Hochschild und Cornelia Koppetsch⁹⁷ entlang dieser Ideen vor Augen führen, wie sich rechte Einstellungen in denjenigen Milieus ihren Weg bahnen, die sich abgehängt und als Modernisierungsverliererinnen fühlen, liegt in den von Offe prophezeiten, nicht-staatlichen Formen des Rassismus und der Dezivilisierung heute noch eine andere Dramatik. Paradigmatisch dafür steht Steve Bannons Zuruf an sein Publikum im *Rassemblement National* auf seiner Europatour 2018: »Let them call you racists. Let them call you xenophobes. Let them call you nativists. [...] Wear it as a badge of honor.«⁹⁸ Es gibt nichts zu verstecken in eurer Fremdenfeindlichkeit, so die Botschaft, im Gegenteil: Das Stigma des Rassisten sollt ihr als Ehrenmedaille tragen. Und mehr noch: In den Artikulationen rechter Intellektueller, Propagandistinnen und Politikerinnen wird Barbarei mitunter zur Affirmation, zum Erstrebenswerten für die Auserwählten und Mutigen – während Moderne und Demokratie nichts als Verachtung ernten.

So spricht der AfD-Politiker Björn Höcke vom »Verwesungsgeruch einer absterbenden Demokratie«, der durchs Land »wabert«, den er als »Entartungsstadium der Demokratie« interpretiert,⁹⁹ und beschwört den Moment, an dem die »Schutthalden der Moderne beseitigt«¹⁰⁰ würden. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust, der größten internen nach-zivilisatorischen Barbarei, liegt für Höcke & Co im Kern der vermeintlichen Degeneration der Zivilisation. Sie habe »uns« verweichlicht, entmännlicht, und »uns« die großen politischen Leidenschaften genommen.¹⁰¹ In ähnlichem Duktus, nur weniger obsessiv mit dem Holocaust flirrend, wird »becoming a barbarian« zum Lebensweg, den eine rechte Männlich-

97 Arlie R. Hochschild 2016. *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American right*, New York; Cornelia Koppetsch 2019. *Die Gesellschaft des Zorns: Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*, Bielefeld.

98 Bannon zitiert in *New York Times* vom 10. März 2018, verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2018/03/10/world/europe/steve-bannon-france-national-front.html> (20. Juli 2020).

99 Björn Höcke 2018. *Rede in Mödlareuth zur AfD-Veranstaltung ›Tag der Patrioten‹*, 42:16, verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=JzkXMJjBqH8> (20. Juli 2020).

100 Sebastian Hennig & Björn Höcke 2018. *Nie zweimal in denselben Fluß*, Lüdinghausen & Berlin, 258.

101 Siehe auch Marc Jongen 2017. *Migration und Thymostraining, Vortrag bei der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik am 17. Februar 2017*, 53:16, verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=cg_KuESl7rY (20. Juli 2020).

keitsliteratur den mutigen und zivilisationsmüden Männern nahelegt. Barbar werden, in Jack Donovans Sinn, bedeutet sich der Bürde universalistischer Verantwortung zu entziehen und sich mit aller Inbrunst den Regeln des *Tribes* hinzugeben.¹⁰²

Die gegenwärtige Lust an der Barbarei hat jedoch eine andere Zeitlichkeit als in Offes Ausführungen. Offe hatte Barbarei und Moderne sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge (Barbarei als *vormodern*) als auch in ihrer Gleichzeitigkeit gedacht (die Barbarei als »in die Zivilisation einprogrammiert« — und auch in dieser einprogrammierten Variante war Barbarei ein »Zurück«: ein »Rückschlag der Zivilisation gegen sich selbst« [268f.]). Die Barbarei von rechts, die uns im Übergang zu den 2020er Jahren begegnet, will in die Zukunft, sie schämt sich nicht, ist ungeduldig und macht jeden rassistischen Anschlag, jeden politischen Mord zum notwendigen und wegweisenden Schritt hin zum herbeigesehnten Zusammenbruch (der verhassten Demokratie bzw. der Zivilisation).

Aber selbst die von extrem rechts herbeigesehnte Barbarei ist nicht der weiteste Horizont, dem wir heute entgegenblicken. Die Aussagen des *Extinction Rebellion* Mitbegründers Roger Hallam, wonach »der Klimawandel nur das Rohr [sei], durch das Gas in die Gaskammern strömt«¹⁰³ und der Holocaust eine »fuckery in human history« sei,¹⁰⁴ waren von ihm gezielt als Tabubruch in die Debatte gebracht; die Bewegung distanzierte sich geschlossen von ihm. Vielleicht sind diese Aussagen aber auch nur die extremsten und provokantesten Varianten einer Dramatisierung des Klimawandels, welche in der globalen radikalen Klimabewegung selbstverständlicher angelegt ist als der Aufschrei gegen Hallam nahelegt: Die Idee nämlich, dass nicht einmal der schlimmste Massenmord der Geschichte mit dem langsamen (wenn auch nicht geplanten oder intendierten) Massenmord mithalten könne, den die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Eliten den nachfolgenden Generationen durch Unterlassung notwendiger Maßnahmen antun. Auch ohne den (immer misslungenen) Holocaustvergleich scheint im Zeitalter des Anthropozäns das Narrativ des Aussterbens das der Barbarei in der Brutalität ihrer imaginierten Zerstörungskraft einzuholen. Nicht das mutwillige Austreten aus unseren Normengebäuden, welches die gegenwärtige Barbarei nach Offe kennzeichnete, sondern die Verweigerung, unsere Normen und Gesetze so radikal zu verändern, dass wir die Menschheit vom Aussterben bewahren können, kennzeichnet diesen Weg in die Extinktion. Das Problem ist dann nicht wie in der von Offe beschriebenen Barbarei eine »eigentümliche Unempfindlichkeit gegenüber Normverletzungen«, sondern eine eigentümliche Unempfindlichkeit

102 Jack Donovan 2016. *Becoming a Barbarian*, Oregon, 91f.

103 Hallam im Interview mit *Der Spiegel* vom 22. November 2019, verfügbar unter <https://www.spiegel.de/international/europe/interview-with-extinction-rebellion-co-founder-roger-hallam-a-1297789.html> (20. Juli 2020).

104 Hallam im Interview mit *Die ZEIT* vom 20. November 2019, verfügbar unter <https://www.zeit.de/2019/48/extinction-rebellion-roger-hallam-klimaaktivist/komplettansicht> (20. Juli 2020).

gegenüber bestehenden Regeln und Gewohnheiten, die die Menschheit an den Abgrund ihrer eigenen Existenz bringen. *Unempfindlichkeit* ist dabei zu unterstreichen – da es gerade die *Empfindlichkeit* für das, was wir verlieren werden, ist, welche uns die globale radikale Klimabewegung als Rettungsanker zuwirft und die als »Emotionalisierung« oder »Panikmache« von der Kritik wieder aufgenommen wird. Und, auch das wissen die Klimaaktivistinnen und -forscherinnen: vor der Extinktion kommt die Barbarei. Ihr aktivistischer Pessimismus ringt gegenwärtig mit dem zynischen Optimismus derer, die sich auf den Zusammenbruch freuen.

Jörg Ebrecht, Diplomsoziologe, ist Studienkoordinator der Soziologie und Kriminologie an der Universität Hamburg. **Christine Hentschel** ist seit 2016 Professorin für Kriminologie, insbesondere Sicherheit und Resilienz am Fachbereich.

Pionierinnenarbeit zur Frauengeschichte.

Pia Christoph über Rafaela Borgwardt et al., *Festung Fachbereich?*

Die Hamburger Sozialwissenschaften gehören zu den wenigen Fachbereichen, deren Frauengeschichte in einer eigenen Fallstudie aufgearbeitet wurde. Der 2002 erschienene Sammelband *Festung Fachbereich?* analysiert die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik und den Partizipationsprozess von Frauen am bis 2000 bestehenden Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften. Er wirft ein Schlaglicht auf die Situation von Frauen am ehemaligen Institut für Politische Wissenschaft und die kreativen Aktionen feministischer Gruppen, wie etwa die 1987 veröffentlichte *Fällt-Studie*.

Mit offenbar »nicht gerade überschwänglicher Resonanz am Fachbereich«¹⁰⁵ verlieh im Jahr 2000 die Frauenbeauftragte der Universität Hamburg dem Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften (FB 05) bzw. seinen Wissenschaftlerinnen den Frauenförderpreis. Die damals erst zum vierten Mal vergebene Auszeichnung ehrte Initiativen und Projekte zur Frauenförderung und würdigte das Engagement der Wissenschaftlerinnen am FB 05 für die Förderung von Frauen und das kontinuierliche Angebot an Lehrveranstaltungen aus dem Bereich der Frauenforschung.¹⁰⁶

105 Marie-Elisabeth Hilger 2002. Geleitwort, in Rafaela Borgwardt, Andrea Sievers, Petra Wachendorf & Erik Eichholz. *Festung Fachbereich? Frauen und Gleichstellung in Organisationskultur, Personalauswahl und Lehre des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg 1974 bis 2000*, Hamburg, 7; Seitenangaben aus dem Sammelband im Folgenden in Klammern.

106 Vgl. den Bericht von Prof. Dr. Marie-Elisabeth Hilger vom 6. September 2000, in *Universitätsarchiv Hamburg*, Best. 601, Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1.

Mit dem Preisgeld initiierte eine Frauenversammlung des FB 05 ein ambitioniertes Forschungsprojekt zur Geschichte der Frauen am Fachbereich¹⁰⁷ und seinen einzelnen Instituten. Ergebnis dieses Projekts war der 2002 veröffentlichte Sammelband *Festung Fachbereich? Frauen und Gleichstellung in Organisationskultur, Personalauswahl und Lehre des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg 1974 bis 2000*.¹⁰⁸ Die Autorinnen waren selbst Studierende und Promovierende des Fachbereichs. Ihre Analyse gliedert sich in einen umfangreichen allgemeineren Beitrag zur Partizipation von Frauen vor dem Hintergrund einer ›androzentrischen Organisationskultur‹ am Fachbereich und kleinere Beiträge zum Institut für Soziologie, dem Institut für Politische Wissenschaft, dem Philosophischen Seminar, dem Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie dem Institut für Journalistik.

Der umfangreiche einführende Beitrag »Der Fachbereich: Prozess der Partizipation unter den Bedingungen einer androzentrischen Organisationskultur« von Rafaela Borgwardt und Erik Eichholz untersucht die Veränderungen der Geschlechterverhältnisse am Fachbereich und betrachtet dabei insbesondere den Auswahlprozess des wissenschaftlichen Personals. Angelehnt an den akteurszentrierten Institutionalismus Fritz W. Scharpfs und die ›Mikropolitik-Schule‹ entwickeln sie ein eigenes Forschungskonzept und beleuchten anhand von Statistiken, Gremienprotokollen, Verwaltungsakten, Interviews und studentischen Veröffentlichungen, wie sich die Partizipation von Frauen in der Organisationskultur des FB 05 entwickelte.

Einen ersten Wandel der Organisationskultur sehen Borgwardt und Eichholz in der Reform der Ordinarienuniversität in eine Gruppenuniversität im Jahr 1969, durch die Entscheidungen nicht mehr allein von den Professoren,¹⁰⁹ sondern in einem komplexen Gremiensystem von Vertreterinnen der unterschiedlichen Statusgruppen getroffen und ausgehandelt wurden (vgl. 18f., 23). Die Asymmetrie des Geschlechterverhältnisses sei hierdurch jedoch kaum angetastet worden (vgl. ebd.). Ab den 1970er Jahren lehrten zwar die ersten Professorinnen am Fachbereich, dennoch blieben Frauen nur marginal präsent, was die Autorinnen auf die weiterhin selbstverständliche Gültigkeit einer traditionellen Rekrutierung des wissenschaftlichen Personals durch die Professorinnen und die

107 Das technische und Verwaltungspersonal klammern die Autorinnen dabei aus.

108 Auf diese erste Veröffentlichung im Selbstverlag bezieht sich diese Rezension. 2003 publizierten die Autorinnen den Sammelband zudem im Kleine Verlag, siehe Rafaela Borgwardt, Erik Eichholz, Andrea Sievers & Petra Wachendorf (Hg.) 2003. *Festung Fachbereich? Frauen und Gleichstellung in Organisationskultur, Personalauswahl und Lehre des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg 1974 bis 2000*, Bielefeld.

109 1969 waren die 8 Lehrstühle in den verschiedenen Fächern ausschließlich mit Männern besetzt; vgl. 22.

geringe Infragestellung des Wissenschaftsbetriebs als einem ›geschlechtsneutralen‹ Raum zurückführen (vgl. 22ff.). In der studentischen Soz.Pol.-Frauengruppe (für Soziologie und Politologie) und einem von Ingrid N. Sommerkorn initiierten Arbeitskreis sehen Borgwardt und Eichholz jedoch ab Ende der 1970er und in den frühen 1980er Jahren die Anfänge einer akademischen Frauenbewegung am FB 05 (vgl. 29).

1985 sei mit der Verabschiedung der ersten Frauenförderrichtlinie an der Universität Hamburg erstmals ein ›konkurrierendes Wertesystem‹ zur androzentrischen Organisationskultur institutionalisiert worden (vgl. 36f.). Im Zuge der Dezentralisierung der Frauenförderung wählte der Fachbereichsrat 1988 darüber hinaus erstmals eine eigene Frauenbeauftragte und räumte ihr aus Sicht von Borgwardt und Eichholz eine vergleichsweise starke Rolle ein (vgl. 41ff.). Im Übergang zu den 1990er Jahren hätten sich zudem die Fraueninitiativen verdichtet, was auch mit der Etablierung einer ›feministischen Subkultur‹ im Zuge des Studierendenstreiks 1988/89 einherging (vgl. 44f.).

In der stärkeren Organisation der Fachbereichsfrauen im Übergang zu den 1990er Jahren sehen Borgwardt und Eichholz den Grund dafür, dass sich der Frauenanteil insbesondere bei den Promotionsförderstellen, aber auch in Bezug auf die Professuren und Assistenturen¹¹⁰ erhöhte (vgl. 49ff.). Die »traditionale Rekrutierung mit ihrem gender bias« (59) bzw. das ›Durchbringen von Schülern‹ habe jedoch weiterhin die Personalauswahl dominiert, gerade vor dem Hintergrund eines nicht objektiv definierbaren Qualifikationsbegriffs, dem männlich konnotierten Idealbild einer Wissenschaftskarriere und der schlechteren Einbindung von Frauen in Beziehungsnetzwerke (vgl. ebd.).

Die Autorinnen beobachten ab 1994 einen Trend zu einer stärker strukturell orientierten Frauenförderung am FB 05 (vgl. 59f.). Im Rahmen des New Public Managements und der gesamtuniversitären Umstrukturierung des Haushaltes wurde der Fachbereich 1996 finanzautonom und habe somit gerade in Bezug auf Personalentscheidungen eigene Schwerpunkte setzen können (vgl. 62ff.). Die Autorinnen zeigen, wie sich auch durch neue Akteurskonstellationen (zum Beispiel der Etablierung einer Frauenversammlung und der ersten Fachbereichssprecherin am FB 05) eine frauenfördernde Kennzahl in die leistungsorientierte Mittelvergabe integrieren konnte (vgl. 59ff.). Sie beleuchten, wie 1997 erstmals auch die Verankerung von Geschlechterforschung und Gender Studies als Ziel von Frauenförderung im Fachbereichsrat eingebracht und gegen Protest aus dem Kollegium schließlich als ›Thematisierung der Geschlechterverhältnisse‹ in den Frauenförderplan aufgenommen wurde (vgl. 71ff.). Borgwardt und Eichholz vertreten an dieser Stelle die These, dass der Fachbereichsrat 1997 keine Frauenförderung wollte, die tatsächlich konsequent in die Möglichkeit der Professoren eingriff, Stellen mit ihren eigenen Schülern zu

110 Auf den Assistenturen wurden die Qualifikationen für eine Professur erworben.

besetzen (vgl. 75). Auch wenn sie insbesondere beim Frauenanteil der Professuren eine positive Tendenz ausmachen, sehen Borgwardt und Eichholz am FB 05 weiterhin eine Reproduktion des androzentrischen Kerns der Organisationskultur sowie ein »fortbestehende[s] Ausgrenzen von Frauen- und Geschlechterforschung aus dem Kanon der Philosophie und Sozialwissenschaften« (80, vgl. 78).

Die Titelfrage »Festung Fachbereich?« beantworten Borgwardt und Eichholz mit der Einschätzung, dass der FB 05 eher einer »Festungslandschaft kleinerer Einheiten« (85) glich, die jeweils ihre Autonomie und teils auch die androzentrischen Rekrutierungsmuster verteidigten. Das »asymmetrische Bedingungsgeflecht« (ebd.) der alltäglichen Interaktion »beider Geschlechter« hätte sich gewandelt, sodass sich »der Festungscharakter ein Stück weit verlor« (ebd.). Als zusammenspielende Faktoren für diese Transformation der androzentrischen Organisationskultur am FB 05 sehen Borgwardt und Eichholz den Kontext einer zunehmenden gesellschaftlichen Infragestellung androzentrischer Denkmuster sowie die Durchsetzung einer Frauenförderpolitik »von oben« und die Einbringung feministischer Kritik und gleichstellungspolitischer Forderungen von Wissenschaftlerinnen und Studentinnen in den Organisationsalltag (vgl. 81f.). Dieser Prozess der Partizipation bleibt aus ihrer Sicht jedoch immer auch offen und kann nicht als geradlinige Fortschrittsgeschichte verstanden werden (vgl. 85).

Der Beitrag »...an sich ist das eine ziemlich normale Zeitverschiebung.« Zur Situation von Frauen am Institut für Politische Wissenschaft« von Andrea Sievers zielt darauf ab, anhand von einzelnen chronologisch geordneten Beispielen den Umgang mit Frauen und Frauenförderung am Institut für Politische Wissenschaft (IPW) darzustellen (vgl. 111). Am IPW lehrten und studierten deutlich weniger Frauen als am Institut für Soziologie, wobei sich die »Beschäftigung mit Frauen« erst in den letzten Jahren aufgrund des Engagements von Frauen etabliert hätte (vgl. ebd.). In einem Konflikt des Instituts mit der »Leitstelle Gleichstellung der Frau« 1980 sieht Sievers den »Auftakt für die von nun an stattfindende Auseinandersetzung« (vgl. 112). Ab Mitte der 1980er Jahre macht sie zudem eine Zunahme von Lehrveranstaltungen zu feministischen Themen aus (vgl. 114). Der »markanteste Punkt« in dieser Zeit sei der Bericht einer Kommission zur Umsetzung des Frauenförderplans gewesen, der dem IPW eine Benachteiligung von Frauen bescheinigte, da sich der Frauenanteil unter den Studierenden nicht im wissenschaftlichen Personal wiederfand (vgl. 115).

Als Ausdruck der anhaltenden Marginalität von Frauen am IPW sieht Sievers die 1987 veröffentlichte *Fällt-Studie*¹¹¹ der Autonomen Frauengruppe am IPW (vgl.

111 Andrea Nies, Beate Stabel, Christiane Müller, Claudia Vollmer, Dörte Wollrad, Hildegard Klinikert, Petra Schlütter, Sylvia Wellhausen & Ulrike Bergermann 1987. *Fällt-Studie. 10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb*, Hamburg.

116). Die Frauengruppe problematisierte, dass es kaum weibliche Lehrende am IPW gab und eine Auseinandersetzung mit feministischer Theorie im Studium kaum möglich sei (vgl. ebd.). Um »das Problem an der Wurzel zu packen« (ebd.), führten die Frauen mit den Professoren am IPW Interviews zu den Gründen für die weitgehende Abwesenheit von Frauen in der Wissenschaft (und am Institut) durch. Diese Interviews zeigen für Sievers die »Manipulationsmöglichkeiten oder die männlichen Selektionskriterien bei Personalberufungen« (ebd.).

Eine weitere »Klimaveränderung« sieht Sievers sowohl im Engagement der Gremienfrauen¹¹² als auch in der Gastprofessur von Ute Schmidt, die von 1989 bis 1990 Seminare zu feministischen Themen anbot. 1991 wurde schließlich Christine Landfried als erste Professorin an das IPW berufen. Sie gab einzelne Lehrveranstaltungen zu feministischen Themen, ihr Schwerpunkt lag jedoch nicht in diesem Bereich (vgl. 118f.).

1995 gründete sich eine weitere Frauengruppe am IPW, das Hamburger Politologinnen-Netzwerk bzw. die Regionalgruppe des Netzwerks politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen in Hamburg (vgl. 120). Es war an den Arbeitskreis »Politik und Geschlecht« der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft angebunden, organisierte Veranstaltungen und brachte Vorschläge für Lehraufträge ein (vgl. 120f.). In Anknüpfung an die *Fällt-Studie* veröffentlichte das Hamburger Politologinnen-Netzwerk 1998 die Dokumentation *gender action in der Politikwissenschaft*¹¹³ mit unterschiedlichen Beiträgen zur Situation von Frauen und feministischen Perspektiven am IPW.

Sievers kommt zu dem Schluss, dass sich die Situation von Frauen am Hamburger IPW im Jahr 2000 gegenüber den vorhergehenden zwanzig Jahren nur leicht verändert habe (vgl. 122). Trotz der Institutionalisierung von Frauenfördermaßnahmen nehme der Frauenanteil mit steigender Hierarchieebene ab, sodass es im Sommersemester 2000 zwar einen Frauenanteil von 50 % unter den Promovierenden gegeben hätte, aber nur eine Professorin. Ebenso würden Lehrveranstaltungen »mit Geschlechterbezug« weiterhin eine Ausnahme darstellen. Verbesserungen der Situation von Frauen am IPW seien »in der Regel von außen an das Institut herangetragen« (ebd.) worden und »[g]eschieht dies aus den Reihen der Institutsangehörigen, so sind es Studentinnen, die dafür eintreten« (ebd.).¹¹⁴ Die Veränderungen

112 Mit Ausnahme des Philosophischen Seminars vertraten ab dem Wintersemester 1989/90 zeitweilig ausschließlich Frauen die Studierendenschaft in den Gremien; vgl. 46.

113 Hamburger Politologinnen-Netzwerk/Gemeinsame Kommission und Koordinationsstelle für Frauenstudien und Frauenforschung Hamburg 1998. *gender action in der Politikwissenschaft. Hamburger Dokumentation* '98, Hamburg.

114 Im Hamburger Politologinnen-Netzwerk waren jedoch auch Ehemalige sowie promovierte und lehrende Frauen aktiv, vgl. Selbstdarstellungen des Politologinnen-Netzwerks, Regionalgruppe Hamburg, in *Universitätsarchiv Hamburg*, Best. 601, Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1.

seien daher »keine ganz normale Zeitverschiebung« (122) – wie dies ein Professor in einem Interview in der *Fällt-Studie* darstellte (vgl. 114).

Die Resonanz auf den Sammelband von Borgwardt et al. erscheint eher gering. In Anbetracht der wenigen Fallstudien, die in Bezug auf die Entwicklung des Partizipationsprozesses von Frauen und die Gleichstellungspolitik an einzelnen Fachbereichen existieren,¹¹⁵ bleibt die Publikation jedoch eine Seltenheit und stellt eine Pionierinnenarbeit zur Frauengeschichte des Fachbereichs 05 dar. *Festung Fachbereich?* bietet eine wichtige Perspektive auf die Fachbereichsgeschichte und einen Einblick in die Spannungsfelder der Institutionalisierung universitärer Gleichstellungspolitik. 15 Jahre nach dem ersten Erscheinen des Sammelbands wird der größte Handlungsbedarf im aktuellen Gleichstellungsplan auf der Ebene der Professorinnen gesehen – in Bezug auf die gesamte Fakultät lag der Frauenanteil hier 2016 (inklusive Juniorprofessorinnen) bei 34 %.¹¹⁶

Pia Christoph studiert am Fachbereich im Masterstudiengang Politikwissenschaft.

Ein Leerraum. Deborah Kirchgässner und Emma Neuhaus über die Gender- und Queer-Studies an der Universität Hamburg

Im folgenden Text beleuchten Deborah Kirchgässner und Emma Neuhaus das Thema Frauen, Gender und Queer-Studies am Fachbereich Sozialwissenschaften. Sie erörtern, was sich in den vergangenen zwanzig Jahren verändert hat, und vor allem, welche Probleme und Herausforderungen sich weiterhin stellen. Hierfür haben sie u.a. auch mit Marianne Pieper gesprochen. Pieper (*1949) wurde 1996 Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt »Kulturen, Geschlechter, Differenzen« an der Universität Hamburg und war eng in die Auseinandersetzungen um die Gender- und Queer-Studies am Fachbereich involviert.

Marianne Pieper, Professorin für Soziologie an der Universität Hamburg, stellt mit einem Augenzwinkern fest, dass die Abwesenheit von Gender- und Queer-Studies an unserer Universität fast schon zu einem Alleinstellungsmerkmal wird. Pieper berichtet von dem langwierigen Kampf für die Verankerung des umstrittenen Studiengangs: Was sie und ihre Mitstreiterinnen erreichten und welcher Widerstand ihnen entgegengesetzt wurde.

Seit 1996 lehrt Marianne Pieper an der Uni Hamburg. Der Schwerpunkt ihrer Professur lautete »Kulturen, Geschlechter, Differenzen«. Gerade zu Beginn der

115 Vgl. etwa Verena Lappe 1996. *Frauenseminare, Frauenforschung und Frauenförderung. Geschichte und Perspektive am Beispiel des Fachbereichs Psychologie der Universität Hamburg*, Hamburg.

116 Vgl. Gleichstellungsplan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, beschlossen vom Fakultätsrat am 31. Mai 2017, verfügbar unter <https://www.uni-hamburg.de/gleichstellung/download/gleichstellungsplan-wiso-fakultaet-01062017.pdf> (20. Juli 2020).

1990er Jahre entbrannte in Deutschland der Diskurs um Judith Butlers *gender trouble* und damit die Frage nach der Performativität von Geschlecht. Neue Perspektiven taten sich auf: Die Unterscheidung zwischen biologischem Geschlecht (sex) und anerzogenem Geschlecht (gender) mit einer kritischen Betrachtung der zuvor nicht hinterfragten binären Geschlechterordnung. Der Diskurs erweiterte sich von dem Konflikt um die Differenz zwischen Mann und Frau in der Gesellschaft, auf Gender und Queer-Fragen. Diese neuen Ideen griff die damals sehr aktive Hochschul-AG *LesBiSchwule Studien/Queer Studies* auf, in der auch Pieper mitwirkte. Die Verschiebung des Diskurses und das enorme studentische Interesse an der Debatte führten dazu, dass die Forderungen nach der Institutionalisierung von Gender- und Queer-Studies immer lauter wurden. Auf verschiedensten Ebenen musste für die neue Fachrichtung geworben werden.

Dank des zunächst günstigen politischen Klimas durch eine rot-grüne Regierung in Hamburg und einem bundesweiten Förderprogramm der Grünen gelang es, Gelder für die Finanzierung von Gender- und Queer-Studies zu gewinnen. So wurde 2001 auch ein Master-, sowie ein Nebenfachstudiengang mit dem Schwerpunkt Gender an der damals noch existierenden Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) eingeführt. Doch im selben Jahr fand in Hamburg ein Regierungswechsel statt und die nun bestehende Koalition aus CDU, FDP und der rechtspopulistischen Schill-Partei stellte die Weiterfinanzierung ein. Auch die Universität erklärte sich nicht bereit, die Gender-Studiengänge weiter zu tragen, weshalb diese bereits nach drei Jahren ihr Ende fanden.

Eine weitere Baustelle war die versprochene Queer-Studies-Professur, welche ebenfalls aus der Förderung der Grünen hervorgehen sollte. An dieser Stelle betont Pieper, dass der größte Widerstand nicht von oben kam, sondern überraschenderweise aus dem eigenen Fachbereich. Trotz Zusage des Universitätspräsidiums sah sich Pieper von ihren eigenen Kollegen mit starker Skepsis und Unverständnis konfrontiert: »Und dann haben die erst einmal gefragt: Ja Queer, was ist das denn? Wieder so ne neue Sprechblase.«

Trotz der Meinung ihrer Kollegen, Queer-Studies seien unwissenschaftlich und »statistisch doch überhaupt nicht relevant«, konnte Pieper die Professur schließlich durchbringen. Angetreten wurde sie jedoch nie, da der erstplatzierten Kandidatin in den Verhandlungsgesprächen indirekt vermittelt wurde, dass ihre Professur gar nicht gewollt sei. Die fehlende Unterstützung und finanzielle Ausstattung des Lehrstuhls bewegten sie dazu, den Ruf zurückzugeben. Die Zweitplatzierte durfte nicht nachrücken, da der Fachbereichsrat wegen ihrer noch nicht abgeschlossenen Promotion ihrer Einsetzung nicht zustimmen wollte.

Wäre diese eigentlich schon finanzierte und vom Präsidium abgesegnete Professur angetreten worden, wäre die Universität Hamburg die erste Hochschule der Bundesrepublik mit einer Queer-Studies-Professur gewesen. Stattdessen ist sie jetzt eine der wenigen, welche sich nach wie vor einer Institutionalisierung quer-

stellt. So musste die wissenschaftliche Vorreiterrolle der wissenschaftlichen Legitimierung von Gender- und Queer-Fragen weichen. Dass gerade der als kritisch und progressiv geltende Fachbereich Sozialwissenschaften an der Uni Hamburg diese Professur verhindert haben soll, ist enttäuschend.

Nachdem also zwei Studiengänge und eine Professur hart erkämpft und dann wieder verloren wurden, wirkt der Raum, welcher Gender- und Queer-Studies heute an der Universität gegeben wird, doch relativ klein. Man kann sie finden: Gesprenkelt über alle Fachbereiche, doch scheint ein gebündelter Studiengang weiter entfernt denn je. Die Gender- und Queer-Studies-Angebote im Wahlbereich sind spärlich und überlaufen. Die Themen haben also nicht an Beliebtheit und Relevanz verloren, nur das Angebot schrumpft stetig. Damit dieser Lehrraum nicht zum Leerraum wird, gibt Marianne Pieper folgendes Plädoyer:

Ich bin ganz stark der Meinung, dass Gender und Queer professoral verankert werden muss. Man muss viel tun dafür, das will erkämpft sein und muss auch immer wieder erkämpft werden. Es gibt eben auch öffentlich gerade von Seiten der rechten und auch der konservativen Parteien starke Gegenbewegungen. Das müsste uns dafür sensibel machen zu bemerken: Wenn auf der einen Seite so eine starke Gegenbewegung ist, dann ist es umso wichtiger, es wieder zu institutionalisieren, um diesen antidemokratischen Tendenzen auch ein Stück weit entgegenzuwirken. Und wenn ich mir anschau, was die Themen damals waren, um die wir diskutiert haben, und was die Themen heute sind: Besonders viel hat sich da nicht getan. Es muss mehr passieren!

Deborah Kirchgässner studiert Politikwissenschaft im Bachelor am Fachbereich, **Emma Neuhaus** Soziologie. Ihr Artikel entstand im Rahmen des Seminars »Einführung in den Journalismus« bei Prof. Volker Lilienthal.

The personal is always political. **Interview mit Maren Hofius**

Seit 2009 ist Maren Hofius wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Global Governance von Antje Wiener. Nach ihrem B.A. 2007 in Maastricht und ihrem M.A. 2009 in Bath kam sie für ihre 2015 erfolgreich abgeschlossene Promotion an die Universität Hamburg. Hofius bringt generell gute Startbedingungen für eine erfolgreiche Wissenschaftlerin mit, denn zum einen schloss sie ihre Studiengänge als eine der leistungstärksten Studierenden ab, zum anderen studierte sie an verschiedenen Standorten im Ausland. Warum Hofius trotzdem Probleme hat, welche Hürden ihr trotz der guten Ausbildung in ihrer Karriere begegneten und wie das mit ihrer Rolle als Frau in der Wissenschaft zusammenhängt, schildert sie Nina Wolff im Interview.

Nina Wolff (NW): Welche allgemeinen Probleme in der Wissenschaft sehen Sie?

Maren Hofius (MH): Vor allem innerhalb Deutschlands ist die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses durch die stark befristeten Stellen sehr prekär. Es gibt sozusagen einen Flaschenhals: Das bedeutet, dass es nur wenige Möglichkeiten des Aufstieges gibt, denn je höher eine Wissenschaftlerin in der Karriereleiter steigt, desto weniger Stellen gibt es. Das führt zu einem sehr hohen Konkurrenzkampf um diese Jobs. Darüber hinaus sind wir für zum Teil sehr kurze Vertragslaufzeiten befristet eingestellt. Diese Verträge werden nur teilweise verlängert. Meist arbeitet man als Promovierende in der Politikwissenschaft auf einer halben Stelle. Somit verdienen wir, verglichen mit anderen Absolventinnen, über mehrere Jahre viel weniger.

NW: Mit welchen Hürden sind speziell Frauen im alltäglichen Berufsleben in der Wissenschaft konfrontiert?

MH: Frauen stehen – genauso wie Männer – nicht nur der Problematik eines sehr stark hierarchisch aufgebauten Wissenschaftssystems gegenüber, sondern sind zudem auch noch mit der privaten Entscheidung, eine Familie zu gründen, als Hürde innerhalb des Berufes konfrontiert. Diese beiden Faktoren haben auch mich in meiner »linearen« Karrierelaufbahn extrem eingeschränkt und werden dies auch noch in Zukunft tun. Somit würde ich sagen, dass ich als Frau in der Wissenschaft doppelt benachteiligt bin.

NW: Inwiefern lässt sich diese doppelte Benachteiligung der Wissenschaftlerinnen im Berufsalltag wiederfinden?

MH: Es geht dabei weniger um formal institutionalisierte Gleichstellungsprogramme, sondern mehr um sozial stark verankerte Normen und Praktiken innerhalb der Wissenschaft. Mein alltägliches Berufsleben als Frau ist nicht nur von meiner Arbeit beeinflusst, sondern auch von meinem Privatleben, welches mir auch Einschränkungen bezüglich des Auslebens meines Berufes beschert. Meine Identität als Frau, meine Rolle als Mutter oder Partnerin ist immer ein Faktor in der Art und Weise, wie ich meine Arbeit auslebe, denn »the personal is always political«.

Dies bedeutet, dass das, was mir im Privaten widerfährt oder wie ich meine eigene Arbeit vollziehen kann, immer durch die gesellschaftlichen strukturellen Normen und damit auch von starker Diskriminierung und Benachteiligung geprägt ist. Vor allem sind davon Mütter betroffen, denn bei ihnen kommt es immer auf die Unterstützung im privaten Umfeld oder auf Angebote wie Kinderbetreuung an. Dementsprechend hat die Art und Weise, wie stark ich unterstützt werde, Konsequenzen auf die Durchführung meiner Arbeit. Die Differenzierung von Mann und Frau ist nicht nur im Privaten stark ausschlaggebend dafür, wie viel Zeit eine Mutter mit ihrem Kind verbringt oder wie viel ihrer Freizeit sie der Arbeit widmen kann. Es ist extrem, wie die »mental loads« sich auf die verfügbare Zeit für den Beruf auswirken.

NW: Können Sie das verdeutlichen?

MH: Es wird nicht nur erwartet, sondern es ist eine Tatsache, dass Wissenschaftlerinnen in ihrer Qualifikationsphase mehr als die vorgegebenen 39 Stunden in der Woche arbeiten. Somit kommen laut einer Studie durchschnittlich 12 Überstunden zusammen – mit der zusätzlichen Erwartung, dass die Wissenschaftlerinnen sich innerhalb der Community durch Workshops und Konferenzen vernetzen. Das kann eine Frau, die auch Mutter ist, nicht unbedingt immer erfüllen. Eine alleinstehende und kinderlose Person kann möglicherweise abends oder an Wochenenden noch über diese 40 Stunden hinweg arbeiten, bei einer Mutter jedoch wird dies durch die Familie erheblich limitiert.

Die Erklärung dafür liegt eben auch bei den vorhin genannten »mental loads«, welche zwar meist unsichtbar sind, einen allerdings konstant mental beschäftigen. Denn so überlege ich in meiner Rolle als Mutter durchgehend, was im Privaten noch alles erledigt werden muss, wie beispielsweise die Betreuung fürs Kind zu organisieren oder das Geschenk für den nächsten Kindergeburtstag zu kaufen. Ich werde davon mehr als mein Partner in Beschlag genommen, wodurch ich folglich auch weniger Zeit habe. Hinzu kommt, dass mit steigendem akademischen Alter die Chancengerechtigkeit oder auch Chancengleichheit von Männern und Frauen abnimmt. Habe ich zusätzlich auch noch ein Kind, wird dies dadurch noch weiter verstärkt und es kommt zu einer noch größeren Ungleichheit. In den Spitzenpositionen der Wissenschaft sinkt der Frauenanteil stetig, obwohl es Gleichstellungsmaßnahmen gibt.

NW: Was sind Ihre persönlichen Erfahrungen mit diesen Hindernissen für Frauen?

MH: Diese Prekarität findet sich auch in meinem Lebenslauf wieder, womit ich ein klassisches Bild einer Nachwuchswissenschaftlerin abgebe. Trotz meiner guten Startbedingungen und dem Fakt, dass ich mein Studium in der Regelstudienzeit absolviert habe, hatte ich mit einigen Hürden zu kämpfen. Ich habe meine Promotion 2009 begonnen, auf einer wissenschaftlichen Arbeitsstelle von 50 Prozent. Weil ich aber dafür länger als vorgegeben gebraucht habe, wurde mein befristeter Vertrag 2015 nicht verlängert. Dadurch wurde ich einige Monate arbeitslos und musste in der Zeit meine Promotion zu Ende schreiben, um überhaupt wieder eingestellt werden zu können.

Der Grund dafür liegt beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das besagt, dass die Dauer von sechs Jahren bei einer Promotion bzw. zusammen mit der Habilitation zwölf Jahre nicht überschritten werden darf, sofern Wissenschaftlerinnen danach an einer deutschen Hochschule arbeiten möchten. Dies ist nämlich bei einer Überschreitung der vorgegebenen Frist nie mehr möglich. Hinzu kam, dass ich in dieser Phase meiner Karriere schwanger wurde und mir nicht sicher sein konnte, in solch einer Situation eingestellt zu werden, da nicht alle Vorgesetzten gerne Frauen mit Kindern bei sich am Lehrstuhl arbeiten lassen. Dank Antje Wiener bin ich trotz meiner Schwangerschaft eingestellt worden und seitdem auch wieder

an der UHH tätig. Allerdings befinde ich mich immer noch unter einem großen zeitlichen Druck, zu publizieren, zu habilitieren und gleichzeitig meiner Rolle als Mutter gerecht zu werden.

NW: In welcher Form ist Ihnen bisher Diskriminierung aufgrund Ihres Geschlechts begegnet?

MH: Direkte Diskriminierungen wie beispielsweise sexuelle Misshandlung sind mir nie widerfahren. Stattdessen habe ich immer einen sehr guten Umgang erlebt, weshalb ich möglicherweise eine sehr privilegierte Position habe. Jedoch habe ich einige indirekte, teilweise unsichtbare Diskriminierungen erfahren. Die noch sehr stark verankerten, latenten Praktiken kommen insbesondere beim »Co-Teaching« zutage, wenn Mann und Frau gemeinsam unterrichten. Hierbei fällt mir auf, dass die Autorität der Frau seitens der Studierenden weniger anerkannt ist als die des Mannes.

Ein unterstützendes Beispiel ist das sogenannte »Mansplaining«. Das bedeutet, dass Männer generell dazu tendieren, Frauen ins Wort zu fallen und ihnen die Welt zu erklären. Interessanterweise ist das auch im wissenschaftlichen Diskurs und in der Lehre der Fall. Hier nehmen Männer entweder die Aussagen der Frauen überhaupt nicht wahr und gehen darüber hinweg oder sie nehmen keinen Bezug auf diese Äußerung und stellen es als ihre eigene Idee dar. Dies passiert weit verbreitet sowohl im gesprochenen als auch im geschriebenen Wort, wie bei Zeitschriftenbeiträgen, wo Männer sich gegenseitig eher zitieren als Frauen. Das ist wissenschaftlich belegt und als »gender citation gap« bekannt. Dadurch werden Frauen dementsprechend weniger referenziert oder ihre Äußerungen nicht als die ursprünglichen wahrgenommen. Das untergräbt definitiv die Autorität einer Frau als Wissenschaftlerin.

Und nicht zu vergessen ist ein kritisches Selbsthinterfragen der Frauen, denn auch wir tendieren als Spiegel unserer Gesellschaft dazu, die Aussagen von Männern stärker wertzuschätzen als die von Frauen. Das kann zum Beispiel auch in Bewerbungs- oder Berufungskommissionen passieren. Selbst Frauen sind dann der Meinung, dass eine Person ihres Geschlechts weniger geeignet ist als ein Mann, der sich auf eine Stelle beworben hat. Frauen setzen also selbst unterschiedliche Standards an Frauen und Männer.

NW: Sehen Sie seit Ihren zehn Jahren Tätigkeit im wissenschaftlichen Bereich Veränderungen bezüglich der Situation von Frauen?

MH: Ja, sowohl diskursiv als auch institutionell-formell bemerke ich positive Veränderungen, aber dennoch gibt es weiterhin einige Hürden. Diskursiv verändert hat sich, dass sich die Problematik der Prekarität des wissenschaftlichen Nachwuchses und der wissenschaftlichen Frau enorm verbreitet hat. Diese Prekarität ist in der Gesellschaft extrem präsent geworden, wodurch auch der politische Diskurs beeinflusst wurde. Ich glaube, dass gerade wegen des Diskurses die ganzen Fördermöglichkeiten und Gleichstellungsmaßnahmen seit Anfang der

2010er verstärkt eingeführt wurden. Es wird seitdem öffentlich viel stärker wahrgenommen, dass wir befristet arbeiten und Frauen weiterhin strukturell benachteiligt sind. Dadurch haben wir in der Wissenschaft oder in der Hochschule die Möglichkeit bekommen, über unsere Erfahrungen und unsere eigene Situation zu sprechen. Folglich konnten auch einige Maßnahmen durchgesetzt werden.

NW: Welche Beispiele können Sie da nennen?

MH: Es gibt hier an der Universität neben zahlreichen Förderprogrammen auch die Vorgabe, dass bei Stellenausschreibungen bei gleicher Qualifikation der Geschlechter bevorzugt Frauen eingestellt werden sollen. Es gibt diverse Workshops zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wo die Soft Skills der Frauen gefördert und sie ermutigt werden, Netzwerke untereinander zu etablieren, um eben diesen ganzen »old boys networks« entgegenzutreten. Dazu werden Gleichstellungspreise verliehen, mit denen beispielsweise Forschungsprojekte zu Gender-Mainstreaming honoriert werden.

NW: Wenn es so viele Maßnahmen zur Förderung von Frauen gibt, warum ist die Benachteiligung in der Wissenschaft trotzdem immer noch aktuell?

MH: Ich frage mich manchmal, wie ich als Frau in der Wissenschaft überhaupt die Zeit dafür finden soll, mich an all diesen Workshops zu beteiligen. Ich bin in der sogenannten Rushhour des Lebens, denn einerseits versuche ich meine Karriere zu verfolgen, und andererseits versuche ich für meine Familie da zu sein. Meine Zeit ist also so eng getaktet, dass ich die ganzen Möglichkeiten und Maßnahmen, die uns jetzt zur Verfügung gestellt werden, gar nicht in Anspruch nehmen kann. Also da beißt sich die Katze in den Schwanz. Die institutionellen Maßnahmen thematisieren sozusagen unsere Probleme oder unsere Stellung als Frau, jedoch greifen sie gleichzeitig zu kurz: Die strukturellen Normen, dass Männer immer noch höher gewertet werden als Frauen, werden durch solche Maßnahmen überhaupt nicht angegriffen.

NW: Welche Veränderungen wünschen Sie sich für die Zukunft?

MH: Der Slogan »The personal is always political« ist mir ganz wichtig, denn die Arbeitswelt ist vom Privaten untrennbar sowie von gesellschaftlichen Strukturen durchdrungen. Als Frauen leisten wir in der Regel im Privaten mehr als Männer, weshalb wir anfangen müssen, Anekdoten aus unserem privaten Alltag in die Öffentlichkeit zu tragen. Diese dürfen aber nicht als lächerlich abgetan werden, sondern sie müssen Teil des Diskurses werden. Wenn wir die unsichtbaren Strukturen offenbaren und auch eine kulturelle Veränderung antreiben wollen, müssen wir anfangen, das Tabu des Privaten aufzubrechen. Denn es hilft nicht, die Frauen innerhalb der Arbeitswelt gleichzustellen, wenn sie im gesellschaftlichen Kontext oder vor allem im Privaten nicht gleichgestellt sind.

Nina Wolff studiert Politikwissenschaft im Bachelor. Ihr Interview mit Maren Hofius entstammt dem Seminar »Einführung in den Journalismus« bei Prof. Volker Lilienthal.

Barrieren im Studium.

Louisa Band und Kira Neumann über Studieren mit Beeinträchtigung an der Universität Hamburg

Im März 2019 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention zehn Jahre alt. Doch auch nach einem Jahrzehnt ist in der Gestaltung und Anwendung noch viel zu tun, um umfassende Inklusion auch an der Universität Hamburg zu erreichen. Vor diesem Hintergrund werfen Louisa Band und Kira Neumann einen Blick darauf, wie sich das Studieren von Menschen mit Beeinträchtigung im Laufe der letzten Jahre an der Universität Hamburg entwickelt hat. Was kann und muss aktuell noch umgesetzt und verinnerlicht werden, um das Studieren mit einer Behinderung zu erleichtern? Und wie sieht ein Alltag an der Universität aus Sicht eines Studierenden mit Behinderung aus?

Die meisten Schulabgängerinnen, die ihren Bildungsweg an der Universität Hamburg fortsetzen wollen, informieren sich über Informationsblätter, Flyer oder die Internetseite der Universität, auf denen allesamt das Bild des historischen Hauptgebäudes prangt. Die weißen Säulen und die grüne Kuppel sind unverwechselbar und jede Erstsemesterstudierende ist neugierig darauf, endlich durch die dunklen großen Eingangstüren zur ersten Vorlesung zu schlendern. An der Universität angekommen ändert sich der Blickwinkel aus Sicht einer neuen Studierenden mit einer Beeinträchtigung allerdings schlagartig. Statt auf die prunkvollen Säulen und das einladende Entrée fällt der Blick auf die unzähligen Treppenstufen. Bereits das bloße Eintreten in das Foyer wird hier zur ersten Prüfung des Semesters. Für einen Menschen, der nicht im Rollstuhl sitzt, sind diese Stufen kein Problem. Doch für eine Rollstuhlfahrerin sind sie geradezu unüberwindbar. Mit der mobilen Rampe in der Nähe scheint eine Lösung gefunden zu sein. Allerdings wurde sie irrtümlich zweckentfremdet, sodass angelehnte Fahrräder über die Rampe ragen und das Überqueren mit einem Rollstuhl unmöglich machen. »Die Herstellung baulicher Barrierefreiheit stellt eine Daueraufgabe dar«, sagt Maike Gattermann-Kasper, die Behindertenbeauftragte der Universität Hamburg. Es werden allmählich vorhandene Barrieren abgebaut, doch gerade für Bestandsgebäude kann »aufgrund der vorhandenen Gegebenheiten häufig keine optimale Lösung realisiert werden«, so Gattermann-Kasper. Die Tücken eines solch alten Gebäudes werden auch im Inneren sichtbar. Die im Erdgeschoss liegenden Räume bieten keinerlei Rollstuhlplätze, und so muss die Studierende auch mal auf der Bühne neben den Dozentinnen Platz nehmen. Die an der Wand leuchtende Präsentation der Vorlesung kann aus diesem

Blickwinkel nicht gut gesehen werden. Nebenbei wird die Studierende von hunderten Augenpaaren gemustert. So berichtet Luc Weilandt, querschnittsgelähmter Student der Psychologie im zweiten Semester, einen ähnlichen Vorfall aus seinem Studentenalltag. Bei seiner ersten Klausur wurde versäumt, im Vorlesungssaal einen Tisch für ihn bereit zu stellen. Zwar wurde er unter Applaus der anderen Studierenden vor allen auf die Bühne gehoben, um dort seine Klausur schreiben zu können, aber was harmlos erscheint, ist nur eine von zahlreichen Situationen, mit denen man als Rollstuhlfahrerin tagtäglich konfrontiert wird.

Und nicht nur das historische Hauptgebäude ist für Studierende im Rollstuhl ein holpriger Weg. Jeder Gang über den Campus und jeder Hörsaal bringt fragwürdige Herausforderungen mit sich. Neben den Gehwegen auf dem Campus, die zwar hier und da mit einzelnen Spuren an den Rollstuhl angeglichen worden sind, zieren kleine Pflastersteine das Bild des Campusgeländes. Außerdem führen die »rollstuhlfreundlichen« Spuren teilweise ins Nichts oder verbinden die Gebäude nur spärlich miteinander. Während nicht-behinderte Studierende über die Themen der Vorlesung und die Dozentinnen nachdenken, beschäftigt Luc sich auf seinem holprigen Weg zum Hörsaal mit ganz anderen Fragen: »Man fühlt sich einfach nicht so willkommen zu der Vorlesung. Also man kommt da zur Vorlesung hin, der Weg dahin ist halt schon eine Hürde, und es ist einfach schon nicht angenehm. Wenn ich zur Uni fahre, denke ich schon drüber nach, ob komme ich jetzt in den Raum rein oder nicht? Es ist immer alles sehr ungewiss und macht mir auch immer ein bisschen Angst. Das Ganze hat einen negativen Beigeschmack, und die Lust vergeht mir dann oft auch schon vorher.«

Er berichtet, dass ihn neben den Gehwegen besonders die Sitzgelegenheiten in den Hörsälen ärgern. Man sitze als Rollstuhlfahrerin entweder vor oder hinter allen anderen. Zudem oftmals noch ohne passenden Tisch und noch viel schlimmer: ohne Anschluss zu den Kommilitoninnen. Geht man als Gruppe von Studierenden gemeinsam zu einer Veranstaltung, scheiden sich spätestens bei der Platzwahl die Wege. Für jede Studierende mit oder ohne Behinderung ist die erste Woche an der Uni meist eine der Wichtigsten, um Kontakt zu anderen aus dem Jahrgang zu finden. In einem großen Vorlesungssaal findet man das Gespräch leicht mit den Leuten neben sich in den Reihen. Es wird über Kurse geplaudert, man lernt sich kennen und verlässt den Saal gemeinsam. Für jemanden im Rollstuhl sieht diese Gelegenheit jedoch anders aus. Auch Luc hatte Schwierigkeiten, da er von seinem vorbestimmten Platz im Saal nicht an die anderen Studierenden herangekommen ist. »Auf natürlichem Wege ist die Kontaktaufnahme dadurch schon sehr schwer. Du kannst ja keinen Rollstuhlfahrer einfach da zwischen die Reihen setzen, weil das jetzt halt alles so gebaut ist«.

Insbesondere soziale Kontakte sind der Schlüssel zu einem erfolgreichen Studium. Bei Themen wie bewusster Ausgrenzung durch andere Studierende kann Luc jedoch lächeln und entscheidend den Kopf schütteln. »Das Problem im Hör-

saal hat nichts mit den Studierenden zu tun, sondern ist halt eher das System, welches irgendwie noch nicht so funktioniert.«

Zu einem funktionierenden System könnte sich Luc ein jährliches Treffen aller Rollstuhlfahrerinnen mit Zuständigen der Universität wie Maike Gattermann-Kasper vorstellen, bei dem man sich über Veränderungen oder Verbesserungen zur Barrierefreiheit austauscht. Im Fokus sollte hierbei vor allem die Zusammenarbeit mit allen Studierenden jeglicher Beeinträchtigung stehen, denn eigentlich sollten sie die geeignetsten Expertinnen sein. Lucs Empfinden nach sollten es sich außerdem mehrere Rollstuhlfahrerinnen zur Aufgabe machen, über Berührungspunkte zwischen Behinderten und Nicht-Behinderten aufzuklären. »Es muss nicht sein, dass man sich als Rollstuhlfahrer versteckt.« Hierbei könnte auch die Universität selbst als Hilfestellung mit einbezogen werden und zum Beispiel Werbekampagnen mit Rollstuhlfahrerinnen in die Wege leiten, sodass ein Dialog zwischen allen Studierenden gefördert werden kann. Auch wenn es den jährlichen Diversity-Tag gibt, ist dieser vielen unbekannt und das spärliche Angebot regt nicht zum Vernetzen unter allen Studierenden an. Für Maike Gattermann-Kasper sollte jedoch das Zusammenleben der Studierenden untereinander von den Studierenden selbst oder deren Vertreterinnen gestaltet werden.

Auf die Frage, was Luc sich für Studierende mit Behinderung wünscht, ist die Liste nicht lang, aber gewichtig. Betroffenen sollte die Angst im Vorfeld genommen werden, etwa davor, nicht in Räume zu kommen und sich dadurch vor anderen lächerlich zu machen oder sich schlichtweg nicht willkommen zu fühlen. Mit dieser Aufgabe sollten Studierende mit Beeinträchtigung nicht alleine gelassen werden und auf Unterstützung von der Universität zählen können. Gesetze sind für Luc nicht der einzige Weg, um Verbesserungen im Alltag von Studierenden mit Behinderung zu bewirken. Schon die Motivation sollte ausreichen, auf Betroffene zuzugehen und nach ihren Bedürfnissen zu handeln. Für andere Studierende mit Behinderung hat Luc nur die Botschaft: »Macht einfach euer Ding.« Auch sollte nicht jeder Mensch in einem Rollstuhl besonders behandelt werden. Die meisten freuen sich über eine aufgehaltene Tür, was den Alltag an der Universität erleichtert. Die Veränderung beginnt im Kopf.

Louisa Band und **Kira Neumann** studieren im Bachelor Politikwissenschaft am Fachbereich. Dieser Beitrag entstand im Zuge des Seminars »Einführung in den Journalismus« bei Prof. Volker Lilienthal.

Sonderweg der Moderne.

Bernhard Koch über Jan Philipp Reemtsma, *Vertrauen und Gewalt*

Jan Philipp Reemtsma (*1952) ist Professor für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Hamburg. Er ist mit der Gründung des Hamburger Instituts für So-

zialforschung (HIS) und der Hamburger Stiftung zur Förderung der Wissenschaft und Kultur (beides 1984) Teil der Hamburger Wissenschaftsgeschichte geworden. Reemtsma ist mit Werken u.a. zu Christoph Martin Wieland, Arno Schmidt und Muhammad Ali hervorgetreten. *Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne* gilt als sein Hauptwerk.

Jan Philipp Reemtsma entstammt einer Familie, die mit der Zigarren- und Zigarettenproduktion vermögend geworden ist und die eine durchaus problematische Rolle im Dritten Reich gespielt hat, indem sie etwa NS-Parteiorganisationen mit Spenden unterstützte.¹¹⁷ Philipp Fürchtegott Reemtsma, der Vater von Jan Philipp, hat alle drei Söhne aus erster Ehe während des Zweiten Weltkriegs verloren – zwei davon sind als Soldaten gefallen. Jan Philipp entstammt einer zweiten Ehe nach dem Suizid der ersten Frau im Jahr 1939.

Von Haus aus Literaturwissenschaftler, und als solcher Professor an der Universität Hamburg, hat Reemtsma insbesondere über das Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) bedeutende Arbeiten im Bereich der historischen und soziologischen Gewaltforschung angestoßen und ermöglicht. Ich erinnere mich noch gut, welche Auseinandersetzungen es zu meinen Studienzeiten um die Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1945« in meiner Universitätsstadt München gab und wie ich als Student 1997 in einer langen Schlange am Marienplatz angestanden bin, um mich dann im Rathaus dicht an dicht an den Fotos vorbei zu drängen. Natürlich birgt so ein »Iconic Turn« in der Geschichtsschreibung Risiken, und in der Tat enthielt die erste Version der »Wehrmachtsausstellung« gravierende Fehler, aber Reemtsmas wissenschaftlicher Ernst hat zu einer Überprüfung und Neubearbeitung geführt und so auch auf diesem Weg der Forschung weitergeholfen. Andere wollten sich der Sachauseinandersetzung nicht stellen und haben auf die Ausstellung mit Gewalt und Krawall reagiert.

Jan Philipp Reemtsma ist aber nicht nur Mäzen und Förderer, sondern selbst als akademischer Autor profiliert. Seine Vorträge zu *Gewalt als Lebensform*, *Gewalt und Vertrauen* oder *Die Gewalt spricht nicht*, die im Reclam-Verlag erschienen sind, werden an Schulen und Universitäten als Klassiker der soziologischen Gewaltforschung gelesen. Seine Reflexionen über Folter und sein Eintreten für das Folterver-

117 Um sich nicht um das Geschäft mit den zahlreichen rauchenden Mitgliedern der NS-Parteiorganisationen zu bringen und in den Parteiorganen werben zu dürfen, hat die Familie fleißig an die Nazis gespendet. Insbesondere zu Hermann Göring baute sich ein recht intimes Verhältnis auf. Andererseits haben die Reemtsmas auch ihren jüdischen Geschäftspartnerinnen geholfen und den verfeimten Ernst Barlach unterstützt. Zur Familiengeschichte der Reemtsmas vgl. Erik Lindner 2007. *Die Reemtsmas. Geschichte einer deutschen Unternehmerfamilie*, München; Erik Lindner 2019. Zwölf Millionen für Göring. Die NS-Verstrickung deutscher Unternehmen ist noch immer nicht umfassend aufgeklärt, *Cicero. Magazin für politische Kultur* vom 19. August 2019.

bot im Rechtsstaat erfolgten vor einem lebensgeschichtlichen Hintergrund. 1996 wurde er selbst Opfer einer Entführung, und insbesondere Entführungen – man denke an Jakob von Metzler – beschwören ja immer wieder die Frage nach der sogenannten »Rettungsfolter« herauf.

Eine Art »Summe« zur Gewalt zog Jan Philipp Reemtsma in seinem 2008 in der Hamburger Edition, dem Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, erschienenen Buch *Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne*. Und obwohl niemand, der sich mit dem Thema der Gewalt wissenschaftlich auseinandersetzen will, an dem Band vorbeikommt, handelt es sich bei diesem Werk, wie der Untertitel zeigt, im Grunde nicht nur um eine gewaltsoziologische Studie, sondern um eine Theorie der Moderne. Der Zusammenhang von Vertrauen und Gewalt ist der Leitfaden, an dem Reemtsma die »Bedingungen und Besonderheiten des Sonderwegs der Moderne«¹¹⁸ deutlich machen will. Wie kommt es zu diesem »besonderen Legitimationsbedarf«, unter den die Moderne die Anwendung von Gewalt stellt? Was bedeutet diese Spannung zwischen dem Anspruch einer »maximal gewaltreduzierten Zukunft« und der tatsächlich ausgeübten Gewalt (sowohl als Mikro- als auch als Makrogewalt) in der Moderne? Weshalb rückt die Moderne trotz der Divergenz von Anspruch und Wirklichkeit nicht von ihrem Sonderweg der Gewaltpraxis trotz Gewaltächtung ab?

Zivilisationen, so Reemtsma, kennen Zonen von gebotener, verbotener und erlaubter Gewalt (191, 196). Die Moderne – »also jene europäisch-atlantische Kultur, die aus den Krisen des 16. und 17. Jahrhunderts hervorgegangen ist«¹¹⁹ – hat die Zone verbotener Gewalt ausgedehnt, aber Zonen erlaubter und sogar gebotener Gewalt sind geblieben. Um allerdings diese Gebiete betreten zu können, muss man sich bestimmter »Legitimationsrhetoriken« bedienen. Der Klassiker ist der Topos der Verteidigung: Gewalt wird ausgeübt, um Gewalt durch andere zu verhindern. Eine andere Legitimationsrhetorik besteht in der der Zivilisierung selbst (269ff.): Der »Barbar« muss gewaltsam zum zivilen Leben geführt werden; der »Verräter« – so die »Rhetorik der eschatologischen Säuberung« (307ff.) – behindert die revolutionäre Entwicklung und muss mit Gewalt aus dem Weg geschafft werden. Das Ziel – oder besser, das rhetorisch als solches ausgegebene Ziel – ist die gewaltfreie Gesellschaft, also die moderne Utopie. Die Realität bleibt aber gewaltsam. Die »Rhetorik des Genozids« geht noch einen Schritt weiter: Die Feindinnen sind nicht zu solchen *geworden* wie in der eschatologischen Säuberung, sondern sie *sind* es von

118 Jan Philipp Reemtsma 2008. *Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne*, Hamburg, 9; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

119 Vgl. Jan Philipp Reemtsma 2008. *Die Natur der Gewalt als Problem der Soziologie*, in Karl-Siegbert Rehberg (Hg.). *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Frankfurt a.M., 42–64, 45. In diesem Eröffnungsvortrag fasst Reemtsma selbst die wichtigsten Thesen und Argumente seines (etwas später erschienenen) Buches zusammen.

Geburt an. Das Dasein selbst enthält in sich den Grund des Vernichtet-werdens-müssens. Die Rhetorik des Genozids stellt einen Bruch mit der Moderne dar, weil sie Gewalt selbst »zum Lebensprinzip der Volksgemeinschaft erklärt« (317).

Reemtsmas »phänomenologische« Unterteilung physischer Gewalt in »lozierende«, »raptive« und »autotelische« Gewalt (104-124) fehlt heute in keiner Überblicksdarstellung der Gewaltforschung. Der Gründer des HIS versucht hier wegzukommen von den Gewalterklärungen, die sich in Spekulationen über die Gewalttäterinnen ergehen (»Was wollte er?«, »Wie kam sie dazu, das zu tun?«) und stattdessen prosaisch auf die Gewalttat selbst zu sehen: Was passiert hier? Moralische (Vor-)Verurteilungen, Entschuldigungen oder Freisprüche müssen dringend vermieden werden. Ein nüchterner Blick auf das Phänomen¹²⁰ soll die durch Moralismen und andere normative Voreinstellungen verzerrten Deskriptionen von Gewalt ersetzen. Der »lozierenden« Gewalt ist der Körper der anderen im Weg; er muss einen anderen Ort bekommen. Wer »raptive« Gewalt ausübt nutzt den Körper der anderen für seine eigenen – vorrangig sexuellen – Befriedigungen. Die »autotelische« Gewalt aber ist nicht instrumentell. Sie folgt keiner Mittel-Zweck-Vernünftigkeit und ist damit in der Moderne überhaupt nicht rational nachvollziehbar. Dennoch ist sie in der Moderne präsent und in der »Rhetorik des Genozids« kann sie bis zur Idealisierung, bis zur »Heiligsprechung« (318) geadelt werden. Dort wo das eigentlich moderne soziale Vertrauensverhältnis, nämlich jenes, das in einer wechselseitigen Stabilitätserwartung in eine funktional differenzierte Gesellschaft besteht, die durch das Gewaltmonopol eines Staates abgesichert ist – dort, wo dieses Vertrauensverhältnis enttäuscht wird, kann es zur »Gewalt als Lebensform« kommen, also zum Vertrauen *in* Gewalt: »Vertrauen braucht Praxen, die es stabil halten; werden diese entschlossen destabilisiert, tritt – denn man kann nicht nicht vertrauen – an deren Stelle das Vertrauen in die destabilisierenden Praxen: Eine neue Stabilität etabliert sich, hier ist es das Vertrauen in die Gewalt« (335).

Ute Frevert hat in ihrer Besprechung von Reemtsmas *Opus magnum* diesen entscheidenden Schritt nicht als überzeugend empfunden. Das Problem liege bereits im Vertrauensbegriff des Autors, der als Stabilitätserwartung zu sehr im Psychologischen stecken bleibe. Damit ähnele er mehr der »Zuversicht« oder dem »Zutrauen«. Aber personales oder soziales Vertrauen benötigt noch mehr. Sie »kommen nicht ohne die Annahme aus, dass der Vertrauensnehmer in meinem Interesse handelt und an meinem Wohlergehen interessiert ist«.¹²¹ Die Diskussion gewinnt hier eine ähnliche Dynamik wie in der Friedenswissenschaft: Der negative Frieden

120 Zum Phänomenbereich, den Reemtsma untersucht, gehören aber nicht nur empirische oder historische Tatsachen, sondern auch Beispiele aus der Literatur. Dieses Verfahren hat selbstverständlich Kritik herausgefordert, aber andererseits wird in der Tat der Möglichkeitsraum des Menschlichen auch in der Literatur erschlossen und nicht nur in der Geschichte.

121 Ute Frevert 2019. J.P. Reemtsma: Vertrauen und Gewalt, *H/Soz/Kult* vom 29. Januar 2019.

kann durch positives Recht gesichert werden, denn zur unfallfreien Koordination von Prozessen reichen Steuerungsregeln aus. Positiver Frieden aber verlangt eine Hin- und Zuordnung, die über bloße Koordinierungsprobleme hinausgeht und menschliche Haltungen und Einstellungen miteinschließt. In dieser Parallele wäre Reemtsmas Vertrauensbegriff selbst nur ein »negativer«: Erwartung von Stabilität. Positives Vertrauen müsste aber die Erwartung von Zuneigung umfassen. Die auf- und überaufgeklärte Moderne traut sich dies kaum mehr zu. Sie ist für Reemtsma gekennzeichnet durch eine tiefe Heuchelei. »Friedensethikerinnen« stellen hier gewissermaßen die Spitze der Pyramide der Heuchlerinnen dar, denn auch sie rechtfertigen Gewalt, und dies mit ausdrücklichem Bezug auf den Frieden, den sie in und mit ihrem Rechtfertigungshandeln unterlaufen.

Im Grunde wird für Reemtsma die Gewalt als solche bis in unsere Zeit verdrängt. Es ist Teil des Umgangs der Moderne mit der Gewalt, dass sie zu wenig ernst genommen wird – gerade in ihrem Vorkommen als autotelische. Die Soziologie unserer Zeit macht für ihn hier keine Ausnahme: Auch sie ist Teil der modernen »Coping-Strategie« (467). Aus heutiger Sicht aber wird man an Reemtsmas Buch nicht nur die Mahnung schätzen, sich dem Thema der Gewalt in einem eigentlicheren Sinne zuzuwenden, sondern auch den Schwerpunkt, den er auf das Phänomen des Vertrauens legt. Wie wichtig Vertrauen für eine moderne Gesellschaft ist, lässt sich vielleicht durch die in den westlichen Ländern so angewachsenen Debatten um Migration und Integration illustrieren, die Reemtsma noch nicht ausdrücklich in den Blick nahm. Sind es auch Ängste, die durch Vertrauensverluste in die Kontrollmöglichkeiten der Staaten bei einem Teil der Menschen entstanden sind, die zu Friktionen in den Gesellschaften geführt haben? Möglicherweise ist es hier nicht immer hilfreich, auf empirische Fakten zu verweisen, denn Vertrauen gründet nicht nur auf Faktizität und Statistik. Aber Gewalt kann auf dem Verlust von Vertrauen beruhen bzw. auf einem Wandel des Vertrauens oder noch genauer, auf dem Wandel des Objekts von Vertrauen. Aus dem Vertrauen in den Staat kann ein Vertrauen in Gewalt werden, sagt Reemtsma. Hier scheint mir eine große Linie politischen Denkens von Platon bis Reemtsma zu führen: Gute Politik zeichnet sich nicht dadurch aus, dass sie lediglich materielle Güter vermehrt, sondern dadurch, dass sie »Hearts and Minds« zusammenhalten kann. Die Vermehrung von Gütern kann hier zwar instrumentell hilfreich sein, aber wenn sie zum Selbstzweck wird, verfehlt Politik ihr eigentliches Ziel: den Frieden in der Gesellschaft zu sichern. Die Reflexion über das Politische beginnt mit einer Reflexion über den Menschen. Reemtsma ist gegenüber Platon insofern im Vorteil, als der Mensch erst im 20. Jahrhundert eine so erschreckende Seite von sich offenbart hat, dass keine Reflexion daran – an dieser Seite und am Erschrecken – mehr vorbeikommen kann.

Bernhard Koch ist stellvertretender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Hamburg und Lehrbeauftragter am Fachgebiet Politikwissenschaft der Universität Hamburg. Zu seinen Arbeitsgebieten zählen das humanitäre Völkerrecht und die Theorie des gerechten Krieges.

Ein methodologisches Manifest.

Vincent August über Wolfgang Knöbl & Thomas Hoebel, *Gewalt erklären!*

Wolfgang Knöbl (*1963) hat 2015 die Leitung des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) von Jan Philipp Reemtsma übernommen. Verbunden sind beide durch ihr langjähriges Interesse an der Erforschung von Gewalt. Von 2002 bis 2015 hatte Wolfgang Knöbl eine Professur für Soziologie an der Universität Göttingen inne, seit 2017 an der Leuphana Universität Lüneburg.

Unter den Titel »Gewalt erklären!« ließe sich auch das Gesamtwerk von Wolfgang Knöbl stellen – oder zumindest gewichtige Teile davon. Über lange Zeit hätte die Aufforderung dabei wohl den ersten Teil betont: *Gewalt erklären!* Denn Knöbl hat immer wieder gegen die Gewaltvergessenheit der Moderne angeschrieben. Begonnen von seiner Dissertation über *Polizei und Herrschaft im Modernisierungsprozess*¹²² bis hin zu *Kriegsverdrängung*¹²³ lautete die Kritik, dass Gewalt in der Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaften allzu oft keinen Platz habe – und das, obwohl sie doch allenthalben mit Gewalt konfrontiert seien und Staaten diese Gewalt nicht zuletzt selbst ausüben. In dem neuen Band, den Knöbl zusammen mit Thomas Hoebel verfasst hat, hat sich die Betonung nun auf das Verb *erklären* verschoben.¹²⁴

Die beiden Autoren kritisieren die sozialwissenschaftliche Gewaltforschung dafür, dass »keine nennenswerte wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung mit den Prämissen, Problemen und Perspektiven der Erklärung von Gewalt« (13) stattfindet. Dieser Umstand habe in ein Dilemma geführt. Denn die unterschiedlichen Positionen der Forschung verharren darin, sich gegenseitig zu kritisieren, finden hieraus aber keinen Ausweg. Diesen wollen die Autoren nun mit ihrem *Plädoyer für eine entdeckende Prozesssoziologie* anbieten. Dieses Plädoyer kann man auch als Standortbestimmung lesen, mit der sich der »neue« Direktor des Hamburger Instituts für Sozialforschung von der Ausrichtung seines Vorgängers Jan Philipp

122 Wolfgang Knöbl 1998. *Polizei und Herrschaft im Modernisierungsprozess. Staatsbildung und innere Sicherheit in Preußen, England und Amerika 1700-1914*, Frankfurt a.M. & New York.

123 Hans Joas & Wolfgang Knöbl 2016. *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*, Frankfurt a.M.

124 Thomas Hoebel & Wolfgang Knöbl 2019. *Gewalt erklären! Plädoyer für eine entdeckende Prozesssoziologie*, Hamburg; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

Reemtsma abgrenzt. Denn dieser habe sich nicht nur explizit von Erklärungsansprüchen distanziert; sein Hauptwerk sei auch deshalb »nicht nennenswert forschungsleitend« geworden (22).

Der erste große Gewinn, den man aus diesem Buch zieht, ist, dass es mutig Schneisen durch die inzwischen doch große Anzahl an gewaltsoziologischen Arbeiten zieht. Der Band bietet allerdings keine Übersicht im Sinne einer Einführung, sondern ordnet die Forschung über ihre Methodologien. Dafür stellen die Autoren drei sehr unterschiedliche Herangehensweisen vor, um Gewalt zu erklären. Die erste Heuristik konzentriert sich auf *Motive*, die zweite auf *Situationen*, die dritte auf *Konstellationen*.

Bei der Rekonstruktion der Heuristiken fördern die Autoren dann immer wieder methodologische Schwierigkeiten zu Tage. Zunächst erörtern sie die zahlreichen – und bekannten – *Herausforderungen der Motiverschließung*, die allzu oft dazu führen, Motive einfach zu unterstellen. Vor diesem Hintergrund leuchten andere Ansätze ein, die nicht Motive, sondern Situationen und Interaktionen zur Ursache von Gewalt erklären. Doch dieser *mikrosoziologische Ansatz* halte laut den Autoren den Situationsbegriff nicht nur notorisch unscharf, um je nach Bedarf die notwendigen Elemente der Erklärung zu integrieren; er könne ganz häufig doch nicht auf individuelle Motive oder strukturelle Konstellationen verzichten, um Wahlalternativen und -entscheidungen zu erklären. Eine *letzte Alternative* bestehe dann darin, die Ursachen von Gewalt gar nicht auf der Mikroebene zu suchen. Die Heuristik der Konstellation setzt dabei entweder bei sogenannten Gewalträumen oder bei Organisationen an. Während die Vertreterinnen von Gewaltraum-Thesen für ihre »Metapheritis« (106) hart kritisiert werden, kommt der organisationale Ansatz besser weg, weil er zumindest das Verhältnis von generalisierten Erwartungen und individuellen Freiheitsgraden thematisieren könne.

Letztlich überzeugt aber keiner dieser Ansätze die Autoren, weil sie bei allen drei Heuristiken ähnliche Probleme sehen: Erstens explizieren sie ihre Erklärungsmodelle nicht; ja, viele sprechen sich ausdrücklich gegen einen Erklärungsanspruch aus, um dann unter der Hand doch Erklärungen anzubieten. Und zweitens kommen sie bei solchen Erklärungsversuchen ohne die jeweils anderen Heuristiken doch nicht aus. Beide Probleme gilt es also zu lösen: eine Bestimmung von Erklärung und eine Integration der Perspektiven.

Das erste Problem, *die Bestimmung von Erklärungen*, hat in der sozialwissenschaftlichen Debatte eine lange Tradition. Keine Einführung in die Methodenlehre kommt ohne eine Sitzung zum Hempel-Oppenheim-Schema aus. Die Autoren wenden sich jedoch offensiv gegen diesen Ansatz. Sowohl das Erklärungsmodell als auch das inhärente Kausalitätsverständnis des nomologischen Ansatzes ist ihnen zu eng (48). Denn er lasse nur invariante Ursache-Wirkungs-Beziehungen als Kausalität gelten, was einer wissenschaftstheoretischen Kritik längst nicht mehr standhalte (52ff.). Statt sich aber – wie manche Kritikerinnen – von Kausalitäts-

und Erklärungsmodellen gänzlich zu verabschieden, plädieren die Autoren für das prozessuale *Konzept der Verursachung*: Kausalität sei in der Zeitdimension, der Abfolge von Ereignissen und Ereignissequenzen, zu suchen, ohne dass sie mit dem Anspruch auf Universalität und Unausweichlichkeit einhergeht. Die dazu passende *Form der Erklärung* seien dann *Narrationen*, weil sie zeitliche Abläufe ernstnehmen, variable Zugänge erlauben und die Beobachtung von Kausalität als Konstruktion des Beobachtenden inszenieren.

Das zweite Problem, die *Integration der Heuristiken*, wird in einer ähnlichen Bewegung angegangen. Denn der erste Ansatzpunkt wäre dafür, auf das Mikro-Makro-Schema und das sogenannte Modell der soziologischen Erklärung zurückzugreifen. Auch diesem Modell weisen die Autoren zunächst meisterlich Inkonsistenzen nach, um sich dann gänzlich von Mikro-Makro-Modellen zu verabschieden. Dafür sehen sie insbesondere Niklas Luhmanns Vorschlag als »außerordentlich instruktiv« an (142). Dieser unterschied zwischen drei Typen der Systembildung, nämlich Interaktion, Organisation und Gesellschaft, ohne allerdings eine Hierarchie oder überhaupt zeitstabile Verhältnisse zwischen ihnen anzunehmen.¹²⁵ Vielmehr können sich potenziell alle drei Formen in ein und demselben Ereignis abspielen. Diese Idee findet sich dann auch in dem Modell prozessualen Erklärens wieder, das die Autoren anbieten.

Die Kernidee des vorgeschlagenen Modells besteht darin, Temporalität »ins Zentrum kausaltheoretischer Erörterungen zu rücken«: Die »*Verursachung* eines Vorgangs/Sachverhalts liegt in der besonderen Sequenzialität eines Geschehens« (159). Das besage nichts anderes, als dass a als eine Ursache von c gilt, wenn in einer Kette c nicht ohne b und b nicht ohne a stattgefunden hätte. Es ist also vor allem das Timing der Ereignisse, ihr transitiver Ablauf, der erklärt. Im Verlauf der Sequenzen aktualisieren die Akteure jedoch andere Verhaltenserwartungen, die nicht erst in der Situation entstehen, sondern in dieser »nur« aktualisiert werden. Es kommen also weitere Elemente in die kausale Erklärung hinein (167ff.). Paradigmatisch dafür sind generalisierte Erwartungen, die Akteure im Laufe ihrer eigenen Geschichte ausbilden, denen sie aber auch von anderen ausgesetzt sind – zum Beispiel durch den Eintritt in eine Organisation. Forscherinnen müssen diese generalisierten Erwartungen (Eintrittsentscheidungen in die Organisation, Mitgliedschaftserwartungen) in die Erklärung einbeziehen, allerdings nur insofern sie nachweisen können, dass sie in der Situation tatsächlich relevant sind. Man müsse daher vier Elemente der Situation besonders untersuchen: *temporaler Ablauf*, *generalisierte Erwartungen*, die *Historizität der Akteure* und das Bindeglied zwischen diesen Aspekten – die *Indexikalität*.

125 Niklas Luhmann 1975. Interaktion, Organisation, Gesellschaft, in ders. *Soziologische Aufklärung. 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*, Opladen, 9–20.

Dieses Modell spielen die beiden Autoren an zwei Beispielen durch: den Massenerschießungen des Reserve-Polizeibataillons 101 im Juli 1942 und dem Angriff auf die Redaktion der Zeitschrift *Charlie Hebdo* im Jahr 2015 (161ff.). Im Falle der Massenerschießungen argumentieren sie, dass der weitgehend widerstandslose Ablauf sich am besten mit dem Zeitpunkt erklären lässt, an dem die Polizisten von der auszuführenden Tat erfahren, weil sie zunächst in einen ›üblichen‹ Ablauf eingespannt waren und im Moment ihres Tatwissens kaum über Absprache- oder Exit-Optionen verfügten. Im Falle von *Charlie Hebdo* argumentieren sie, dass die Terroristen so lange die Initiative behalten konnten, weil sie immer wieder zu einem Zeitpunkt auf die Einsatzkräfte zustürmten, an dem dies nicht zu erwarten wäre. In beiden Fällen formen also generalisierte Erwartungen ›richtigen‹ Verhaltens die Abläufe mit: Im ersten Fall ist es die gegenseitige Erwartung arbeitsteiliger Unterstützung, die den Ablauf der Erschießungen vorantreibt; im zweiten Fall ist es die Erwartung und Inszenierung des Märtyrertums, mit der die Terroristen die Einsatzkräfte überrumpelten.

Wie die Beispiele zeigen, bleibt das Erklärungsprogramm damit doch ziemlich ›mikro-skopisch‹. Zwar betonen die Autoren wiederholt, dass dem nicht so sein müsse, dass prozesssoziologisches Erklären »natürlich nicht von derartigen sequenziellen Ereignisrekonstruktionen« abhängt, dass es »sich nur um eine von vielen möglichen Vorgehensweisen« handele – gleichzeitig stellen sie aber auch wiederholt fest, dass die Prozesssoziologie »bei der möglichst detaillierten Untersuchung von vergleichsweise kleinräumigen ›Szenen‹« ansetze (188). Diesen gilt dann auch die methodische Feinarbeit, weil die minutiöse Rekonstruktion des Ablaufs die Kausalitätsbehauptung verbürgt.

Infolgedessen bleiben aber zwei Dinge unklar: *Erstens* müsste man fragen, wie eigentlich die generalisierten Erwartungen in Organisationen oder noch ›größeren‹ sozialen Zusammenhängen zu erschließen wären. Denn man kann ja nicht voraussetzen, dass diese unmittelbar evident sind, dass man sie einfach benennen könnte. *Zweitens* stellt sich die Frage, inwiefern das skizzierte Programm genutzt werden kann, um langfristige gesellschaftliche Entwicklungen zu erklären. Denn hier wird es nicht möglich sein, lückenlos kleinräumige Szenen aneinanderzuschließen, um eine Erklärung anzubieten. Gerade weil der Ansatz die erklärende Kraft temporaler Abläufe betont, könnte er die historische Arbeit als ein Kerngeschäft der Sozialwissenschaften profilieren. In dem (freilich schmalen) Band findet man aber kein solches Plädoyer. Bei beiden Aspekten könnte vielleicht die politische Ideengeschichte weiterhelfen, weil sie gleichermaßen die Analyse von konkreten Kontexten und von längerfristigen Veränderungen umtreibt. Umgekehrt könnte diese zwei Anregungen mitnehmen: Einerseits illustriert der Band Wege, um die situative Performanz von Wissen und Ideen zu analysieren; andererseits manifestiert er den Erklärungsanspruch historisch-hermeneutischer Ansätze.

Eine dritte kritische Bemerkung betrifft allerdings zwei wichtige Begriffe dieses Erklärungsprogramms, nämlich Zeit und Narrativ. Mit dem Fokus auf *Zeitlichkeit* schließt der Band an eine jüngere Entwicklung an. In den USA wurde sie vor allem von Andrew Abbott vorangetrieben, dessen Vorschläge sich hier vielfach wiederfinden. In Deutschland ging sie hingegen von Niklas Luhmann aus, der die Zeitvergessenheit anderer Ansätze scharf kritisierte und dann Temporalität ins Zentrum seiner Theorie stellte. Nach Hartmut Rosa haben daran nun auch Knöbl und Hoebel angeschlossen, ohne sich freilich in die Sozialtheorie einkaufen zu wollen. Da wir uns aber schon auf dem Bereich einer wissenschaftstheoretischen Grundlagenarbeit befinden, wäre es durchaus interessant gewesen zu erfahren, was Zeit für sie ist – und ob sie dafür wiederum an systemische Konzepte anschließen würden.

Eine ähnliche Nachfrage gilt für den Begriff des *Narrativs*. Während die Autoren zum Beispiel Randall Collins dafür kritisieren, dass er seinen explanatorisch zentralen Begriff der Situation nicht klar genug fasst, könnte auch hier durchaus noch nachgeschärft werden – vor allem angesichts der vielfältigen Verwendungen in Sozial-, Kultur- und Literaturwissenschaft: Von welchen anderen sprachlichen Formationen oder Genres grenzt er sich ab? Sind Narrative – im Gegensatz zu Narrationen – bereits typisierte, generalisierte Plots, wie Albrecht Koschorke argumentiert?¹²⁶

Doch dies sind Nachfragen, die zeigen: Dieses erfrischend knappe Werk liefert geradezu ein wissenschaftstheoretisches Propädeutikum, das über die Gewaltforschung hinaus lesenswert ist. Denn für die sozialwissenschaftliche Forschung insgesamt dürfte sowohl die Diskussion der Heuristiken als auch die fundierte Kritik an jenen soziologischen Erklärungen instruktiv sein, die ausschließlich auf lineare Kausalität und überzeitliche Gesetze abstellen. Tatsächlich orientiert sich deren Denken an einer Physik des 18. Jahrhunderts, die auch in den Naturwissenschaften längst nicht mehr vertreten wird. Darauf hatte bereits die Kybernetik hingewiesen, deren Kritik Luhmann früh fruchtbar machte. Aber auch die aktuelle Debatte über mechanistische Erklärungen verarbeitet nicht zuletzt die Unzufriedenheit mit diesen Ansätzen.

Indem die Autoren an diese Kritiken an- und mit der Gewaltsoziologie kurzschließen, liefern sie einen fruchtbaren Beitrag zu Wissenschaftstheorie und Gewaltforschung. Damit führen sie auch zwei zentrale Leistungen von Theoriearbeit vor: Einerseits kann sie die zahllosen Einzelforschungen einer Disziplin davor bewahren auseinanderzufallen, indem sie sie systematisch rekonstruiert und ordnet. Und andererseits kann sie eine wissenschaftstheoretische Reflexion anbieten, weil sie unterschiedliche Zugänge beobachtet und evaluiert.

126 Albrecht Koschorke 2012. *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer allgemeinen Erzähltheorie*, Frankfurt a.M., 30.

Theoriearbeit übernimmt damit eine Integrationsfunktion und gibt neue Impulse. Auch dies kann man aus dem Band lernen.

Vincent August ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Berliner Humboldt-Universität. Er war Gastwissenschaftler am WZB und an der UC Berkeley. Seine Dissertation widmete sich dem Aufstieg von Netzwerk-Ideen in den politischen Theorien und Praktiken westlicher Gesellschaften. Kürzlich erschien ein Band über die omnipräsenten Rufe nach mehr Transparenz: *Der Transparenz-Imperativ* (mit Fran Osrecki).

Gratwanderung zwischen Wissenschaft und Politikberatung. Marcel Krone über das Friedensgutachten 2019

Das Friedensgutachten ist seit Jahrzehnten eine der wichtigsten Institutionen deutscher Friedensforschung und wissenschaftlicher Außenpolitikberatung. Eines der herausgebenden Institute ist das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). In diesem Beitrag rekonstruiert Marcel Krone die zentralen inhaltlichen Schwerpunkte des Friedensgutachtens 2019 und reflektiert über die Gratwanderung zwischen unabhängiger Forschung und intervenierender politischer Beratung.

Das Friedensgutachten wird von den vier führenden Friedensforschungsinstituten in Deutschland seit 1987 jährlich herausgegeben, dabei handelt es sich um das Bonn International Center for Conversion (BICC), das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF). Sinn und Zweck dieses Gutachtens ist es, verschiedene internationale Konfliktsituationen zu betrachten, diese aus wissenschaftlicher und vor allem friedensstrategischer Perspektive zu bewerten und abschließend daraus Handlungsempfehlungen für die deutsche bzw. europäische Sicherheitspolitik abzuleiten. Die Themengebiete sind hierbei, innerhalb der sechs großen Kapitel (seit 2018 neues Format: fünf thematisch feststehende Bereiche, plus ein Fokus-Kapitel für aktuelle Konflikte), äußerst vielfältig und beschäftigen sich u. a. mit der nuklearen Weltordnung, transnationalen Migrationsbewegungen, der Bedeutung von Institutionen für die globale Friedenssicherung und dem Gefahrenpotenzial von Hass im Netz.

An fünf dieser Kapitel sind Autorinnen aus Hamburg direkt beteiligt. Zudem hat am 4. Juni 2019 die wissenschaftliche Direktorin des IFSH, Prof. Dr. Ursula Schröder, zusammen mit den Leitungen der drei anderen Institute das Friedensgutachten auf der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt. Dieser Vorgang ist Teil der jährlichen Veröffentlichung des Gutachtens und ein Grund für seine re-

lativ hohe Medienwirksamkeit. Außerdem wird es anschließend mit den entsprechenden Bundestagsausschüssen (zum Beispiel Auswärtiger Ausschuss, Verteidigung), mit bestimmten Abteilungen von Ministerien (AA, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung etc.) und mit interessierten Arbeitskreisen der Parlamentsparteien oder Vertreterinnen der Friedensbewegung diskutiert; es versteht sich folglich als Instrument der Politikberatung.

Die Politikwissenschaft im Speziellen, vermutlich aufgrund ihrer naturbedingten Nähe zu den wichtigen Themen im politischen Diskurs, führt im Grunde seit Ewigkeiten einen mehr oder weniger stillen Kampf über ihre eigene Rolle und ihr Verhältnis zur Politik. Versteht man sich als »objektive« Beobachterinnen der politischen Arena, die sich vor normativen Bewertungen in Acht nehmen oder aber als kritische Stimme, die vom Spielfeldrand ihren Unmut über das taktische Vorgehen der Spielerinnen unüberhörbar Aufmerksamkeit zu verschaffen sucht? Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, sich direkt in die zum Teil gnadenlose Unübersichtlichkeit dieser Arena hinab zu begeben und beispielsweise in der Politikberatung das System von innen beeinflussen zu wollen. Diese bei weitem nicht erschöpfende Liste an Positionen zeigt, wie schnell (Politik-)Wissenschaft in einen Glaubenskampf ausarten kann. Dabei sind die Übergänge zwischen diesen Möglichkeiten keinesfalls eindeutig definierbar und von vielen Grauzonen geprägt, die diese Diskussion zusätzlich erschweren.

Aus diesem Grund ist der Ansatz, den das Friedensgutachten verfolgt, aus der Sicht einer Politikwissenschaftlerin bemerkenswert, da hier die eigentliche Intention in keiner Weise versucht wird zu kaschieren: Es ist im Kern eine schonungslose Aufarbeitung insbesondere der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik, die nicht mit Kritik spart und in einigen Teilen gar einer Abrechnung gleicht. Diese Feststellung mag weniger überraschend sein, wenn man sich über die interdisziplinäre Natur der Entstehung dieses Gutachtens im Klaren ist (u.a. Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Geographie, Naturwissenschaften). Dennoch ist die teilweise fast herausfordernde Wortwahl ein äußerst erfrischendes, aber auch ungewöhnliches Stilmittel. Bereits in der einleitenden Stellungnahme werden Formulierungen genutzt wie »von der Bundesregierung erwarten wir...«, »Ein Umsteuern ist erforderlich«, »...muss eine dauerhafte Umkehr von dieser fatalen Politik einleiten« oder das im Vergleich noch zurückhaltende »die Empfehlung des Friedensgutachtens dazu lautet...«. ¹²⁷ Die Autorinnen dieses Gutachtens positionieren sich nicht als Bittstellerinnen an die Bundesregierung, sondern scheinen gerade aus der

127 Bonn International Center for Conversion BICC, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSKF, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg IFSH, Institut für Entwicklung u. Frieden INEF 2019. *Friedensgutachten 2019. Vorwärts in die Vergangenheit? Frieden braucht Partner*, Berlin, 7-11; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

Sicherheit ihrer Expertise heraus das Selbstbewusstsein zu besitzen, Forderungen zu stellen. Natürlich ist aber auch das Friedensgutachten an sich, ebenso wie die gesamte Friedensforschung, bereits im Kern ein äußerst normatives Unterfangen, bei dem man sich sicherlich schwer tun würde, keine expliziten Handlungsempfehlungen zu geben. Und so bietet jedes Kapitel, inklusive der Einleitung, zu Beginn eine einseitige Übersicht dieser Empfehlungen, die teilweise nahezu vollständig konträr zum derzeitigen Kurs stehen.

Doch wie genau sehen diese nun aus? Bereits den Titel des Gutachtens *Vorwärts in die Vergangenheit? Frieden braucht Partner* kann man als bewusste Kritik an den internationalen Entwicklungen der letzten Jahre verstehen. Darauf aufbauend wird im zweiten Satz der einleitenden Stellungnahme fast schon verbittert konstatiert: »Errungenschaften der multilateralen Kooperation, die das friedliche Zusammenleben weltweit sichern halfen, werden Stück für Stück über Bord geworfen« (5). Nach Einschätzung der Autorinnen ist also die momentane Marschrichtung internationaler Politik rückwärtsgewandt; zurück in eine Zeit des Kalten Krieges als Abschreckungspolitik das Mittel der Wahl war und Diplomatie als Schwäche ausgelegt wurde. Und auch wenn die Bundesregierung nicht direkt Schuld sei an der Degenerierung des internationalen politischen Systems, so sieht das Friedensgutachten Verbesserungspotenzial in signifikantem Umfang in Bezug auf die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik. Hierbei sollte das Ziel nicht sein, »eine bloße Rückkehr zur alten Ordnung« zu forcieren, da viele der aktuellen Probleme zu komplex seien und neue Lösungsansätze erforderten.

Das deutsche Verhalten bezüglich der globalen Nuklearordnung zum Beispiel wird vom Gutachten als zu passiv kritisiert und eine stärkere Positionierung in Richtung einer nuklearwaffenfreien Welt gefordert. Gerade in einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten unter Donald Trump sich zunehmend als unzuverlässiger und rückwärtsgewandter Partner entpuppen, müsse die Bundesregierung ihre Bemühungen intensivieren, Gespräche und wenn möglich Kooperationen auf der internationalen Bühne initiieren; zum einen im Verbund mit den Staaten des Verbotsvertrages, aber auch insbesondere zwischen Nuklearwaffenstaaten wie den USA, Russland und China (26, 42). Errungenschaften wie der INF-Abrüstungsvertrag dürften nicht einfach alternativlos aufgekündigt werden, denn in der momentanen politischen Lage seien bilaterale Abrüstungsverträge eine der wenigen wirklich gangbaren Optionen (34). Zudem müsse die Möglichkeit geprüft werden, die sogenannte »nukleare Teilhabe« zu reduzieren, denn Deutschland stehe momentan zu sehr zwischen den Stühlen von Nuklearwaffenstaaten und Verbotsbefürworterinnen. Dies zeige sich auch durch die Position der Bundesregierung, dass der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und der Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) unvereinbar seien, was dem Gutachten zufolge unbedingt revidiert werden müsse, da das eine langfristig nicht ohne das andere stattfinden könne (39ff.).

Auch die direkte Außenpolitik der EU bzw. Deutschlands wird kritisiert, insbesondere im Fall Mali »versuche die EU mit ihrer Stabilisierungspolitik vorwiegend europäische Interessen durchzusetzen« (8, 46). Und diese bestünden darin, den malischen Staat zu stärken, somit das Konfliktpotenzial in der Region zu senken und mögliche Flüchtlingsbewegungen im Keim zu ersticken. Dass der malische Staat als korrupt und eng verwoben mit »kriminellen und teilweise auch dschihadistischen Gruppen« gelte, werde dabei absichtlich ignoriert. Vielmehr müsse die Sicherheit der Bevölkerung bei derartigen Vorhaben Priorität besitzen, denn Partnerschaften, die zu Menschenrechtsverletzungen und anderen Gräueln führen, seien nicht nur moralisch inakzeptabel, sondern würden auch langfristig das eigentliche Ziel der Stabilität in den besagten Regionen in Gefahr bringen (62ff.).

Zu einem ähnlichen Urteil gelangt das Gutachten auch in Bezug auf die Migrationspolitik der EU und konstatiert: »Die EU ist kein Vorreiter für humane Flüchtlingspolitik. Im Gegenteil: Sie schottet sich ab und setzt auf problematische Partnerschaften. Die EU hat die tödlichsten Außengrenzen weltweit« (9). Vor allem die Entwicklungszusammenarbeit werde zu häufig als Instrument der Migrationskontrolle missbraucht. Insgesamt sei ein Politikwechsel unbedingt vonnöten, der vor allem die Möglichkeiten legaler Migration drastisch ausbaut und somit die tödliche Überfahrt übers Mittelmeer obsolet macht (88).

In Bezug auf Russland empfiehlt das Friedensgutachten einen stärkeren Dialog, insbesondere da seit dem Ukraine Konflikt bewährte Formate der Konfliktregulierung nicht mehr zu funktionieren scheinen. Es sei nicht förderlich, die Abschreckungspolitik des Kalten Krieges wiederzubeleben; man müsse vielmehr auf bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen setzen, die eine weitere Eskalation dieses Konfliktes verhindern (111). Hierzu sei es notwendig, dass sich die Bundesregierung vor allem innerhalb der EU stärker positioniert und Gespräche mit Russland initiiert. Im Gegensatz hierzu wird im Fall Saudi-Arabiens gefordert, den momentanen Rüstungsexportstopp dauerhaft zu etablieren und die Zusammenarbeit auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. Es seien »falsche Freundschaftsbekundungen, sie schwächen die internationale regelbasierte Ordnung und letztlich auch die EU« (10). Vielmehr solle sich die Bundesregierung für ein Waffenembargo gegen alle Kriegsparteien im Jemen einsetzen und dieser fatalen Politik ein Ende bereiten.

Zudem wird der internationalen Ordnung und den entsprechenden Institutionen, insbesondere den UN, eine destabilisierende Handlungsunfähigkeit attestiert. Dieses Problem könne man nur schwer innerhalb bestehender Strukturen angehen, sondern müsse sich durch strategische Partnerschaften mit Gleichgesinnten zusammentun, um Energien zu bündeln und neue Möglichkeiten zu schaffen. Es sei notwendig, »die liberale Ordnung dort zu schützen, wo es möglich ist, und dort, wo das nicht möglich ist, zumindest das liberale Regelwerk zu erhalten.« Ein ähnliches Vorgehen wird auch in Bezug auf Hassrede im Netz vorgeschlagen, der

man am besten etwas entgegensetzen könne, wenn man auf internationale Partnerschaften setzt. Ziel hierbei wäre es, EU-weite Regulierungen sozialer Medien einzuführen, aber gleichzeitig präventiv durch Bildung der Medienkompetenz und Aufklärungsarbeit solche Extreme im Entstehen zu verhindern (11f.).

Hieran erkennt man zudem gut die inhaltliche Zweiteilung des Titels, denn nur im ersten Abschnitt (»Vorwärts in die Vergangenheit?«) wird explizit Kritik geübt. Der zweite Teil (»Frieden braucht Partner«) ist bereits eine Handlungsempfehlung und zieht sich durch das gesamte Gutachten. Er betont, dass Deutschland vor allem in Zusammenarbeit mit anderen Staaten in der Lage sei, eine Rolle in der internationalen Friedenspolitik zu spielen. Dabei dürfen dies jedoch nicht irgendwelche Partner sein, sondern sie müssen die gleichen Werte und Ziele vertreten, damit das eigentliche Ziel nicht korrumpiert wird. Das bedeutet nicht, dass man mit autoritären Regimen keine Dialoge mehr führen darf, jedoch müsse die Bundesregierung intensiver darauf achten, in welcher Form sie dies tue und ob schlussendlich auch die Menschen vor Ort davon profitieren und nicht nur die regierenden Eliten.

Abschließend kann man konstatieren, dass nicht besonders viele Aspekte der deutschen und europäischen Friedenspolitik aus Sicht des Friedensgutachtens in den richtigen Bahnen verlaufen. Die teilweise harsche Kritik wird vermutlich jedoch wenig Einfluss auf die tatsächlichen Entwicklungen der nächsten Jahre haben, dafür sind die Strukturen bereits zu festgefahren. Hier könnte man nun die berechnete Frage stellen, ob es angesichts des ernüchternden Fazits überhaupt etwas bringe, von Seiten der (Politik-)Wissenschaft lauthals Kritik zu üben? Eine gewisse Resignation in dieser Angelegenheit ist vollkommen nachvollziehbar, insbesondere wenn man die nahezu stoische Ignoranz der Regierenden im Fall des Klimawandels und der »Fridays for Future«-Bewegung im Hinterkopf behält. Doch gerade dieser Fall ist ein Paradebeispiel dafür, wie Wissenschaft und Politik in bestimmten Fällen so etwas wie Parallelsysteme bilden können. Erst durch das aktive und zum Teil aggressive Herantragen der wissenschaftlichen Ergebnisse an die Politik wurde überhaupt eine Debatte ermöglicht. Und auch wenn diese bis heute noch keine zufriedenstellenden Ergebnisse zu Stande gebracht hat, ist das Thema immerhin relevant geworden. Aus diesem Grund stünde es vermutlich der gesamten Wissenschaftsgemeinde gut zu Gesicht, wenn sie ihre Positionen offensiver und hörbarer vertreten würde. Das Friedensgutachten 2019 kann man diesbezüglich als guten ersten Schritt verstehen.

Marcel Krone hat im Master Politikwissenschaft am Fachbereich studiert.

